

Abgeordnetenhaus BERLIN

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll zu TOP 1 und 38

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

86. Sitzung

3. März 2021

Beginn: 12.05 Uhr
Schluss: 19.50 Uhr
Vorsitz: Franziska Becker (SPD);
zeitweise Andreas Statzkowski (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Franziska Becker: Ich komme zu

Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [3379](#)
Die Coronapandemie und die Folgen für die Berliner Haupt
Wirtschaft
(Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

Folgende Stellungnahmen wurden vorab verteilt:

- a) Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung rote Nummer [3379 A](#)
3379 Haupt
Strukturelle Verschiebungen nach der Corona-Pandemie – Investitionsbank Berlin, Claus Pretzell

- b) Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung rote Nummer 3379 [3379 B](#)
Haupt

**Wirtschaftspolitik muss Ausbildungs- und
Beschäftigungssicherung sowie neue Chancen auf
Gute Arbeit fokussieren – Deutscher
Gewerkschaftsbund, Christian Hoßbach**

Zur Anhörung wurde um die Anwesenheit der Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe, Frau Ramona Pop, der Senatorin für Integration, Arbeit, Soziales, Frau Elke Breitenbach, und des Senators für Finanzen, Herrn Dr. Matthias Kollatz, sowie des Senators für Kultur und Europa, Herrn Dr. Klaus Lederer, gebeten. – Frau Pop lässt sich durch den Vorstandsvorsitzenden der IBB, Herrn Dr. Allerkamp, begleiten, den ich ebenso wie die Senatorinnen und Senatoren herzlich begrüße. Zum Tagesordnungspunkt 1 ist Ihnen eine schriftliche Stellungnahme zur Anhörung mit der roten Nummer 3379 A „Strukturelle Verschiebungen nach der Coronapandemie“ von der IBB, von Herrn Claus Pretzell, den wir gleich hören werden, verteilt worden sowie eine schriftliche Stellungnahme seitens des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit der roten Nummer 3399 B. Ich begrüße die Anzuhörenden, die mir hier per Video zugeschaltet sind. Die Reihenfolge, die ich gleich vorlese, ist dann auch die Reihenfolge, wie ich Sie als Anzuhörende aufrufen werde.

Ich begrüße Herrn Nils Busch-Petersen, Hauptgeschäftsführer Handelsverband Berlin-Brandenburg, Herrn Hendrik Vagt, Geschäftsführer für Wirtschaft & Politik der IHK, meinen ehemaligen Kollegen, Herrn Prof. Dr. Martin Gornig, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V., Herrn Christian Hoßbach, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes Berlin-Brandenburg, Herrn Olaf Kretschmar, Geschäftsführer und Vorstandsvorsitzender Berlin Music Commission e.G. Hierzu eine kleine Anmerkung: hierzu wurde eine Stellungnahme in Form einer Compilation eingereicht, die Sie sich nachher am Ausgang abholen und später dann anhören können. Last but not least begrüße ich Herrn Claus Pretzell von der Investitionsbank Berlin, Bereich Volkswirtschaft.

Zum Ablauf der Anhörung möchte ich folgende Verständigung aus der Sprecherrunde zum Ablauf mitteilen: Wir haben eine Gesamtzeit von drei Stunden für die Anhörung vereinbart. Zu Beginn besteht die Möglichkeit, dass Sie als einzelne Fraktionen maximal eine Minute lang begründen können, was Ihnen bei dieser Anhörung besonders wichtig ist. Der Ablauf ist dann wie folgt gedacht: Zunächst werden die Anzuhörenden um eine erste Stellungnahme für jeweils fünf Minuten gebeten. Dann gibt es eine erste Rede- bzw. Fragerunde nach Fraktionsstärke, jeweils fünf Minuten. Es folgt die Stellungnahme des Senats von jeweils fünf Minuten. Dann gibt es eine weitere Antwortrunde der Anzuhörenden plus des Senats, auch jeweils fünf Minuten. Es folgen eine zweite Rederunde der Fraktionen, frei nach Meldung, à drei Minuten, und eine zweite Antwortrunde der Anzuhörenden und des Senats, jeweils drei Minuten. Ich würde jetzt in die Anhörung einsteigen und der antragstellenden Fraktion das Wort erteilen. – Herr Zillich, bitte schön!

Steffen Zillich (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich bin froh, dass es uns gelungen ist, diese Anhörung hier zustande zu bekommen. Die Zugänge der einzelnen Fraktionen zu den Anhörungen sind durchaus unterschiedlich. Ich denke, wir werden das aber – so hat es sich zumindest in den Vorgesprächen ergeben – gut hinbekommen. Es ist zweifellos richtig und notwendig, sich über die aktuelle, sehr schwierige Situation vor allem bestimmter Bran-

chen im Zusammenhang mit den coronabedingten Einschränkungen zu unterhalten; sich darüber zu unterhalten, wie die Hilfen wirken und was dort notwendig ist. Ich will aber sagen, dass es für unsere Fraktion wichtig ist bzw. unser Interesse daran besteht, den Blick ein wenig weiter vorauszurichten und uns insbesondere darüber zu unterhalten, inwieweit denn die aktuell sehr schwierige Situation und die aktuellen Einschränkungen möglicherweise Katalysatoren für Strukturentwicklungen sind, mit denen wir es ohnehin zu tun haben, inwieweit uns hier sich einander verstärkende Entwicklungen drohen in für Berlin besonders wichtigen wirtschaftlichen Bereichen. Natürlich geht es zuallererst um die Bereiche Gastronomie, Veranstaltungen, Messe, Kulturwirtschaft, Tourismus. Das liegt ja auf der Hand. Wir wollen auch versuchen, anzudiskutieren, welcher politische Handlungsbedarf daraus entstehen könnte, welches Setting an Instrumentarien, sowohl wirtschaftspolitisch als auch möglicherweise regulierend, aber auch arbeitsmarktpolitisch, vielleicht aber auch stadtentwicklungspolitisch, wir in die Hand nehmen müssen, um mit diesen Entwicklungen umzugehen. Denn wir halten es für wichtig, die wirtschaftliche Basis und Entwicklung dieser Stadt durchaus auch mittelfristig zu betrachten. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Okay, das war jetzt eine großzügige Minute. Ab jetzt stoppe ich die Zeit. – Herr Goiny, bitte!

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank auch an die Anzuhörenden! – Uns interessiert tatsächlich mehr der Blick nach vorne. Wir würden auch die anwesenden Senatorinnen und Senatoren darum bitten, in diesem Sinne auch die Betrachtung aus Ihrer Sicht darauf zu fokussieren. Uns geht es darum, wie wir mit den im letzten Jahr vom Parlament schon beschlossenen zusätzlichen Soforthilfen in Höhe von 500 Millionen Euro jetzt auch über Monatsrhythmen hinaus in diesem Jahr in der Lage sind, Wirtschaftshilfen zu organisieren, die erstens dann auch zügig bei den Betroffenen ankommen und zweitens auch einen Beitrag dazu leisten, dass in den nächsten Monaten und in diesem Jahr die entsprechenden Branchen, die teilweise schon vom Kollegen Zillich genannt worden sind, in der Lage sind, a zu überleben und b ihre Aktivitäten wieder hochzufahren und in dieser Stadt etwas zu organisieren und anzubieten. Wir glauben, dass die bisher getroffenen Maßnahmen auch auf Landesebene nicht ausreichen. Wir möchten gerne mit den Anzuhörenden und dem Senat darüber ins Gespräch kommen, damit wir dann möglichst noch im März, spätestens im April, auch hier im Hauptausschuss aussagefähig sind. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Das war eine Punktlandung. – Frau Meister, bitte!

Sibylle Meister (FDP): Vielen herzlichen Dank! – Ich bin auch der Meinung, dass es wichtig ist, dass wir uns heute Zeit für diese Anhörung und für die weitere Entwicklung in der Wirtschaft nehmen. Ich freue mich allerdings im Besonderen, dass Herr Nils Busch-Petersen auch dabei ist, weil ich glaube, es geht hier um eine Branche, die schon einen Schritt weiter ist, die nämlich schon kurz vor dem Abgrund steht, wenn wir hier nicht bald zu Lösungen und zu wirklich echten Hilfen kommen. Insofern freue ich mich auf die Ausführungen und bin gespannt darauf, den Einzelhandel besonders zu beleuchten unter dem Gesichtspunkt, dass es natürlich eine Branche ist, die per se immer einen hohen Warenbestand mit sich führt, der nach drei Monaten Schließung natürlich zu einem Problem führen wird. Wenn man jetzt wirklich weiterblickt, muss man fragen, wie unsere Innenstädte am Ende des Tages aussehen. Hat dann noch jemand Lust, in die Stadt reinzugehen, wenn er nur noch an verhängten Schaufens-

tern vorbeiläuft? Welche Auswirkungen hat das auf die Gastronomie, auf die Kultur, die natürlich für uns als Tourismusstadt entscheidend sind?

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Frau Dr. Brinker!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Wir möchten gerne heute den Fokus auf die tatsächlich Betroffenen richten, also auf alle die, die jetzt quasi, ohne ihrer Arbeit nachgehen zu können, warten, wie es weitergeht und teilweise auch – das ist inzwischen ja hinlänglich bekannt – verzweifelt sind in Anbetracht der aktuellen Situation und der nicht wirklich vorhandenen Perspektive einer Öffnung. Wir haben jetzt inzwischen vier Monate einen Lockdown. Es stellt sich für viele tatsächlich die Frage, ob sie systemrelevant sind, ja oder nein. Warum gibt es diese Einordnung? Welche Zukunftsperspektiven haben wir in den verschiedenen Branchen, die meine Kollegen teilweise schon angesprochen haben: Messe- und Kongressgeschäft, Einzelhandel, Gastronomie? Es sind aber auch Zulieferunternehmen, die wir bisher teilweise gar nicht beachtet haben, wie Reinigungsunternehmen, Taxiunternehmen, Brauereien usw. Es gibt ganz viele Branchen, die massiv betroffen sind, wo eine große Verzweiflung herrscht. Ich erhoffe mir hier heute gerade von den vielen Verbandsvertretern, die dabei sind, Perspektiven, die hoffentlich dann auch vonseiten des Senats entsprechend aufgenommen werden. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Herr Schneider!

Torsten Schneider (SPD): Ich bedanke mich auch für die Bereitschaft der Anzuhörenden, hier heute zu uns zu sprechen, unseren Fokus zu schärfen, denn wir als SPD-Fraktion vertreten die Auffassung, dass es klug ist, nicht nur mit Betroffenen, sondern mit vielen zu reden, weil niemand der Weisheit letzten Schluss gelöffelt hat. Uns ist wichtig, noch mal zu betonen, dass wir uns in einer Sekundärstrategie befinden. Wir hätten es vorzugswürdig gefunden, eine Pandemiestrategie ohne Pandemie zu steuern und es auch für technisch, politisch und rechtlich möglich gehalten – Stichwort Impfen –, zu keinen Beschränkungen, weder der Wirtschaft noch der persönlichen Freiheit, kommen zu müssen. Insoweit ist das ein Zweitweg, den wir hier beschreiten, weil wir den ersten Weg, den vorzugswürdigen Weg, aufgrund fehlender politischer Kraft, insbesondere der Bundesebene, nicht beschreiten können. Jetzt wollen wir auch in Ansehung – um das Spektrum zu erweitern – der parallel laufenden Öffnungsdebatten auf der Bundesebene berücksichtigt wissen, wie die Anzuhörenden sich dazu stellen, auch in Ansehung des Pandemiegescbehens, denn nur tröpfelhaft Unterstützung zu leisten, kann ja keine dauerhafte Lösung sein.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann beginne ich mit der Anhörung. Ich bitte Herrn Nils Busch-Petersen um das erste Statement. – Bitte schön!

Nils Busch-Petersen (Hauptgeschäftsführer Handelsverband Berlin-Brandenburg) [digital zugeschaltet]: Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Meine Damen und Herren Abgeordnete! Für den Handelsverband Berlin-Brandenburg nach der Lage des Handels gefragt, muss ich klar antworten: Natürlich ist der Handel längst gespalten zurzeit. Wir haben im sogenannten systemrelevanten Bereich sehr viel zu tun und mussten dafür auch einige Wege freiräumen, auch mithilfe der Politik, damit die Versorgung sichergestellt werden kann. Lebensmittelmärkte, Lebensmittelhandel und Drogeriehandel laufen. Sie laufen, wie Sie auch den neuesten statisti-

schen Zahlen entnehmen können, natürlich, wenn nichts anderes offen hat, sehr gut, überdurchschnittlich gut. Die gestern veröffentlichte Statistik selber wird natürlich auch noch mal dadurch gedreht, dass ein starker Zuwachs im Onlinebereich erfolgt ist. Der hat im vorigen Jahr ein Wachstum von fast 20 Prozent hingelegt. Dadurch könnten die Zahlen trügerisch wirken, den Eindruck erwecken, der Einzelhandel hätte keine realen Einbrüche. Guckt man aber genauer auf die Spalten dahinter oder darunter im statistischen Bericht, finden wir die Situation der anderen Hälfte – sage ich jetzt mal, obwohl es ein kleinerer Teil ist – des Einzelhandels, nämlich der vom Lockdown betroffenen und seit Mitte Dezember unterschiedslos zwangsgeschlossenen Geschäfte. Dort, kann ich Ihnen nur kurz sagen, machen sich zunehmend Verzweiflung und Entsetzen breit. Man hatte ja zunächst einmal am 2. September des vorigen Jahres den Gesundheitsminister den Medien nach so verstanden – so wie er auch verstanden sein wollte –: Mit dem Wissen von heute – hat er im September gesagt – hätten wir im Lockdown 1 den Handel nicht zugemacht. – Sie wissen, was dann wenige Wochen später im Dezember geschehen ist. Der Handel ist geschlossen worden. Er hat dadurch die drei wichtigsten Wochen des Jahres verloren, und auch – da bin ich schon beim zweiten Punkt, den Hilfen – keine adäquate Unterstützung bekommen, wie November- und Dezemberhilfen. Von den Dezemberhilfen hätten wir ja zumindest den halben Dezember in Anspruch nehmen müssen und können, ist der Handel expressis verbis weiterhin ausgeschlossen. Er kommt dort nicht hinein. Er sollte sich mit einer kaum anwendbaren Überbrückungshilfe 3 zufriedengeben.

Die Lage ist so, dass zurzeit mehr als die Hälfte – je nach Befragung bis zu zwei Dritteln – der von der Zwangsschließung betroffenen Geschäfte, gerade Textilien, Bekleidung, Schuhe, Spielwaren, Uhren, Schmuck, angeben, dass sie das erste Halbjahr nicht überleben werden, wenn sich die Hilfen wirklich nicht als existenzsichernd herausstellen. 80 Prozent der Händler sagen, die sind nicht existenzsichernd. Die andere Hälfte in etwa sagt, sie würden bis Ende des Jahres schließen. Das wird dann natürlich – denn die Frage wollen Sie sich ja auch stellen – erhebliche Auswirkungen auf die DNA der Stadt Berlin haben, denn gerade diese von mir genannten Geschäfte im Bereich Textilien, Bekleidung, Mode, Schuhe etc. sind ja auch sehr prägend für das Antlitz der Einkaufsstraßen und auch für den Inhalt der Einkaufszentren. Wir sehen dort das große Drama.

Ich danke Frau Meister für das Stichwort, das ich auch so natürlich bei mir habe, nämlich die Frage des Warenbestands. Hier ist bei den Hilfen zunächst überhaupt nicht realisiert worden, dass wir, wenn wir geschlossen werden, nicht einfach nur ein paar Fixkosten haben, und die Mitarbeitenden Gott sei Dank mit Kurzarbeitergeld abgefertigt werden, sondern das Entscheidende bei uns sind die Warenbestände. Die Warenbestände erdrücken zurzeit den Fachhandel, erdrücken aber auch die großen Geschäfte. Sie müssen sich vorstellen, dass wir den Großteil der Winter- und Herbstware nicht haben abverkaufen können, weil selbst im Lockdown light die Umsätze schon massiv eingebrochen waren und kein Mensch in die Stadt einkaufen ging. Wir haben jetzt das Problem, dass wir auf der Winter- und Herbstware sitzen und parallel dazu die Frühjahrsware nicht irgendwann kommt, sondern schon da ist. Sie wird jetzt gerade ausgeliefert, sie muss bezahlt werden, sie muss ein halbes bis ein Jahr im Voraus geordert werden. Das macht die Sache so schwer und existentiell. Ich habe mit Kaufleuten gesprochen, die jetzt ihre Altersvorsorge verzehren, sie sitzen auf Hunderttausenden Euro Warenbestand. Sie kommen dort nicht raus und nicht davon runter. Das ersticht unsere Betriebe. Das wird auch dazu führen, dass, je länger der Lockdown anhält, umso weniger wieder mitmachen werden.

Ein dritter Punkt neben Lage und Hilfen, die, wie gesagt, unzureichend sind, wenn auch aufgrund eines Gesprächs von Mitgliedern des Handelsverbands mit Finanzminister Scholz im Januar nachgebessert wurde – um im Zeitrahmen zu bleiben, Frau Vorsitzende –: Eine Öffnungsstrategie tut not. Wir haben stattdessen jedes Mal im Vorfeld der Ministerpräsidentenkonferenzen gehört, es gebe eine Öffnungsstrategie. Faktisch wird aber immer nur eine neue Lockdownstrategie mit einzelnen minimalen Lockerungen verkündet. Von Strategie kann man da gar nicht reden. Das ist der Handel natürlich auch leid, vor allen Dingen, weil wir vor zwei Wochen mit der Erhebung der Berufsgenossenschaft für Warenlogistik und Handel und dem Bundesamt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin den Nachweis führen konnten, dass das Infektionsgeschehen die gesamte Pandemiezeit über im Einzelhandel, also dort, wo unsere Beschäftigten täglich im Kundenkontakt mit Hunderten, Tausenden Kunden sind, aufgrund unserer Hygienekonzepte branchenübergreifend 25 Prozent unter dem bundesweiten Infektionsgeschehen liegt. Das heißt, der Handel ist ein sicherer Hafen. Es ist unverständlich, warum der Handel dann nicht geöffnet wird. Wir gehen davon aus, dass es relativ einfach, weil wir die Hygienekonzepte haben und sie bewährt sind, möglich wäre, den Einzelhandel wieder hochzufahren. Es ist zwingend notwendig, diesen Zustand der Schließung zu beenden, weil Sie die Kraft und das Geld nicht haben werden – und wir auch nicht –, wieder aufzubauen, was im Moment nach und nach in Trümmer fällt und was Berlin maßgeblich ausgemacht hat.

Für die Zeit danach, kann ich nur sagen, brauchen wir eine völlig neue Strategie im Herangehen an Stadt und Handel, an Stadt und urbane Funktion. Wir werden uns gemeinsam den Kopf zerbrechen müssen über etwas, was ich bewusst Wiederaufbau nenne.

Letzte Anmerkung: Es wird jetzt so getan, als ob gewaltig etwas unterwegs wäre, wenn der Handel geöffnet wird. Ich glaube, da liegt ein Grundirrtum zugrunde. Wir haben in Berlin normalerweise verkaufstätig vor der Pandemie 2,25 Millionen Kundenkontakte gehabt. Im Moment ist ja der systemrelevante Handel offen; auf den entfallen vier Fünftel dieser Kontakte. Die sind also da, ohne dass es das Pandemiegeschehen negativ beeinflusst. Das haben wir nachgewiesen. Das heißt, wir reden im Moment über das Hochfahren von einem Fünftel der Kundenkontakte. Es kommt ja nicht auf Umsätze an, sondern es kommt auf die Kontakte an bei der Bekämpfung der Pandemie. Wir reden also eigentlich über etwas, was nominell so klein ist im Dazukommen, dass es uns unverständlich ist, dass die Politik diese Argumente nicht zur Kenntnis nimmt, sondern das ab liefert, was heute wieder zur Beschlussfassung vorliegt. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Bitte nicht klatschen im Hohen Haus. – Ich bitte nun Herrn Vagt, Geschäftsführer bei der IHK Berlin, um sein Statement. – Bitte schön, Herr Vagt!

Henrik Vagt (Industrie- und Handelskammer – IHK –; Geschäftsführer für Wirtschaft & Politik, [digital zugeschaltet]: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen herzlichen Dank, dass wir die Gelegenheit haben, hier die Position der IHK und der Berliner Wirtschaft deutlich zu machen. Ich glaube, die Einleitung und auch das, was Herr Busch-Petersen eben gesagt hat, macht deutlich, dass die Coronakrise insgesamt eine existenzielle Krise für die gesamte Berliner Wirtschaft darstellt. Wir haben im Jahr 2020 einen erheblichen Einbruch der Wirtschaftsleistung erlebt. Wir haben viele Menschen, die in Existenzängsten sind, viele Unternehmen, die Existenzängste erleiden. Sie ist eine Krise, die

droht, langfristige strukturelle Brüche zu erzeugen. Insofern ist das Thema, was wir heute hier diskutieren, genau das richtige Thema.

Ich glaube, dass die Krise Berlin deshalb besonders stark getroffen hat, weil sie eine Vielzahl von Facetten hat, die sich leider gegenseitig verstärken. Sie ist eben nicht nur eine Konjunkturkrise, sondern sie hat das Potenzial, den wirtschaftlichen Aufschwung insgesamt im Sinne einer Wachstumskrise zu verlangsamen. Sie ist eine Beschäftigungskrise, die sich insbesondere durch erhebliche Einbrüche auf dem Ausbildungsmarkt, aber insgesamt auf dem Arbeitsmarkt, niederschlägt. Sie ist eine fundamentale Liquiditätskrise in den Unternehmen, insbesondere in den besonders betroffenen Branchen. Sie droht außerdem zu einer Haushaltsskrise zu werden, oder ist eigentlich schon eine Haushaltsskrise, weil nicht nur der Landeshaushalt durch die Schuldentlastung über Jahre belastet sein wird, sondern auch die mittelfristige Finanzplanung deutlich reduzierte Steuereinnahmen verzeichnet. Wir müssen aufpassen, dass daraus keine Investitionskrise wird.

Sie ist, wie Herr Busch-Petersen eben sehr eindrücklich gezeigt hat – und sie wird noch viel stärker eine Krise der Innenstädte werden, weil wir dort Verwerfungen sehen werden, von denen wir momentan noch gar nicht wissen, wie groß sie tatsächlich sein werden –, nicht zuletzt eine Vertrauenskrise, weil wir durch die Situation, in der wir uns derzeit befinden, und durch die ständige Verlängerung der einschränkenden Maßnahmen, mittlerweile eine Erosion des Vertrauens von Bürgerinnen und Bürgern und auch Unternehmen gegenüber der Politik erleben, die sicherlich nicht gut ist für unser Gemeinwesen insgesamt.

Schauen wir uns vielleicht mal drei dieser Aspekte, die ich genannt habe, an, Konjunktur- und Wachstumskrise, Liquiditätskrise und Beschäftigungskrise, und werfen als Erstes einen Blick auf die Konjunktur in Berlin. Man kann grundsätzlich sagen, dass das Konjunkturklima zu Jahresbeginn oder jetzt im März 2021 wahrscheinlich so uneinheitlich ist, wie wir das fast noch nie erlebt haben in dieser Stadt, und weil wir Unternehmen haben, die relativ gut laufen, und wir haben solche, in denen das Geschäft praktisch zum Erliegen gekommen ist, die am Rande der Existenz stehen oder schon darüber hinaus gekommen sind. Eine solche Disparität in der Konjunktur haben wir in dieser Form selten erlebt, und die kurze Erholung, die wir im Sommer gesehen haben, hat sich so nicht fortgesetzt. Was auffällt, ist, dass sich das Konjunkturbild zunehmend fragmentiert. Wir haben also nicht nur diese Fragmentierung zwischen den unterschiedlichen Branchen, sondern wir haben auch eine Fragmentierung zwischen großen und kleinen Unternehmen. Es gibt Branchen auch bei den großen Unternehmen, wo keine große Besserung zu erkennen ist, aber insgesamt fragmentiert sich das Konjunkturbild dahin gehend, dass wir merken, dass die großen Unternehmen vergleichsweise relativ positiv in die Zukunft gucken, während bei den kleinen Unternehmen gerade die Geschäftserwartung sehr negativ aussieht, was gerade durch den Lockdown und die Verlängerung des Lockdowns noch mal verstärkt wird. Wir haben aktuell, zumindest bundesweit, teilweise bessere Zahlen. Ich nenne mal als Beispiel den ifo-Geschäftsklimaindex, der sich etwas aufgehellt hat. Das liegt insbesondere daran, dass die Industriezahlen bundesweit relativ positiv sind. Wir dürfen aber natürlich nicht vergessen, dass die Industrie in Berlin nur einen relativ geringen Anteil an der Bruttowertschöpfung hat, was natürlich wiederum dazu führt, dass wir hier nicht so stark von dieser Aufhellung des Konjunkturklimaindexes oder des Geschäftsklimaindexes profitieren wie andere Regionen in der Bundesrepublik.

Wenn man sich mal anschaut, und das ist das, was ich meine mit: aus der Konjunkturkrise wird die Wachstumskrise –, welche Branchen denn nun besonders gelitten haben, das sind natürlich die genannten Branchen, wir haben es gerade in den Eingangsstatements gehört: Veranstaltungswirtschaft, Tourismus, Sportwirtschaft, die auch viele Touristen in die Stadt zieht, Kulturwirtschaft und viele andere mehr, dann sehen wir, dass genau in diesen Bereichen natürlich erhebliche Einbrüche zu verzeichnen gewesen sind. Die Frage ist: Werden die sich so schnell erholen? Der August 2020 war insofern ein wunderbarer Monat, weil wir bei den Berliner Flughäfen nur einen Passagiereinbruch von 74 Prozent hatten. Das war der beste Monat des Jahres 2020 seit Beginn der Pandemie. Es waren nicht 99 Prozent wie im April oder 95 Prozent. Das zeigt aber, über welche dramatischen Auswirkungen wir hier reden. Das sind die Leute, das sind die Besucherinnen und Besucher, die die Umsätze und die Wirtschaftsleistung nach Berlin bringen.

Besonders bedrückend finde ich an dieser Stelle, wie sich im Gastgewerbe die Beschäftigtenzahlen entwickelt haben. Der Anteil der Beschäftigten im Gastgewerbe, um mal eine Zahl zu nennen, betrug vor Beginn der Pandemie 5,5 Prozent Anteil an den gesamten sozialversiche-

rungspflichtig Beschäftigten in Berlin. Mittlerweile beträgt er 10 Prozent weniger, also nur noch 4,5 Prozent. Das ist eine dramatische Entwicklung, die zeigt, dass wir gerade in diesen betroffenen Branchen erheblichen Arbeitsabbau hatten. Wir profitieren immer noch davon, dass viele Beschäftigte in Kurzarbeit sind, das heißt, dass die Beschäftigungskrise noch gar nicht so stark durchgeschlagen hat.

Vorsitzende Franziska Becker: Kommen Sie bitte zum Schluss?

Henrik Vagt (IHK; Geschäftsführer für Wissenschaft und Politik) [digital zugeschaltet]: Sehr gerne! – Insofern möchte ich zum Schluss noch etwas zum Thema Liquiditätskrise sagen. Wir können das nachher ja noch mal vertiefen. Wir haben die Situation, dass die Eigenkapitalausstattung in den Betrieben sich deutlich verschlechtert hat in den Berliner Unternehmen. Wir haben ein Drittel der Unternehmen, das sagt, dass sich die Eigenkapitalausstattung massiv verschlechtert hat. Wir hatten relativ gute Eigenkapitalquoten vor der Krise. Die hat sich jetzt deutlich verschlechtert. Wir gehen davon aus, dass sich das auch weiter so manifestieren wird. Wir werden erhebliche Insolvenzen erleben. Da hängt es jetzt ganz erheblich davon ab, die richtigen Instrumente für kurzfristige Liquiditätshilfen auf den Weg zu bringen und die Auszahlung der Hilfen schneller auf den Weg zu bringen. Damit möchte ich mein Eingangsstatement an dieser Stelle erst einmal beenden. – Vielen herzlichen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Es gibt ein Livestream-Problem. – Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Nur, damit wir es mal im Protokoll festhalten, das wir es notfalls auch mal im Hause besprechen können: Ich bekomme wiederholt von Journalistinnen und Journalisten die Meldung, dass der Livestream entweder stockt oder holprig ist und wir damit unsere Öffentlichkeit nicht ordnungsgemäß herstellen können. Ich bitte, das auch noch mal technisch zu überprüfen, weil das natürlich sonst schwierig ist.

Vorsitzende Franziska Becker: Wir sind dabei, das zu überprüfen. Sie sehen, hier ist schon Bewegung im Raum. Ich bitte Herrn Prof. Gornig um eine Sekunde Wartezeit. – Wir können weitermachen. Ich bekomme die Meldung, dass alles einwandfrei läuft. – Dann würde ich jetzt Herrn Prof. Gornig vom DIW Berlin um seine Stellungnahme bitten. – Bitte schön!

Prof. Dr. Martin Gornig (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. – DIW) [digital zugeschaltet]: Vielen Dank! – Meine Vorredner haben schon angesprochen, wie dramatisch die Situation in Deutschland insgesamt, aber vor allem in besonderen Branchen ist. Auf der anderen Seite gehen auch viele davon aus, dass, wenn wir den Lockdown beenden, die wirtschaftliche Erholung wieder einsetzt. Deutschlandweit wird dann erwartet, dass wir zumindest in der zweiten Jahreshälfte 2022 wieder das Vorkrisenniveau erreichen. Das ist schon mal ein gewisser positiver Wert, der uns Hoffnung macht. Allerdings, und da, denke ich, muss man sich speziell die Berliner Situation anschauen, ist Berlin tiefer in das Loch gefallen als andere und auch andere vergleichbare Stadtregionen. Nur als Beispiel: Wenn man sich den Arbeitsmarkt anschaut, haben wir von Januar 2020 auf Januar dieses Jahres eine Zunahme der Arbeitslosigkeit im Bund um 20 Prozent, in Hamburg um 27 Prozent und in Berlin um 33 Prozent. Noch dramatischer sind die Unterschiede, wenn man sich beispielsweise die Zahl der offenen Stellen anschaut. Dort haben wir im Bund einen Rückgang um 15 Prozent, in Hamburg 21 Prozent und in Berlin um mehr als 30 Prozent. Man sieht, es ist nicht nur eine Frage

von speziellen Branchen, sondern auch von speziellen Orten, und Berlin hat offensichtlich eine besondere Betroffenheit in dieser Krise, was dann umgekehrt heißt, dass man analysieren muss, woran das liegt. Man muss dann möglicherweise auch spezielle Maßnahmen treffen, um auch wieder schneller aus der Krise herauszukommen, um besser wieder hochzuklettern als die anderen. Sich alleine darauf zu verlassen, dass, wenn der Lockdown vorübergeht, auch die Berliner Wirtschaft wieder anzieht, ist, glaube ich, verfrüht, und gerade die Berliner Politik ist aufgefordert, auch nach eigenen Maßnahmenkonzepten zu suchen und zu fragen: Wie kann ich die Situation gerade im Nach-Lockdown-Bereich für Berlin wieder verbessern?

Wenn man an diese Überlegungen denkt, dann fragt man sich: Welche Strategien sollte man einschlagen? Da muss man sicherlich erst mal eine grundsätzliche Anmerkung machen, dass vielleicht der schnellste Weg nicht immer der beste ist. Vielleicht eine Analogie zu einer Krise davor: Die Abwrackprämie war sicher etwas, was uns unheimlich schnell in der Krise geholfen hat, damals herauszukommen aus der Finanzkrise, und auf der anderen Seite natürlich dazu führte, dass wir bis heute strukturelle Probleme haben. Das heißt, wir müssen schon genau nachschauen: Wo ist eigentlich die Zielsituation? Wie ist eine nachhaltige Entwicklung in Berlin mittelfristig denkbar? Wir müssen jetzt Maßnahmen, Konzepte und Strategien entwickeln, die uns besonders gut auf diesen Weg bringen, und nicht besonders schnell, nämlich strukturkonservierend aus dem heraus, was wir jetzt haben. Einfach nur hochfahren ist nicht die Strategie, die Berlin nehmen sollte, denn dann kommt es ganz bestimmt nicht schneller aus dem Loch heraus als die anderen.

Die Stichworte sind teilweise schon gefallen: Onlinehandel, Homeoffice, neue Resilienzen, Anforderungen an Resilienzen von Wertschöpfungsketten. Wir sehen Dinge, die, nicht in dem Maße, aber doch mittelfristig, die wirtschaftlichen Konstellationen verändern werden. Um das vielleicht nicht ganz so wissenschaftlich auszudrücken: Es wird sicherlich dazu führen, dass die Anziehungskraft von großen Städten nicht verloren geht, aber bloße Größe zählt immer weniger, und entsprechend wird es darauf ankommen, einen geeigneten Mix an Attraktivität zur Verfügung zu stellen. Diese Attraktivität beruht im Wesentlichen auf Mischungen. Wir brauchen eine Mischung von Arbeiten und Wohnen, zwischen Arbeiten und Leben. Wir brauchen eine Mischung von Dienstleistungen und Industrie. Wir brauchen eine Mischung von personenbezogenen und geschäftsbezogenen Dienstleistungen. Das ist das, was eigentlich die Attraktivität künftig von Stadtregionen ausmachen wird. Ich glaube, das ist auch schon von meinen Vorrednern angesprochen worden, das ist nicht etwas, was von alleine da ist oder nicht da ist, sondern Politik kann da eine Menge tun. Stadtentwicklungspolitik ist Wirtschaftspolitik, in dem Moment, in dem sie dazu führt, dass tatsächlich der Mehrwert von Mischung, von räumlicher Nähe für die Region produktiv eingesetzt werden kann. Entsprechend ist natürlich diese Mischung nicht nur attraktiv, um einen wirtschaftlichen Mehrwert zu generieren. Natürlich ist diese Mischung auch ein wesentlicher Teil für die Attraktivität für Touristen, und wie wichtig Touristen als Einkommen für die Stadt sind, ist in der Krise deutlich geworden. Das gilt für Hamburg und andere Städte oder für Prag noch viel mehr als für Berlin. Wie wichtig der Zustrom von Menschen, der Zustrom von Einkommen in die Region über Tourismus ist, wie wichtig das für Aufrechterhaltung von Mischung, von Attraktivität wiederum ist, wie wichtig dieser Kreislauf ist, ist jetzt hier deutlich geworden. Dementsprechend muss man aus meiner Sicht Konzepte entwickeln, die nicht nur darauf hinausgehen, die Wirtschaft so schnell wie möglich wieder in Gang zu bringen, sondern neu aufzustellen und attraktiv und mittelfristig zu generieren. Soweit vielleicht meine ersten Anmerkungen.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank, Herr Gornig! – Jetzt bitte ich Herrn Hoßbach vom DGB um sein Statement. – Bitte schön!

Christian Hoßbach (Vorsitzender Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Berlin-Brandenburg) [digital zugeschaltet]: Ganz herzlichen Dank und einen wunderschönen guten Tag auch von meiner und unserer Seite! Wir bedanken uns für die Gelegenheit, hier Stellung nehmen zu können. Wir haben Ihnen im Vorfeld eine schriftliche Stellungnahme zur Verfügung gestellt, in der auch einiges an Statistiken ausgewertet ist, dargestellt und zusammengefasst wird, sodass auf die doch sehr sach- und fachorientierten Fragen ausgerichteten Punkte, die Sie uns vorher gegeben hatten, da ganz gut Auskunft gegeben wird. Ich würde jetzt ein bisschen anders zusammenfassen in dem kurzen Statement, damit das ein bisschen pointierter die Diskussion und die weiteren Fragen anregen kann.

Ich will zum Ersten etwas Tagesaktuelles sagen. Die Ministerpräsidenten sprechen heute mit der Kanzlerin. Unsere Grundlinie als Gewerkschaften, die wir bundesweit verabredet haben, die wir verfolgen, zu der Frage Öffnungsstrategien lautet: Vernunft vor Schnelligkeit, so kurz will ich es mal machen, und zwar sowohl aus sozial-, gesundheits- als auch wirtschaftspolitischer Überlegung heraus. Es bringt jetzt nichts, in Hektik auszubrechen, auch wenn vollkommen klar ist, dass es in vielen einzelnen Betrieben und Branchen natürlich richtig große Not gibt. Dazu ist hier auch schon manches gesagt worden. Nichtsdestotrotz ist das unsere Linie. – Zum Zweiten plädieren wir doch sehr stark für möglichst bundeseinheitliche Regelungen.

Das Zweite, was ich hier vor der Klammer gern sagen würde, ist: Ich denke, dass es hier meine Rolle, meine Aufgabe ist, darauf hinzuweisen, dass wir natürlich besondere soziale Schieflagen haben, die zu beachten sind. Die Not und die Probleme, die wir bei Unternehmen haben, sind nicht zu übersehen. Hier ist mit Soforthilfen verschiedenster Art auch sehr viel passiert. Wir haben allerdings insbesondere bei denjenigen, die in niedrigen Lohngruppen beschäftigt sind, bei denjenigen, die mit einem Minijob leben müssen, die mit Teilzeitjobs leben müssen, regelrechte, harte, konkrete soziale Schieflagen und Probleme, und zwar seit vielen Monaten, und darauf muss bitte geschaut werden. Wir sehen auch, dass manche Schutzregeln, die es gegeben hat, Stichwort: besonderer Kündigungsschutz für Mieterinnen und Mieter, ausgelaufen sind, was ein Problem ist.

Unsere große Aufgabe muss es sein, Langzeitarbeitslosigkeit frühzeitig entgegenzuwirken. Diese Aufgabe besteht immer. Wir haben bald den ersten Geburtstag der Pandemie. Bald laufen die ersten Gruppen raus aus dem Arbeitslosengeld I und fallen in die Grundsicherung runter. Das ist ein Punkt, den man erst mal sehen muss, den man beachten musst. Genaue Zahlen können wir dazu noch nicht sagen. Die sollen uns von der Bundesagentur bald nachgeliefert werden. Das muss aber bitte beachtet werden. Deshalb ist es spätestens jetzt hoch an der Zeit, dass über so etwas gesprochen wird, was Sie bei uns in der Stellungnahme unter dem Stichwort Neustartprogramm finden. Es muss Angebote geben für Menschen, die jetzt arbeitslos geworden sind, die aus Unternehmen kommen, aus Branchen kommen, die aktuell gar nicht arbeiten können, die möglicherweise auch noch ein paar Monate nicht werden arbeiten können. Denen muss die Gelegenheit gegeben werden, einen Neuanfang zu machen. Deswegen sollten die einen Aufschlag bekommen, wenn sie eine Umqualifizierung machen. Das ist kein Verrat oder Ähnliches an den Branchen, aus denen sie vielleicht kommen, sondern das ist

vernünftig, weil wir uns darum kümmern müssen, dass die Menschen in Arbeit sind und sich nicht erst eine Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt.

Wir sehen ganz klar, dass Frauen ganz besonders betroffen sind. Das ist etwas, worauf die Politik bitte auch achten muss. Frauen sind mitunter etwas leiser. Wir haben alle verschiedene Berichte lesen können, dass alte Rollenbilder zum Teil zurückkommen in den Familien, wenn das Homeoffice sehr stark stattfindet. Das ist auch etwas, woran gedacht werden muss. Deshalb sind solche Neustartprämien wichtig, denn es ist ansonsten ein gesellschaftspolitischer Rückschlag, der nicht zu unterschätzen ist.

Was die Jugend angeht, ist es auch klar. Da sind wir uns einig. Wir dürfen keine Generation Corona zulassen. Die Rückschläge bei der beruflichen Ausbildung insbesondere sind massiv, sind schlimm. Es muss klar sein, dass hier Auffangstrukturen geschaffen werden. Hier hat es einige Anstrengungen gegeben, Stichwort: Dieses Ausbildungshotel ist das sichtbarste, das sinnfälligste, das es hier gibt, aber das muss im Prinzip auch auf ein, zwei andere Branchen übertragen werden. Ich glaube, dass es, aus unserer Sicht jedenfalls, schwer vorstellbar ist, wie es auch nach einer nächsten Abgeordnetenhauswahl eine Vereinbarung eines neuen Senats geben kann, ohne dass es eine Regelung gibt, wie eine Ausbildungsumlagefinanzierung für Branchen aussehen kann. Das wird objektiv notwendig sein. Das haben inzwischen auch sehr viele in der Berufsausbildung aktive Unternehmerinnen und Unternehmer verstanden.

Vorsitzende Franziska Becker: Kommen Sie dann bitte zum Schluss, Herr Hoßbach?

Christian Hoßbach (Vorsitzender Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Berlin-Brandenburg) [digital zugeschaltet]: Alles klar! Es ist immer so, dass es dann doch zu viele Themen sind. – Ich will noch auf zwei Punkte hinweisen, die von den Strukturen her bitte zu beachten sind. Das eine ist die Frage Arbeitsschutz, Gesundheitsämter. Das gehört mit zur Grundausstattung einer vernünftigen Demokratie und Gesellschaft. Das sollte allen jetzt deutlich geworden sein. Hier sind Verstärkungen notwendig. Zum Zweiten ist unser großes Thema natürlich: Die Mittelfriststrategien müssen mit den Themen gute Arbeit verbunden werden. Das gilt in der Hinsicht, erstens, dass wir sowieso eine große Transformation haben, Digitalisierung, CO₂-Vermeidung, und dass sich jetzt hier unter der Pandemie viel beschleunigt und dass, zum Zweiten, wir gucken müssen, dass es in Branchen, die auch bisher schon nur eine sehr geringe Entlohnung gebracht haben, Branchenstrategien geben muss, die zu einer Aufwertung führen, wenn Neustarts kommen. Das sind nicht die Fristen der nächsten Wochen und Monate, aber der nächsten Jahre. – Ganz herzlichen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Jetzt bitte Herr Kretschmar, Geschäftsführer und Vorstandsvorsitzender Berlin Music Commission. – Bitte schön!

Olaf Kretschmar (Berlin Music Commission e. G.; Geschäftsführer und Vorstandsvorsitzender) [digital zugeschaltet]: Vielen Dank für die Einladung! – Ich freue mich sehr, dass ich die Situation der Musikwirtschaft hier vorstellen kann. Ich fange mit einem Dank an. Das Land Berlin hat im Frühjahr ganz schnell und unbürokratisch Hilfsmaßnahmen auf den Weg gebracht. Das hat dazu geführt, dass Teile der Branche bisher einigermaßen durch die Krise gekommen sind. Es gibt eine große Ausnahme, wo die Lage dramatisch zu werden droht, das ist der Veranstaltungssektor. Dazu komme ich gleich noch mal. – Wir fanden es zum Zweiten gut, dass die Wirtschafts- und die Kulturverwaltung kontinuierlich und in engem Austausch

bemüht waren. Das hat in kritischen Zeiten bei den Unternehmen Vertrauen in Politik und Verwaltung geschaffen. Das fanden wir wichtig. Wichtig war auch der mediale Rückhalt vor allen Dingen der Senatorin Pop und des Senators Lederer. Sie haben in einer kritischen Phase, als der Lockdown im Dezember verhängt wurde, mit öffentlichen Statements für Klarheit gesorgt, was für uns die Grundlage dafür war, die Musikwirtschaftskonferenz „Most Wanted: Music“, die „Listen to Berlin: Awards“ und „MW:M Live“ im Showcase-Format zwei Tage nach der Verhängung des Lockdowns als Online-Format produzieren zu können. Da war eine Unsicherheit, und die schnellen, klaren Statements waren die Grundlage. Mittlerweile droht in der Branche allerdings die Stimmung etwas zu kippen. Da macht sich eine Perspektivlosigkeit breit. Manche Kolleginnen und Kollegen haben ein Gefühl der Ohnmacht, und es machen sich spezielle Ängste in Bezug auf das Jahr 2021 breit.

Lassen Sie mich noch kurz ein paar Worte sagen, warum die Musikwirtschaft aus unserer Sicht für diese Stadt so wichtig ist. Es handelt sich um einen entscheidenden Standortfaktor des modernen Berlins. Ich will Sie jetzt gar nicht lange mit Zahlen langweilen, aber vielleicht kurz ein paar Eckdaten auflisten: Wir haben 1 500 Unternehmen am Standort, die 1,9 Milliarden Euro Umsatz generieren und 15 000 Erwerbstätige in Lohn und Brot bringen. Berlin ist die deutsche Musikhauptstadt. 12 Prozent aller deutschen Musikunternehmen sind hier am Standort, unter anderem die großen Major Labels, Universal, BMG, Sony, aber auch die DEAG, Viacom, viele Großunternehmen, ganz viele kleine, sehr dynamische Mittelstandsunternehmen. Berlin hat sich parallel zu dieser Entwicklung im Musiksektor aber auch zu einem Music Tech Hub mit internationaler Strahlkraft entwickelt. Wir sind internationaler Marktführer wie Ableton und Native Instruments am Start, die viele Hundert Arbeitsplätze geschaffen haben.

Die gesamte Kreativwirtschaft in Berlin generiert über 10 Prozent der Umsätze der Berliner Wirtschaft und entwickelt sich sehr dynamisch. Mit 186 000 Erwerbstätigen ist sie ein wichtiger Arbeitsmarktfaktor. Damit ist die Stadt mehr als jede andere deutsche Metropole von der Kreativwirtschaft geprägt. Sie war vor der Pandemie damit sehr zukunftsfähig aufgestellt, weil im globalen Wettbewerb Kreativität zur entscheidenden Ressource der Zukunft avanciert ist, und Berlin war da sehr gut aufgestellt. All dies steht aber in der Tat momentan wirklich auf dem Spiel. Für Berlin ist das deswegen gefährlich, weil es eben mehr als andere Metropolen in Deutschland auf diese prosperierende Kreativwirtschaft angewiesen ist. Das kann ich jetzt nicht vertiefen. Also klassische Industrien sind nicht so stark vertreten wie in anderen Städten. Die Entwicklung der Stadt ist eng verwoben mit der Kreativwirtschaft. Es gibt vielfältige multiplikatorische Effekte auf den Hauptstadttourismus, die Hotellerie, die Gastronomie usw. usf. Das kann man bei anderer Gelegenheit noch mal weiter ausführen.

Covid-19 hat dieser Branche insgesamt schweren Schaden zugefügt, aber vor allem dem Veranstaltungssegment. Das ist durch den Lockdown wirklich existenziell gefährdet. Wir reden hier nicht ausschließlich von Clubkultur und Nachtleben. Das ist natürlich auch ein wichtiger Punkt. Im Prinzip steht aber die technische Infrastruktur des öffentlichen Lebens zur Disposition. Für jedes Bürgerfest, für jedes Feuerwehrfest, für jeden Parteidag brauchen Sie Veranstaltungsdienstleister. Sie brauchen Ton und Licht. Sie brauchen Venues, Catering-Firmen, Security-Firmen usw. Sie alle haben seit einem Jahr keinen Umsatz mehr. Sie haben die Rücklagen aufgebraucht, teilweise schon mehr als 50 Prozent der Mitarbeiter verloren. Das ist ein richtiges Problem. Man kann in manchen Bereichen einfach gar nicht anschalten, es würde gar nicht gehen, und sie haben vor allen Dingen keine Zukunftsperspektive. Das macht den

Kolleginnen und Kollegen am meisten zu schaffen. Einer meiner Vorredner hat gesagt, eine Eröffnungsstrategie tut Not. Nils Busch-Petersen war es. Dem möchte ich mich hier anschließen.

Es gibt in der Tat auch Bereiche, die weniger beschadet durch die Krise gekommen sind, aber die Sorge um das Jahr 2021 eint alle, denn die zweite Welle der Einnahmeausfälle rollt auf uns zu. Es gibt ein ganzes Bündel an Problemen. Vor allen Dingen fallen die Einnahmen aus Tantiemen aus dem Jahr 2020 weg, aus den Live-Auftritten für die Künstler und die Verlage. Die Verlage hatten 2020 bis zu 80 Prozent Umsatzausfall. Das wird für 2021 genauso prognostiziert. Das ist der erste Punkt. – Der zweite Punkt: Die Tilgungsfristen für Darlehen müssen verlängert werden. Das kann ich hier nur kurz antippen. Die Unternehmen haben zu Beginn der Pandemie Darlehen aufgenommen, in der Hoffnung auf einen kurzen Verlauf. Sie können diese Tilgung gar nicht einhalten, weil sie gar keinen Umsatz hatten. – Der dritte Punkt: Die Unternehmen sind wirtschaftlich noch existent, aber nicht handlungsfähig, da die Rücklagen aufgebraucht sind. Wenn wir über Restart reden, braucht es finanzielle Unterstützung, um sich am Markt überhaupt aufzustellen zu können. Der Restart braucht drei bis sechs Monate Vorlauf in manchen Branchenteilen. Dafür braucht man eine Planungsgrundlage. Unser Ziel muss sein, die Unternehmen finanziell so aufzustellen, dass eine Planung und der Restart möglich sind.

Vorsitzende Franziska Becker: Kommen Sie bitte zum Schluss?

Olaf Kretschmar (Berlin Music Commission e. G.; Geschäftsführer und Vorstandsvorsitzender) [digital zugeschaltet]: Ja, ich beeile mich. – Vor diesem Hintergrund die dringende Bitte an Sie, Teile dieser nicht abgerufenen Soforthilfe für Restart und Planung zu aktivieren.

Ich möchte zum Abschluss noch auf einen Punkt hinweisen, der vielleicht ein bisschen seltsam klingt: Der Neustart ist nicht damit getan, dass alle ihr Büro wieder aufschließen und individuell anfangen. Das ist kein individueller Akt. Es braucht Plattformen, Strukturen, Konferenzen, Möglichkeiten, sich unternehmerisch neu zu positionieren und miteinander als Branche neu zu organisieren und neu aufzutreten. Die digitale Transformation hat im Lockdown eine atemberaubende Entwicklung genommen. Das ist sozusagen positiv festzustellen. Das hätte sonst Jahre gedauert. Die Welt, die wir vorfinden werden, wird eine veränderte sein. Bitte befassen Sie sich auch damit, wie Berlin sich nach dieser Krise aufstellen muss. Der Wettbewerb der Standorte wird daran entschieden. Wir brauchen Konferenzformate wie die „Most Wanted: Music“. Wir brauchen Leuchtturmprojekte wie das Pop-Kultur-Festival, „Listen to Berlin: Awards“, um Berlin neu zu positionieren. Das war es schon. – Vielen Dank! Ich lade Sie herzlich ein, das gemeinsam mitzugehen.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Jetzt bitte Herr Pretzell von der IBB. – Bitte schön!

Claus Pretzell (Investitionsbank Berlin – IBB –) [digital zugeschaltet]: Vielen Dank! – Sehr geehrte Frau Vorsitzende und sehr geehrte Mitglieder des Hauptausschusses! Als Analyst und Volkswirt der Investitionsbank Berlin möchte ich Ihnen am Ende vielleicht noch einen Überblick über die Coronafolgen für Berlin aus konjunktureller Sicht geben und auch auf mögliche strukturelle Verschiebungen in der Wirtschaft nach Corona eingehen.

Zwar wissen wir schon, dass die deutsche Wirtschaft im letzten Jahr einen BIP-Rückgang von 5,9 Prozent erlitten hat. Für Berlin und alle anderen Bundesländer werden diese regionalen Daten aber leider erst Ende dieses Monats veröffentlicht, sodass man eine vertiefte Analyse noch gar nicht starten kann. Wir ahnen aber für 2020 eigentlich, welche Branchen betroffen sind.

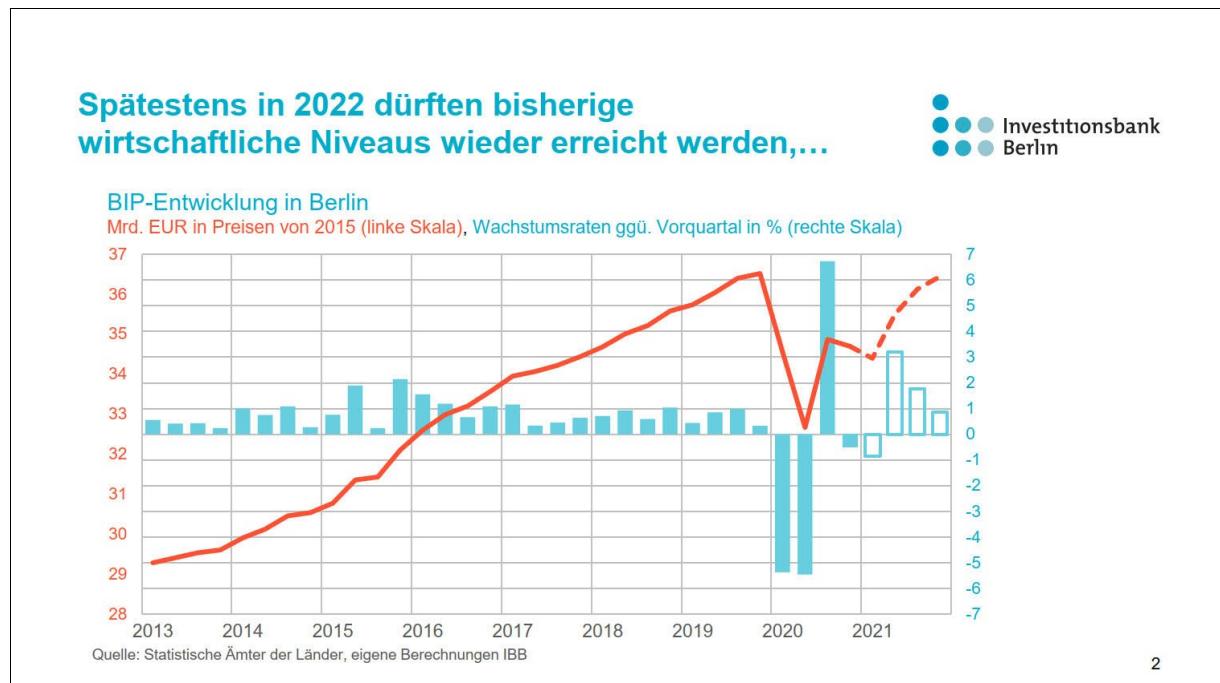
3379 A



Strukturelle Verschiebungen nach der Corona-Pandemie

Investitionsbank Berlin, Claus Pretzell

Aufgrund der Synchronizität der Lockdown-Ereignisse in den vergangenen zwölf Monaten wird das Ergebnis für Berlin aber auch nicht fundamental von dem Bundesergebnis abweichen können. Wir gehen für Berlin von einem Rückgang in dieser Größenordnung aus. Das kann aber auch eine minus 4,6 Prozent sein. So genau kann man das bei einem so starken Abschwungereignis mit hoher Varianz gar nicht prognostizieren. Was aber der Fall sein dürfte im Gegensatz zur letzten Krise, der Finanzkrise von vor elf Jahren, die auch schon angesprochen worden ist, ist, dass Berlin aufgrund seines hohen Dienstleistungsanteils diesmal deutlich stärker betroffen ist. Damals ging es für Deutschland sogar um 5,7 Prozent im BIP runter. Berlin kam aufgrund seines geringeren Industriebesatzes mit minus 1,1 Prozent relativ glimpflich durch die damalige Krise. Der positive Wachstumsunterschied zum Bund betrug damals 4,6 Prozentpunkte. Diesmal dürfte dieser Unterschied ziemlich stark zusammengeschrumpft sein.



Für die über den Jahreswechsel angelaufene zweite Pandemiewelle sehen wir auf der Folie, die ich Ihnen hier eingespielt habe – ich hoffe, Sie können sie sehen –, erneut einen wirtschaftlichen Abschwung. Der ist aber nicht mehr ganz so stark wie in den ersten beiden Quartalen. Wir haben also gelernt, mit dem Virus umzugehen. Die Industrie ist nicht geschlossen wie in den ersten beiden Quartalen. Da kann das wirtschaftliche Geschäft also weiterlaufen. Für das laufende Geschäft kann von dem schwachen Krisenniveau 2020 aus gesehen tatsächlich auch mit einem positiven Wachstum gerechnet werden. Die Niveaus von vor der Krise, das hatte Professor Gornig auch schon für den Bund angesprochen, werden aber voraussichtlich für Berlin erst wieder in 2022 erreicht.

Die konjunkturelle Entwicklung ist das eine. Etwas anderes ist die Analyse der strukturellen Veränderung der Wirtschaftsstrukturen. Sie sind schwerer vorherzusagen, weil sie sich normalerweise sehr viel langsamer ereignen. Worauf ich Sie aber hinweisen möchte, ist, Berlin befindet sich eigentlich schon seit der Wiedervereinigung in einem langanhaltenden Strukturwandel von einer eher industriell geprägten Wirtschaft zu einer Dienstleistungswirtschaft. Seit 1991 ist der Anteil des produzierenden Gewerbes um 11,5 Prozentpunkte auf unter 10 Prozent gefallen und der Dienstleistungsanteil um über 11,5 Prozentpunkte auf 85 Prozent gestiegen. Dieser Prozess war natürlich getrieben von verschiedenen Faktoren: Globalisierung, Outsourcing, Automatisierung und Digitalisierung. Wir befinden uns jetzt in der Coronapandemie und stellen fest, dass die Coronapandemie teils disruptiv, aber auch teils beschleunigend in diese seit langem laufenden Prozesse eingreift.

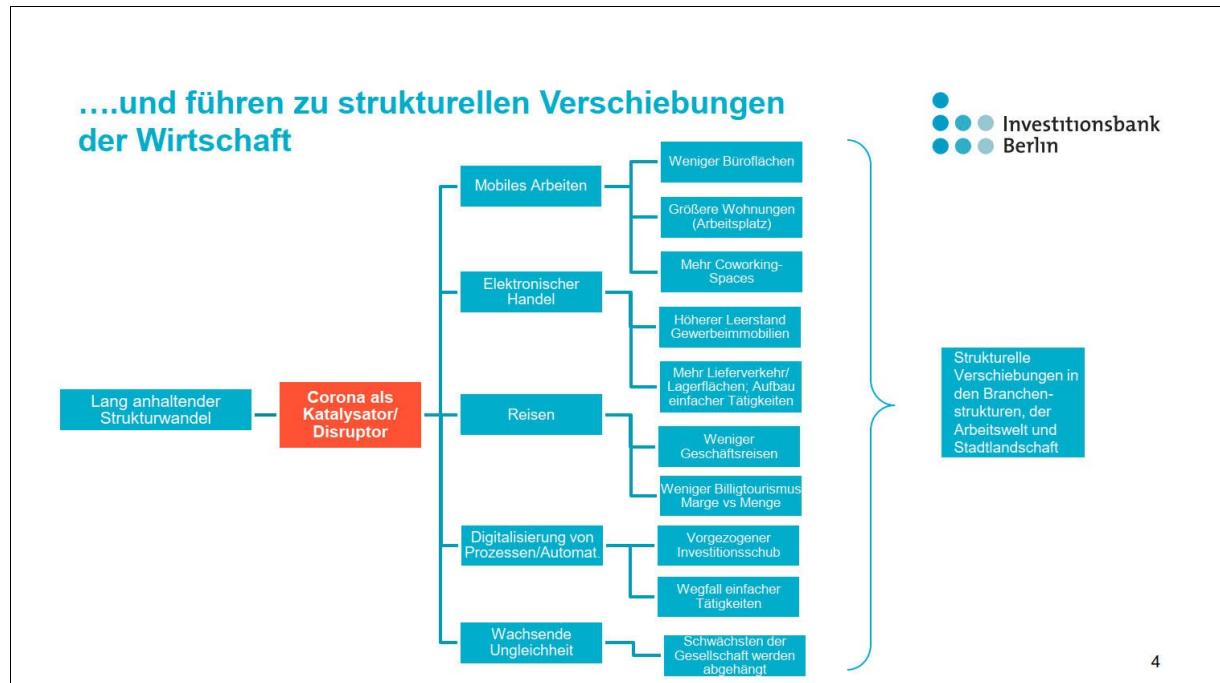
...doch einige durch Corona ausgelöste Entwicklungen bleiben erhalten...



1. **Homeoffice und Videokonferenzen** werden weiter stark nachgefragt und angeboten, das hat Auswirkungen auf den Wohnungs- und Büromarkt, den Messestandort sowie die künftige Nutzung der Stadt
2. Höherer Anteil des **Online-Shoppings** am gesamten Einzelhandelsumsatz wird bleiben ebenso der Durchbruch beim bargeldlosen Bezahlen
3. Investitionen in die **Digitalisierung** von Prozessen und Automatisierung werden weiter hoch bleiben
4. Mittelfristig wird sich der Umsatz im Tourismus wieder erholen, wobei **Qualitätstourismus** aufgrund höherer Margen die Menge teilweise kompensiert
5. Die Coronakrise trifft vor allem die Schwächsten in der Gesellschaft und vergrößert **Ungleichheit** bei Ausbildung, Einkommen und Vermögen

3

Die Folie 3 listet einige dieser Entwicklungen auf, die durch Corona beschleunigt und letztlich auch auf neue Niveaus gehoben wurden. So war die schnelle Digitalisierung in vielen Arbeitsbereichen mit Homeoffice und Videokonferenzen sicher die positive Überraschung der Coronakrise. Onlineshopping hat an Anteilen hinzugewonnen, und das ist sicherlich ein Thema, das auch schon vor Corona bestand. – Aus zeitlichen Gründen würde ich die anderen Punkte jetzt gar nicht mehr ansprechen und schon auf die nächste Folie gehen.



Allein unter diesen wenigen aufgelisteten Faktoren bestehen wiederum viele Wirkungsmechanismen mit zahlreichen Interdependenzen, sodass ein Zielbild heute eigentlich noch gar nicht klar erkennbar ist. Auf Folie 4 habe ich Ihnen einige der bisher augenfälligsten Wirkungsstränge aufgeführt. Wir können wohl davon ausgehen, dass das mobile Arbeiten von Unternehmen und Arbeitnehmern dauerhaft eingeübt wird, auch wenn es wirklich besser ist, sich persönlich zu treffen. Wir werden wohl nicht mehr zu jeder Konferenz fliegen. Es geht auch so und spart den Unternehmen letztendlich auch Zeit und Kosten. Das führt aber dazu, dass wir in Zukunft weniger Büroflächenbedarf in der Stadt haben und auf der anderen Seite wahrscheinlich einen höheren Bedarf an einem Büroplatz in den eigenen vier Wänden. Der ist aber in der Stadt knapp, und so werden sich die Menschen vielleicht als Ausweichbewegung ins Umland orientieren oder vielleicht auch nach lokalen Coworking Spaces Ausschau halten. Die wiederum hätten Platz, wenn in Zukunft möglicherweise in den Innenstädten mehr Gewerbeimmobilien freistehen. So hängen diese ganzen Faktoren irgendwie zusammen, und man muss wahrscheinlich noch ein bisschen mehr Gehirnschmalz und Forschung da reinstecken, wie diese Faktoren letztendlich zu einem Zielbild kommen.

Am Ende möchte ich aber vielleicht auch ein bisschen Positivismus verbreiten, denn, wie gesagt, wir befinden uns schon seit Längerem in einem Strukturwandelprozess. Auch wenn an der einen oder anderen Stelle korrigierend nachgesteuert werden muss, ist es gut, sich zu vergewissern, dass die wirtschaftliche Ausrichtung der Stadt und die Begleitung des Strukturwandels der vergangenen Jahrzehnte sich für Berlin im Rückblick als grundsätzlich richtig erwiesen hat.

Die Konzentration auf resiliente Wachstums- und Lebensbereiche in Berlin bleibt weiterhin richtig



Trotz zwischenzeitlich hoher Verluste in Tourismus, Kunst und Unterhaltung:

Berlin...

- hat in den vergangenen Jahrzehnten mit der Ausrichtung auf fünf innovative Zukunftsfelder auf die richtigen Wirtschaftsbereiche gesetzt
- verfügt über ein diversifiziertes und in Teilen krisenresistentes Dienstleistungsspektrum (I&K, freiberufliche wissenschaftliche Dienstleistungen)
- besitzt ein lebendiges Startup-Ökosystem
- hat eine exportorientierte Industrie, die dank eines Schwerpunktes in der Gesundheitswirtschaft die Krise einigermaßen stabil überstanden hat
- bietet auch künftig gut ausgebildeten Fachkräften aus aller Welt ein Auskommen
- verfügt über eine hohe Lebensqualität
- besitzt als deutsche Hauptstadt weiterhin eine hohe Attraktivität für Städtereisen
- konnte über die Krisenzeit seine Hauptstadtfunktion weiter stärken

5

Auf meiner letzten Folie habe ich Ihnen die Kernpunkte dieser Ausrichtung noch einmal aufgeschrieben. Die kennen Sie aber alle. Die Ausrichtung auf die innovativen Zukunftsfelder hat sich als perfekt erwiesen. Man kann auch feststellen, dass natürlich die Dienstleistungen stark betroffen sind, wir aber auch ein krisenresistentes Dienstleistungsspektrum im Bereich IuK haben. Auch bei den freiberuflichen und wissenschaftlichen Dienstleistungen sagen uns die amtlichen Zahlen, dass die Unternehmen dort gar nicht so schlecht abgeschnitten haben. Berlin hat also ein schon relativ diversifiziertes Angebot, und ich denke, ich kann mich an die Vorredner anschließen und möchte sagen: Diese Mischung von Berlin gilt es natürlich aufrechtzuerhalten, und die ist es, die uns aus der Krise wieder herausführt. Damit möchte ich den Vortrag an der Stelle beenden. – Schönen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Gerne. Ich bedanke mich auch! – Jetzt haben wir die ersten Statements unserer Anzuhörenden gehört. Wir kommen zur Rede- bzw. Fragerunde nach Fraktionsstärke. Das sind in der Reihenfolge SPD, CDU, Linke, Grüne, AfD, und die FDP-Fraktion, ebenfalls jeweils mit fünf Minuten. – Ich rufe auf Herrn Heinemann von der SPD-Fraktion. – Bitte schön!

Sven Heinemann (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch an die Herren für Ihre Eingangsstatements! Ich will das jetzt nicht lange kommentieren, sondern zu den Fragen kommen, sodass wir in eine gute Diskussion kommen. Herr Gornig! Sie haben gesagt, dass es eine Chance für Berlin ist, schneller aus der Krise herauszukommen, und dass hierfür berlinspezifische Maßnahmen nötig sind. Sie haben gesagt, wir sollen in die Stadtentwicklung investieren. Es ist unbestritten, dass hier Investitionen weitere Investitionen von Faktor 8 auslösen. Können Sie das vielleicht noch konkretisieren, was Sie der Politik empfehlen würden, was schnelle Maßnahmen sein könnten, die ergriffen werden, und was berlinspezifische Maßnahmen sein könnten.

Herr Busch-Petersen! Können Sie noch mal etwas zur Situation von Frauen im Handel sagen – ich nehme an, dass die überdurchschnittlich hiervon betroffen sind – und inwieweit sich dieses Konzept Click & Collect, also das Bestellen und Abholen im Handel, sich für den Handel lohnt und ob das von bestimmten Branchen sehr abhängig ist und wie viel Prozent der Einzelhändler diese Variante überhaupt anbieten.

Herr Hoßbach hat die Geringverdiener angesprochen. Über was wir aber auch reden müssen aus sozialpolitischer Sicht, auch wenn es das offiziell nicht geben darf, aber wir wissen, dass es das gibt, und wir wissen auch, dass es das gerade in Berlin gibt, und deswegen noch mal die Frage an Herrn Hoßbach und an Frau Senatorin Breitenbach, welche Erkenntnisse denn zur Schattenwirtschaft vorliegen, insbesondere auch zur Situation der Beschäftigten dort. Ich denke hier besonders auch an den Gastronomiebereich. Was liegen hier für Erkenntnisse vor, und wie geht es eigentlich diesen Menschen, die nicht in den offiziellen Statistiken sind?

Herr Kretschmar! Sie haben über den Neustart für den kulturellen Bereich gesprochen. Wie schätzen Sie denn hier den Vorlauf ein? Sie haben nichts davon, wenn man jetzt etwas erlaubt und es, bevor es zum Tragen kommt, wieder zurücknimmt. Wie verlässlich muss das sein? Wie ist auch der Vorlauf für die Veranstaltungsbranche zu sehen? Wie ist hier die Situation? Ich habe auch den Eindruck in der Kulturpolitik, dass hier diesem Bereich vor allem von den Senatoren Lederer, Pop und Kollatz geholfen wird. Wir haben auch eine Staatsministerin aus Berlin für den Kulturbereich, aber die habe ich überhaupt nicht wahrgenommen. Welche Wünsche gibt es denn an den Bund, und wie kann Berlin das unterstützen?

Abschließend an Herrn Pretzell: Sie haben einige Hinweise gegeben, auf die Berlin setzen und die Berlin auch verstärken soll. Hier würde mich interessieren, wie Sie eigentlich die Zukunft des Berlintourismus einschätzen. Muss der sich als Reaktion auf die Krise nicht auch neu erfinden? Was sind hier Ihre Tipps? Wir stehen auch vor dem ersten Doppelhaushalt nach der harten Krise, also 2022/2023. Was sind hier Ihre Empfehlungen aus Sicht eines Volkswirts? Berlin hat in den vergangenen Jahrzehnten verschiedene Spar- und Haushaltsstrategien verfolgt. Was würden Sie hier für den Berliner Haushalt empfehlen? Wenn Sie sagen, es muss sich einiges verändern, transformieren, welche Bereiche sehen Sie bei den Berliner Landesbeteiligungen, die vor allem in den Fokus genommen werden müssen und wo Handlungsbedarf aus Ihrer Sicht besteht? – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Ich rufe nun die CDU-Fraktion mit fünf Minuten Redezeit auf. – Herr Goiny, bitte schön!

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank! – Ich will mich zunächst auf Nachfragen an die Anzuhörenden beschränken. Zum einen die Frage von meiner Seite: Wie ist aus Ihrer Sicht der Stand der Auszahlung der diversen Hilfen, die von Bund und Land auf den Weg gebracht sind? Vielleicht haben Sie einen aktuellen Überblick, wie sich das heute darstellt, wo es aus Ihrer Sicht hakt und wo es gut läuft. Vielleicht kann jemand von Ihnen noch etwas zum Stand der Auszahlung des Kurzarbeitergeldes sagen. Da höre ich auch, dass das immer noch unterschiedlich schnell läuft.

Dann wurde das Thema Tilgungsfristen für die Laufzeit von Krediten angesprochen. Da würde mich interessieren, wie sich das bei den Darlehen verhält, die vonseiten des Landes oder des Bundes gegeben worden sind, welche Erfahrungen Sie da gemacht haben. Ähnlich ist die

Situation des Umgangs mit Mietschulden, die bei vielen Unternehmern sicherlich aufgelaufen sind. Dann noch mal die Frage – ich glaube, Herr Kretschmar hat gesagt, es gibt keine Rücklagen mehr –, welche Hilfsbedarfe Sie daraus formulieren, auch an die Politik, um den hier auch mehrfach zitierten Neustart zu begleiten, wie Sie das an dieser Stelle einschätzen.

Auch noch mal gefragt, das kann ja aus unterschiedlichen Perspektiven beantwortet werden, welche konkreteren Unterstützungsleistungen, Hilfsmaßnahmen Sie sich, wir sind ja hier das bei den Abgeordnetenhaus, aus landespolitischer Sicht vorstellen könnten, was aus Ihrer Sicht sinnvoll sein kann. Insgesamt haben wir drei große Bereiche, über die wir diskutieren: unter welchen Hygiene-, Schutz-, Impf- und Teststrategien wir hier weiter voranschreiten können, welche Öffnungsstrategien es darüber hinaus gibt und welche Hilfskonzepte. Da interessiert uns natürlich aus haushaltspolitischer Sicht die Frage, wo Sie konkreten Handlungsbedarf sehen, wo sozusagen wir auch mit Haushaltsmitteln gegebenenfalls noch einen entsprechenden Beitrag leisten können. Das ist mehrfach hier schon durchgeklungen bei Ihren Statements, dass wir hier über Zeiträume reden, die länger als bis März oder April gehen. Ich würde mal sagen, wir müssen wenigstens über dieses Jahr reden. Der Kollege Heinemann hat auch schon den Blick auf 2022/2023, auf den nächsten Doppelhaushalt gerichtet. Sie haben auch darauf hingewiesen, dass sich in Berlin vieles ändern wird, von Stadtentwicklung über Tourismus bis zur Kulturnutzung. Da werden wir sicherlich noch an weiteren Konzepten arbeiten müssen.

Ich nehme an, dass gleich der Senat noch Stellung nehmen kann. Vielleicht kann man dann auch vonseiten der Senatorin und der Senatoren kurz ein Statement dazu abgeben, was seitens des Senats für dieses Jahr an weiteren Landeshilfen geplant ist, die über das, was wir jetzt für März oder April gemeinsam verabredet haben, hinausgehen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank, Herr Goiny! – Jetzt ist die Linke dran. – Herr Zillich, bitte!

Steffen Zillich (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Ich versuche, meine Nachfragen nicht an jeden einzeln zu adressieren, sondern an alle, und dazu, inwieweit der Senat hier Einschätzungen teilen kann oder andere Erkenntnisse hat. Ich will zu Anfang eine Einschätzung, die von der IBB gekommen ist – ich glaube, auch Herr Prof. Gornig hat sie so geteilt –, aufgreifen, die mich zwar erleichtert, aber die ich doch mit Skepsis begleite, nämlich die Einschätzung, dass aus dem Lockdown heraus wir es nach dem Lockdown mit einer relativ schnellen wirtschaftlichen Erholung in der Prognose zu tun haben, was das Gesamtbild betrifft, und wir das Vorkrisenniveau relativ schnell wieder erreichen. Das ist eine Einschätzung, die schon im letzten Jahr noch bei einer anderen Prognose über den Verlauf der Pandemie so geäußert worden ist und die auch weiterhin so geäußert wird. Vielleicht können Sie zwei Worte dazu sagen, wodurch Ihre Einschätzung gestützt wird. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt: Ich will einen Punkt aufgreifen, den ich für sehr wichtig halte. Den hat Herr Nils Busch-Petersen angesprochen, aber auch Herr Kretschmar hat ihn aufgegriffen, nämlich die Überlegung, dass es natürlich so etwas wie ein landespolitisches oder auch bundespolitisches Neustartprogramm braucht, aber dass das sozusagen begleitet oder grundiert sein muss durch einen Dialogprozesses, durch einen gemeinsamen Prozess über die Fragen: Was ist jetzt wichtig? Wie kann man gegenseitig helfen? Was sind Punkte, auf die man jetzt achten muss? Ich will diesen Gedanken unbedingt aufnehmen, und ich würde Sie auch gerne

einladen, noch mal zu verdeutlichen, was denn Punkte sind, die dort Gegenstand sein müssten, weil ich die Vermutung habe, dass wir in einen Prozess reinlaufen, wo gerade die Bereiche, die wirtschaftlichen Bereiche in Berlin, die vielleicht auch für die Attraktivität der Stadt zuständig sind und gleichermaßen von ihr leben, auch in irgendeiner Form gefordert sind, gemeinsam mit der Politik so etwas wie ein gemeinsames Bild zu entwickeln, vielleicht einen gemeinsamen Pfad, um sich gegenseitig zu stützen.

Es ist in verschiedenen Statements deutlich geworden, dass die Unternehmen in einer Situation sind, wo insbesondere ihre Liquiditätssituation eine extrem schwierige ist. Mich würde vom Senat interessieren, aber vielleicht auch noch mal von den Anzuhörenden, inwieweit die Hilfen, die angeboten sind, auf diese Situation reagieren, damit so etwas wie eine Neustartperspektive sozusagen auch formuliert werden kann.

Ich will noch mal das Thema Arbeitsmarktpolitik aufgreifen. Wir haben die Situation, dass wir einerseits natürlich eine drohende Arbeitslosigkeit haben, andererseits aber immer noch einen Fachkräftemangel, und dass wir in irgendeiner Form gucken müssen, wie wir einen Transformationsprozess beschreiben, ohne ihn zum individuellen Risiko der einzelnen Menschen zu machen. Was kann Arbeitsmarktpolitik, was kann Ausbildungspolitik hier leisten, um unterstützend tätig zu werden?

Viele Sachen werden wir gründlich auswerten von dem, was jetzt hier dargestellt worden ist. Aber einen Gedanken vielleicht noch einmal aufgreifend: Ich glaube, wir müssen uns einen Kopf darum machen, und vielleicht können Sie darauf noch mal ein Schlaglicht werfen, inwieweit die Stärken Berlins, die zu der bisher dynamischen Entwicklung geführt haben, in einem solchen Neustartprozess wiederbeleben müssen: die Stärken für eine Kreativitätsentwicklung, die Stärken, was Nischen betrifft, die Stärken, was auch den sozialen Zusammenhalt betrifft, aber auch die Stärken, was Kultur und Attraktivität betrifft. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank, Herr Zillich! – Jetzt bitte ich die Grünen, Herrn Wesener, um einen Beitrag. – Bitte schön!

Daniel Wesener (GRÜNE): Ganz herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich will meinen Dank an die Anzuhörenden vorausschicken. Ich habe aufmerksam zugehört, und ich möchte ähnlich und anschließend an den Kollegen Zillich versuchen wollen, meine Fragen zusammenzubinden. Vielleicht eine Vorbemerkung: Wir freuen uns über die Anzuhörenden. Sollte in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, dass es keine Frauen gibt, die mit mindestens genauso viel Fachkompetenz hier und heute etwas beizutragen hätten, dann behaupte ich mal, dass dieser Eindruck falsch ist. Wir haben uns redlich bemüht und sind am Ende natürlich froh über diejenigen, die zugesagt haben. Ich wollte das nur fürs Protokoll einmal vermerken.

Mein Ausgangspunkt ist ähnlich wie beim Kollege Heinemann die Aussage von Herrn Prof. Gornig, der, wenn ich richtig zugehört habe, von einer besonderen Betroffenheit Berlins gesprochen hat und naheliegenderweise schlussfolgert, dementsprechend brauche es auch besondere Maßnahmen. Ich glaube in der Tat, man muss jetzt kein intimer Kenner der Berliner Wirtschaftsstruktur sein, um zu wissen, dass die sich doch unterscheidet, nicht nur von einem herkömmlichen Flächenland, sondern auch von der einen oder anderen Stadt, ob in Deutschland oder Europa. Ich fand auch interessant die analytischen Hinweise von Herrn Busch-Petersen und Herrn Vagt, die uns auf interessante Phänomene hingewiesen haben. Ich

glaube, Herr Busch-Petersen hat von einer gespaltenen Entwicklung gesprochen, Herr Vagt von gewissen Disparitäten oder Fragmentarisierungen. Da würde mich interessieren, was für Schlussfolgerungen man eigentlich daraus ziehen kann. Es ist sicherlich naheliegend, dass bestimmte Branchen, bestimmte Gewerbetreibende besser durch die Krise kommen. Dass die Biergärten im vergangenen Sommer Konjunktur hatten, das wird uns alle nicht verwundern, dass der Versandhandel besser dasteht als manche Kollegin und Kollege Gewerbetreibende, auch nicht, aber ich glaube, es lohnt sich schon, das, was hier analysiert worden ist, noch einmal zusammenzubinden und zu kombinieren mit der Frage von Herrn Gornig, die in die Zukunft gerichtet war, nämlich: Welche Reaktionen sind da vonnöten? I

Interessant ist auch, dass wir, ich will nicht sagen, gegenläufige Entwicklungen zu verzeichnen haben, aber schon Dinge, über die man stolpern kann. Wenn ich mir die Stellungnahme von Herrn Hoßbach angucke, und andere haben es auch noch mal herausgearbeitet, haben wir eine überproportionale negative Betroffenheit Berlins, was den Arbeitsmarkt angeht. Wenn man sich die Konjunkturentwicklung bzw. den BIP-Einbruch anguckt, werden wir feststellen, dass wir in 2020 unterdurchschnittlich betroffen waren. Ich glaube, diese Dinge lohnen noch mal eine genauere Betrachtung und das auch im Hinblick auf besondere Branchen. Herr Kretzschmar hat völlig zu Recht, wie andere auch, auf die überragende Bedeutung des Veranstaltungsbereichs hingewiesen. Andere haben auf die große Relevanz der Touristinnen und Touristen hingewiesen. Deswegen war ich beispielsweise überrascht über die einen oder anderen Wirtschaftsdaten in 2020, nach dem Motto: Ich bin eigentlich davon ausgegangen, dass es dicker kommt. Wir haben gleichwohl vor der Krise eine sehr lebendige Diskussion über die Zukunft des Tourismus gehabt. Ich will da jetzt gar nicht einsteigen, ich glaube aber trotzdem, dass Stichwort Stadtentwicklung ist ein ganz relevantes, nicht nur: In welcher Stadt wollen wir leben? – sondern auch: Welchen Tourismus wollen wir eigentlich haben? Da zeigt sich, glaube ich, das Bild, das schon häufiger von dieser Coronakrise bemüht worden ist, nämlich das Bild einer Krise, die quasi als Brennglas funktioniert.

Ich will das an ein, zwei Branchen deutlich machen, das wäre auch meine Frage, welche vertieften Erkenntnisse es da schon gibt. Nehmen wir das Beispiel Messe. Mit dem werden wir uns heute auch noch intensiver beschäftigen. Das hat auch etwas mit Tourismus zu tun. Das hat etwas mit Veranstaltungen zu tun. Da gab es, soweit ich weiß, schon vor Corona einen gewissen Trend, zumindest, was bestimmte Branchen angeht, wo man davon ausgehen musste, dass das nicht immer so weitergeht. Wenn man sich Kunstmarktmessen anguckt oder überhaupt die Entwicklung am Kunstmarkt, auch im Kontext von Digitalisierung, konnte man schon in den letzten Jahren feststellen: Da gibt es auf einmal andere Foren. Da gibt es andere Portale. Da gibt es andere Wege von Wertschöpfung usw. und so fort. Ganz unabhängig davon, ob die Coronakrise hier ganz konkret ein Beschleuniger ist oder nicht, sagen viele, die Messe der Zukunft wird nicht mehr die Messe der Vergangenheit sein. Da frage ich natürlich: Was heißt das für einen Messestandort wie Berlin? Was heißt das aber auch für die Hilfen, respektive für die Konjunkturmaßnahmen?

Konjunkturmaßnahmen, das wäre mein Fokus. Wir reden viel und zu Recht über die Hilfen. Ich werde gleich auch noch mal ein, zwei Sätze dazu sagen. Was für mich aber an dieser Anhörung und dem Know-how, das dankensweiterweise durch Ihre Anwesenheit, werte Anzuhörenden, zur Verfügung steht, interessiert, ist insbesondere die Frage: Was sind denn eigentlich die nächsten Schritte? Berlin bzw. das Berliner Abgeordnetenhaus hat nicht nur zusammen mit dem Senat weitere Hilfen zur Verfügung gestellt, sondern wir haben auch, und das haus-

haltsgesetzlich durchaus noch einmal separiert, Konjunkturmaßnahmen angedacht, haben Gelder zumindest vorgehalten, wo jetzt auch die Frage sein wird: Wie sind die eigentlich gut investiert? Ich will keine künstliche Trennung zwischen Hilfen und Konjunkturmaßnahmen herbeireden. Im besten Fall sind auch Hilfen schon ein Baustein für welche Transformation auch immer. Gleichwohl ist der Fokus ein anderer. Das Wort Liquidität ist gefallen von Herrn Vagt. Da ist es sicherlich richtig, dass man beispielsweise, wie der Kultursenator zusammen mit dem Finanzsenator, auf Liquiditätshilfen für Kulturbetriebe abzielt. Hier ist eine Schnelligkeit vonnöten. Da vielleicht auch noch mal der Hinweis, Herr Pretzell: Ich bekomme immer noch Schreiben von Menschen, die mir mitteilen, dass sie die zugesagten Gelder – sofort, Frau Vorsitzende! – aus der Überbrückungshilfe I noch nicht bekommen haben. Da reden wir vom Sommer letzten Jahres. Das sind sicherlich die Dinge, die wir im Kontext von Hilfen diskutieren müssen, wo wir auch entsprechende Neuauflagen oder Fortsetzungen anders justieren und modifizieren müssen. Aber dennoch wäre mein Fokus hier und heute der Konjunkturmaßnahmen, die diesen Namen auch verdienen, also inklusive Multiplikatoreneffekt, wo mich Ihre Auffassung interessieren würde. Wann ist der richtige Zeitpunkt? Was sind denn die richtigen Maßnahmen, Herr Gornig, die besonderen Maßnahmen aufgrund der besonderen Betroffenheit, der besonderen spezifischen Strukturen und Problemlagen, die wir in Berlin haben? Ich glaube, das ist die Diskussion, die wir insofern hier und heute führen müssen, als dass wir auch wissen, siehe Hilfen: Das Ganze braucht sicherlich seine Zeit, bis das greift. Das wird mit den Konjunkturmaßnahmen nicht anders sein. Da sind wir gut beraten, uns entsprechend vorzubereiten. – So viel erstmal, danke!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Jetzt bitte Frau Dr. Brinker von der AfD-Fraktion.

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden für ihre doch sehr interessanten Eingangsstatements. In der Tat ist es so, dass viele Einzelunternehmer, Soloselbstständige, Firmen, Mittelständler, auch durchaus große Ketten relativ perspektivlos sind und diese Perspektivlosigkeit massiv beklagt wird, insbesondere unter der Maßgabe, dass viele Unternehmen schon im letzten Jahr sehr viel Geld in Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen investiert haben und trotzdem wieder in den Lockdown geschickt worden sind. Für die meisten ist da keine Planungssicherheit vorhanden, und ich denke, das ist genau das Problem, das wir haben. Die Wirtschaft ist letztlich wie ein schwerer Tanker, der ohne Schaden keine Vollbremsung hinlegen kann, der aber auch genauso wenig in wenigen Sekunden von Null auf Hundert wieder an den Start gehen kann, und das ist genau das Problem, das viele haben. Deswegen sehen wir im Prinzip eine Lösung darin, sich von den Inzidenzzahlen abzuwenden und hin zu Eigenverantwortung und Verhältnismäßigkeit zu kommen, denn die Sensibilisierung für die Problematik Corona ist bei den Menschen definitiv angekommen und das sollte auch berücksichtigt werden. Aus unserer Sicht muss es einen Dreiklang von Investitionen auf der einen Seite geben und auf der anderen Seite eine erhebliche Entbürokratisierung und vor allem die Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit.

Ich habe entsprechende Fragen, die ich an die einzelnen Anzuhörenden richten werde und fange aber auch erstmal mit Fragen an die Senatsvertreter an. Als Erstes: Ich habe schon erwähnt, Planungssicherheit ist das große Thema für die Wirtschaft. Wie soll denn diese Planungssicherheit tatsächlich erreicht werden, gerade wenn Entscheidungen zu Lockdown-Maßnahmen relativ kurzfristig getroffen werden oder, wie wir es jetzt auch erleben, zu teilweisen Häppchenöffnungen führen? Es sind keine wirklichen Planungsziele so richtig vor-

handen, gerade bei der Festlegung von Öffnungsszenarien. Wie kann man das tatsächlich positiver beeinflussen, sodass Unternehmen jeglicher Art sich darauf einstellen können?

Dann das Thema Mittelabfluss bei Coronahilfen. Da hatten wir uns schon in der letzten Hauptausschusssitzung unterhalten, dass der Mittelabfluss doch arg stockt. Das hat offensichtlich mehrere Gründe. Erstens, dass es eine gewisse Konkurrenzsituation oder einen nicht richtigen Abgleich mit Bundesprogrammen gibt. Da war das Beispiel die Soforthilfe für Schankwirtschaften. Dann scheint es auch problematisch oder ein Thema zu sein, dass externe Dienstleister mittels EU-weiter Ausschreibung beauftragt werden, und sich das dann unglaublich lange hinzieht, Beispiel Kongressfonds Berlin. Weiterhin ist überbordende Bürokratie, glaube ich, das absolute Stichwort, was sofort jedem einfällt, gerade bei der Beantragung der Soforthilfen. Was auch ein Thema ist, ist die Verlagerung auf Dienstleister, wie zum Beispiel die Beantragung der Überbrückungshilfen durch die Steuerberater, die natürlich durch die Flut von Anträgen, die sie jetzt bearbeiten müssen, kaum mehr in der Lage sind, ihrer eigentlichen Arbeit nachzugehen. Da hätte ich auch gerne noch mal speziell von der Senatsfinanzverwaltung den Hinweis, wie sich das hinsichtlich der Abgabetermine für Steuererklärungen darstellt, da, wie gesagt, Steuerberater sich im Moment ziemlich unter der Wasserlinie befinden.

Dann an die Senatsvertreter die Frage: Wie sollen Unternehmen für die weiteren Lockdown-Monate unterstützt werden, sprich: Januar, Februar dieses Jahres? Wie soll sich das für das Jahr 2021 gestalten? Es stellt sich auch die Frage: Gibt es Erkenntnisse, wie die Hausbanken auf die Finanznot ihrer Kunden reagieren? Wir haben hier die IBB als Vertreter da, aber es geht auch um Sparkassen, Volksbanken, private Institute. Gibt es da entsprechende Erkenntnisse, wie man mit der Finanznot umgeht?

Eine Frage noch mal direkt an die Senatsfinanzverwaltung: Wie schätzen Sie denn die Möglichkeiten und Chancen für höhere Beihilfegrenzen der EU ein? Wie ist der aktuelle Status? Gibt es aktuelle Gespräche, diese Grenzen zu erhöhen und zu erweitern? Wird geplant, auch den Verlustrücktrag entsprechend auszuweiten, um die Unternehmen zu unterstützen? Wenn ja, in welcher Form? Falls nicht, warum nicht?

Entschuldigung, wenn ich ein bisschen schnell im Sprechen bin, aber ich versuche, meine Fragen unterzubringen. – Schon zu Ende? Oh! Ja, okay. Dann habe ich nachher noch Fragen. Dann melde ich mich schon mal für die drei Minuten an.

Vorsitzende Franziska Becker: Ja, vielen Dank, Frau Dr. Brinker! – Jetzt bitte Frau Meister von der FDP-Fraktion. Fünf Minuten.

Sibylle Meister (FDP): Vielen herzlichen Dank für das wirklich breite Spektrum. Ich fange einmal mit dem Bereich Arbeitslosigkeit und verlorene Jobs an. Es ist unstrittig, dass es für alle betroffenen Menschen bitter ist, die jetzt ihre Jobs verloren haben. Natürlich ist es so, dass es dort die unteren Lohngruppen noch mal im Besonderen trifft, gerade im Dienstleistungsbereich. Es gibt aber auch Bereiche, die gar nicht betroffen sind, das ist der ganze Bereich öffentlicher Dienst, Beamte und Ähnliches. Insofern habe ich eine Frage, weil wir natürlich auch immer wieder, wenn wir über Personal im öffentlichen Dienst reden, Vorlagen haben, in denen es heißt: Hier haben wir offene Stellen, hier haben wir offene Stellen, und dort haben wir offene Stellen. – Die sind auch beharrlich da. Gibt es eigentlich die Möglichkeit, in einem bürokratiefreien, möglichst schnellen Prozess, zum Beispiel in den Branchen, die besonders betroffen sind, Hilfeleistungen anzubieten? Dass wir sagen: Wir suchen im öffentlichen Dienst, zum Beispiel in Gesundheitsämtern, dringend Personal, und wir reden mit den Reisebürofachleuten oder so und versuchen, die möglichst schnell zusammenzumatchen. Das wäre meine Frage hinsichtlich des Arbeitsmarktbereiches.

Zum Einzelhandel habe ich noch eine Frage, weil ich mir natürlich eine schnelle Öffnung wünschen würde. Es gibt jetzt die neue Idee Click & Meet. Mich würde die Einschätzung von Ihnen, Herr Busch-Petersen, interessieren, inwieweit der Handel, der ja nun erst in Hygienekonzepte investiert hat, wovon er dann nichts hatte, jetzt in Click & Collect investiert hat, wo er, glaube ich, sehr unterschiedlich nach Branche profitiert oder nicht profitiert, jetzt noch mal bereit wäre oder überhaupt eine Chance bei Click & Meet sieht.

Im Veranstaltungs- und Kultursektor, glaube ich, gibt es jetzt hier nicht so wahnsinnig viele Unterschiede. Berlin hat schon einmal bewiesen, dass es aus sehr schweren Zeiten über die Kultur als Motor, als Kraft, herausgefunden hat und sich damit Tourismuszahlen aufbauen konnte, von denen eine wirtschaftliche Kraft ausging. Nicht umsonst hatten wir vor ein paar Wochen mal angeregt, den ehemaligen Kulturkreativwirtschaftsbericht wieder aufleben zu lassen, sodass wir auch mal alle sehen, um welche Branchen und Zahlen es geht, welche Kraft dahinter steckt. Es wäre natürlich auch heute noch mal interessant zu sehen, wo eigentlich Veränderungen sind. Ich denke, es gibt weitaus stärkere Veränderungen in Richtung Mode und in ähnlichen Bereichen. Es wäre sicher interessant, darüber vielleicht noch mal nachzudenken, weil wir diesen Bereich sicher brauchen werden. Dazu habe ich noch eine Frage, auch an die Senatsverwaltung. Tourismus heißt: eine offene Stadt, ein funktionierender Flughafen. – Der Flughafen ist jetzt da. – Mich würde auch interessieren, wie jetzt Ihre Vorstel-

lungen sind, dass wir den Tourismus möglichst schnell wieder so aufgebaut kriegen, dass Berlin davon profitieren kann.

Meine letzten Fragen gehen zur IBB. Ich war ein bisschen überrascht über die Ausführungen zum Thema Gewerbeimmobilien, weil ich neulich eine Zahl des DIW gelesen habe, die besagt, dass Gewerbeimmobilien und der Büroflächenbedarf nur bei 10 Prozent der Unternehmen zurückgehen. Insofern bin ich mir noch nicht ganz so sicher, ob wir am Ende des Tages wirklich so viele freistehende Büroflächen haben werden. Aber ich habe noch eine Frage ganz anderer Art dazu. Der Rückgang der Industrie in Berlin 1991 war, zumindest meiner Erinnerung nach, nicht nur über Globalisierung und ähnliche Dinge beeinflusst, sondern dadurch, dass in beiden Stadthälften die Industrie natürlich sehr stark öffentlich gefördert war. Insofern ist mit dem Wegfall der Förderung auch die Industrie weggesackt. Es ist uns nie gelungen – nie! –, das wiederaufzubauen. Es ist auch keinem vorzuwerfen. Ich glaube, das geht auch nicht mehr, davon muss man sich verabschieden. Was aber gelungen ist – und ich glaube, das muss man auch so sehen, und das muss man als Opposition durchaus anerkennen –, ist, eine Wissenschaftslandschaft aufzubauen, die im Gegensatz zur Kultur- und Kreativwirtschaft natürlich nicht so sehr im Niedriglohnbereich beheimatet ist. Insofern würde mich jetzt die Aussage der Wirtschaftsfachleute interessieren, wieweit das eine Ergänzung in der Strategie „Wir stärken Kultur. Wir stärken Tourismus. Wir stärken vielleicht auch Wissenschaft.“ wäre. Denn ich glaube, dass die Ansiedlung von Industrie, zumindest im klassischen Sinne, schwierig sein wird. Das wären erst mal meine Fragen dazu. – Passt doch genau. – Danke!

Vorsitzende Franziska Becker: Auch das war eine Punktlandung! Sehr gut, Frau Meister, vielen Dank! – Jetzt kommen wir zum dritten Teil, zu den Stellungnahmen des Senats. Ich bitte zunächst Frau Wirtschaftssenatorin Pop um ihr fünfminütiges Statement. – Bitte schön!

Bürgermeisterin Ramona Pop (SenWiEnBe): Das ist natürlich nicht ganz einfach, das Statement zu geben und Fragen zu beantworten, und das alles in fünf Minuten. Das führt zu einem rasanten Redetempo, wo keiner mehr mitkommt, oder ich muss Sachen auslassen und in der zweiten Runde noch mal versuchen zu beantworten.

Ich versuche jetzt, noch mal ein paar Schlaglichter zu setzen. Vorneweg zu den Beihilferegelungen – danach ist gefragt worden – will ich darauf hinweisen, um Zeit zu sparen: Der DIHK hat das wunderbar auf seiner Seite aufbereitet, das „Temporary Framework“, das zurzeit gilt. Bevor ich Ihnen das alles vortrage, gucken Sie sich das dort an. Ich will das hier gar nicht wegschieben, aber das wäre ziemlich ausufernd, weil es relativ schwer verdauliche Kost ist. Aber kurzum: Auf bis zu 10 Millionen Euro ist das inzwischen bei der Beihilfegrenze erweitert worden. 10 Millionen Euro sind doch eine Hausnummer. Das macht es auch den größeren Unternehmen leichter – Stichwort: DEHOGA-Betriebe, Hotellerie etc. –, auch in diese Programme mitreinzugehen.

Heute tagt ja die Ministerpräsidentinnen- und Ministerpräsidentenkonferenz. Ich glaube, um 14 Uhr soll gestartet werden. Es soll auch um die Öffnungsperspektiven gehen. Dazu vielleicht einfach zwei, drei Sätze. Ich würde mir wünschen, dass wir aus diesem Dualismus rauskommen: Lockdown hier, Öffnung dort. Dazwischen gibt es nichts. – Denn ich glaube, dass wir inzwischen Möglichkeiten haben, sowohl beim Thema Testen, wo demnächst Schnelltests und Selbsttests in Größenordnungen auf den Markt kommen, als auch beim Thema Impfen, vielleicht nicht 180-prozentig gründlich, aber dort auch schneller zu werden,

und dass wir auch noch andere Möglichkeiten haben, die zwischen diesen beiden sehr heiß diskutierten gegensätzlichen Polen liegen. Ich glaube, dass wir durchaus Möglichkeiten haben, auch mit der digitalen Erfassung von Schnelltests, aber auch mit der digitalen Erfassung von Kontaktnachverfolgungen. Es gibt ja inzwischen bewährte Apps dafür, die es ermöglichen, dort andere Perspektiven einzuziehen. Vielleicht soweit dazu, weil die Zeit knapp ist.

Ich will zwei Sätze zur wirtschaftlichen Lage sagen, wo man immer gucken kann, wie halb-voll oder halbleer das Glas denn tatsächlich ist. Angesichts dessen, was für die Berliner Wirtschaft befürchtet worden ist, nämlich dass wir einen viel stärkeren Absturz hinlegen würden als der Bund, der Bundesdurchschnitt und andere Bundesländer, aus den Gründen, die hier teilweise genannt worden sind – stärker dienstleistungsorientiert, weniger Industrie als woanders, es gingen Zahlen herum von 10 bis 12 Prozent Wirtschaftseinbruch –, ist es, finde ich, eine gute Nachricht, dass sich Berlin im Mittelfeld des Bundesdurchschnitts um rund 5 Prozent bewegt. Das heißt ja auch, dass unsere Wirtschaftsstruktur krisenresistenter und krisenfester geworden ist. Das heißt aber auch – man muss sich die Zahlen noch mal genauer anschauen –, dass unsere Wirtschaftsstruktur sich verändert hat.

Sie haben die Wissenschaftslandschaft genannt, Frau Meister. Dazugekommen ist aber eine sehr starke Digitalwirtschaft. Wenn man sich dort die Zahlen anschaut, ist es bei denen so, als ob es gar keine Krise gäbe. Da fließt das Venture Capital, da werden Leute eingestellt, da finden Ansiedlungen statt. Es gibt also Bereiche, die inzwischen wie unberührt von der Krise agieren. Das sind aber auch Wachstumsmotoren unserer Berliner Wirtschaft. Wir sehen gerade die Entwicklung, dass es ein Stück weit auseinanderfällt, dass wir Branchen haben, die wahnsinnig stark betroffen sind, die hier auch genannt worden sind, Hotellerie, Gastronomie, Veranstaltungs- und Kulturwirtschaft, was natürlich auch mit vielen Arbeitsplätzen verbunden ist. Das sind die Bereiche, die bei den Umsätzen aufgrund des Lockdowns natürlich völlig weggebrochen sind im letzten und auch in diesem Jahr bislang. Auf der anderen Seite haben wir aber auch Branchen, die boomen und wo weiterhin Einstellungen stattfinden. Der dritte Block – alles nur sehr holzschnittartig – ist die Industrie. Der Strukturwandel, die Transformation der Berliner Industrie hat seit der Wiedervereinigung noch mal einen richtigen Schub bekommen. Jetzt kommt aktuell die Meldung, dass Gott sei Dank der Daimlerstandort in Marienfelde nicht aufgegeben – das stand ja mal in Abrede, einer der ältesten Standorte von Daimler mit 2 000 Beschäftigten –, sondern zu einer Digital Factory umgebaut wird, also eben auch dort wieder das Zukunftsthema Digitalisierung der Produktion, aber auch die Elektrifizierung der Automobilflotte von Daimler, die durch den Daimlerkonzern auf den Weg gebracht wird. Das ist eine gute Nachricht, auch wenn Transformation immer schwierig ist, wie wir alle wissen. Das vielleicht nur mal holzschnittartig zu den wirtschaftlichen Kennzahlen.

Es gibt aber ein Stück weit, wie es Herr Pretzell auf seiner letzten Folie auch dargestellt hat, einen Blick nach vorn, die Hoffnung, dass wir, wenn es um den Restart geht, auch auf die Branchen setzen können, die jetzt unberührt und gut durch die Krise gekommen sind und dass diese dann auch wieder stärker anziehen und den Rest mitziehen.

Wenn ich dazu komme, sage ich vielleicht noch ein paar Worte zum Thema Tourismus und zum Messeveranstaltungsgeschäft.

Wir sind natürlich mit den Verbänden im Gespräch, was die MPK und Öffnungsperspektiven angeht. Wir hatten auch mit ihren Spitzenvertreterinnen und -vertretern teilweise am Wo-

chenende noch Videoschalten, der Regierende Bürgermeister und ich, um möglichst in Kontakt zu bleiben und ihre Perspektiven dort einzubeziehen, weil wir uns natürlich zwischen der Wirtschaftsverwaltung und der Senatskanzlei bewegen, da der Regierende Bürgermeister den MPK-Vorsitz hat und Dinge stärker miteinander abgestimmt werden müssen.

Ich würde jetzt zu den Hilfen kommen, weil das natürlich auch ein Thema ist. Wir haben – ich will das nur ganz kurz machen – mit den Soforthilfen letztes Jahr sehr schnell reagiert. Ich sage das hier noch mal explizit, weil wir daraus ja einiges lernen müssen und sollten, wie es schnell gehen kann. Wenn man dann, weil es einem politisch in den Kram passt, diese Schnelligkeit und das unbürokratische Helfen hinterher ein bisschen blamt, hat man dann das Problem, dass man selber irgendwann mit 160 Seiten Vollzugshinweisen unterwegs ist, mit Verwaltungsvereinbarungen, weil man ja versuchen muss, das eigene Versprechen einzulösen. Aber dann ist nichts mehr mit schnell und unbürokratisch. Das ist das Problem, vor dem wir gerade mit den Bundesprogrammen stehen. Es ist gesagt worden, dass die Überbrückungshilfen I und II und jetzt auch III relativ spät gekommen sind. Die haben alle ungefähr einen Zweimonatsverzug. Jetzt sind sie eben da und auch die November- und Dezemberhilfe. Um mit dem Letzteren anzufangen: Bei der November- und Dezemberhilfe verzögert es sich vor allem bei der sogenannten erweiterten November- und Dezemberhilfe, die gerade für große Unternehmen gilt, durch die Veränderung des Beihilferegimes, durch die Erhöhung der Grenzen, durch die Wahlmöglichkeit, die eingezogen worden ist. Man kann dort wählen, ob man sich im kleinen Beihilfesystem bewegt oder bei den Fixkostenverordnungen. Das ist der Punkt, warum die Antragstellungen sich dort verzögert haben. Gerade die Größeren, die hohe Liquiditätsbedarfe haben, haben da ein Stück weit zeitlich das Nachsehen gehabt. Jetzt muss ich auf mein Handy gucken, weil dort das Monitoring eingetroffen ist. Tut mir leid.

Vorsitzende Franziska Becker: Kommen Sie dann langsam zum Schluss bitte, Frau Pop!

Bürgermeisterin Ramona Pop (SenWiEnBe): Ja, aber es ist ja nach den Zahlen gefragt worden. Ich kann zumindest – oder Herr Dr. Allerkamp kann es – ergänzen, dass wir bei der November- und Dezemberhilfe, bei der klassischen Novemberhilfe, ich glaube, in über 80 Prozent, oder gar 90 Prozent, schon in die Auszahlung gekommen sind, weil die IBB wieder Nacht- und Wochenendschichten eingeschoben hat, sodass die Novemberhilfe ausgezahlt wird, die Dezemberhilfe genauso. Bei der Überbrückungshilfe III haben wir noch nicht so viele Anträge. Das kann daran liegen, dass Steuerberaterinnen und Steuerberater hier das Nadelöhr sind. Aber umgekehrt wäre die IBB das Nadelöhr; also irgendwo gibt es immer den Flaschenhals, wo es stockt. Es gibt Gespräche des Bundes mit den Steuerberaterinnen und -beratern, weil es eine große Unsicherheit gibt, worauf sich deren haftungsrechtliche Fragen erstrecken. Es gibt eine gewisse Zurückhaltung, Anträge zu stellen, weil man Sorge hat, dass man dann mit dem halben Bein im Knast steht, wenn man im Zweifel etwas Falsches oder nicht ganz komplett Richtiges beantragt hat.

Wir werden – das ist eine Frage, die beantwortet werden muss, es ist eine Fülle von Fragen gewesen – morgen in der Sondersenatssitzung nicht nur die Ergebnisse der MPK umsetzen, sondern miteinander – der Finanzsenator, der Kultursenator und ich –, auch mit anderen Bereichen, eine Unterlegung schaffen, die dann auch Sie als Hauptausschuss erreichen wird, über die Belegung dieser 500 Millionen Euro auch in diesem Jahr. Es wird ein Teil Wirtschaftshilfen mit dabei sein, weil das auch der Auftrag hier aus dem Hause gewesen ist. Wir werden auf die Überbrückungshilfe III des Bundes mit einer sogenannten „Neustarthilfe Ber-

lin“ für Soloselbstständige aufsetzen und dort das, was der Bund dort für Soloselbstständige auf den Weg bringt, diese 50 Prozent des Referenzumsatzes zu erstatten bis zu 7 500 Euro, umsetzen. Das waren früher mal 25 Prozent. Der Bund ist da schon hochgegangen, was mich sehr freut. Wir werden durch das Land Berlin trotzdem auf 75 Prozent aufstocken, damit sie möglichst an die Hilfen herankommen, denn wir wissen, dass gerade in Berlin die Soloselbstständigen eher niedrigere Umsätze haben. Der Maximalbetrag von 7 500 Euro wird aufgrund der beihilferechtlichen Grenze bleiben, so ist es an dieser Stelle notifiziert worden. Wir werden darüber hinaus für Kleinstunternehmen auch über diese Neustarthilfe das tun, was ich letztens hier im Plenum angedeutet habe, einen sogenannten Unternehmerinnen- bzw. Unternehmerlohn zu zahlen, weil wir wissen, dass gerade kleine, inhabergeführte Geschäfte, Einzelhandel etc., nach einem Jahr Pandemie die Schwierigkeit haben, dass die Rücklagen aufgebraucht sind und für die eigentliche Existenz und Lebenshaltung dort keine Mittel mehr vorhanden sind. Das werden wir auch hier tun. Hier gibt es auch die Möglichkeit, weil der Bund explizit den Unternehmerlohn in seinen Vollzugshinweisen ausschließt, sodass wir hier in die Förderung gehen können, ohne dass hier Landesmittel Bundesmittel ersetzen würden.

Darüber hinaus werden wir auch noch den Härtefallfonds des Bundes kofinanzieren. Es ist noch nicht ganz klar, welche Größenordnung, welche Kriterien dort angelegt werden. Aber auch da werden wir natürlich bereitstehen, um in die Kofinanzierung der Bundesmittel zu gehen. Was wir zusätzlich noch zum Thema Zwischenfinanzierung tun werden, weil das ja ein Thema für viele Unternehmen ist, weil die Hilfen so spät fließen, ist, die Bürgschaftsbedingungen so zu verändern, dass wir den Bürgschaftsrahmen größer aufspannen und als Land Berlin bis zu 90 Prozent in die Verbürgung gehen, bis zu einem Betrag von 250 000 Euro, sodass die Hausbanken in die Lage versetzt werden, relativ schnell Zwischenfinanzierungskredite zu vergeben. Es gab auch immer die Frage nach den Hausbanken, die bislang eher zurückhaltend gewesen sind. Wir wollen hier eine Unterstützung leisten, ganz im Sinne dessen, dass die Hausbanken ihre Kundenschaft natürlich besser kennen, als wir das tun, und sie sehr schnell handeln könnten. Wir gehen davon aus, dass sie das mit dieser Bürgschaftserweiterung im Rücken dann auch tun werden.

Darüber hinaus planen wir zum Thema Restart für die verschiedenen Branchen – Tourismus, Veranstaltungswirtschaft, Film, Kreativlandschaft, Clubs, Medien, Musikszene – diverse kleinere Anschubfinanzierungsprogramme; nicht in 150 Millionen-Euro-Größenordnungen, aber durchaus in Größenordnungen, die ich hier aufgrund des Zeitablaufs nicht alle einzeln aufzählen kann. Vielleicht gibt es ja noch eine zweite Runde, in der ich auch dazu komme. – Danke!

Vorsitzende Franziska Becker: Die gibt es auf jeden Fall, Frau Pop! – Jetzt möchte ich Herrn Dr. Allerkamp die Möglichkeit geben, vielleicht noch etwas zu ergänzen. – Bitte schön!

Dr. Jürgen Allerkamp (IBB; Vorstandsvorsitzender): Ja, das mache ich sehr gerne. Ihnen ist ja eine Unterlage von der Senatsverwaltung für Finanzen zugegangen. Darin sind die aktuellen Zahlen, Stand 19.02., aufgeführt. Jetzt, sieben Tage später, hat sich die Gesamtsumme von 631 Millionen Euro bereits um 150 Millionen Euro auf 781 Millionen Euro erhöht. Wenn Bedarf an Einzelzahlen ist: Gerne! Mit Blick auf die Zeit wollte ich Ihnen nur eine Aktualisierung Ihrer Unterlage zurufen.

Insgesamt hat die IBB bis zum Stichtag per heute 2,697 Milliarden Euro ausgezahlt, also fast 2,7 Milliarden Euro. Das sind große Zahlen. Dazu kommen in den letzten Wochen 75 Millionen Euro Eigenkapital an 120 Start-ups. Es ist also eine Menge unterwegs. In der Tat gibt es natürlich immer ein paar Einzelfälle, die hier oder da liegenbleiben. Der von Ihnen angefragte Fall, Herr Wesener, ist ja ein Fall aus der Überbrückungshilfe I, die zu 98 Prozent ausgezahlt ist. Wenn dann mal ein Einzelfall auf eine sogenannte Blacklist kommt, dann müssen eben vertiefte Einzelfallprüfungen durchgeführt werden. Die sind in diesem Fall jetzt auch positiv, die brauchen dann eben ein bisschen mehr Zeit. Wir haben ja immer ein Abwegen der Frage: Kümmern wir uns fünf Stunden um einen Einzelfall, oder hauen wir in fünf Stunden 500 andere Fälle, die Grünfälle sind, durch? – Das ist eine klare unternehmerische Entscheidung. Insofern kann es sein, dass ein paar Einzelfälle hinterherhinken. Dieser hier ist jetzt bereits gelöst.

Der Schwerpunkt zurzeit ist die Novemberhilfe. Die wird in wenigen Tagen insgesamt abgeschlossen sein. Auch da mag es wieder ein paar Sonderfälle geben. Das Programm ist auch noch offen, da kann ja noch neu beantragt werden. Insofern geht das dann natürlich immer munter weiter. Dann werden wir unsere Kapazitäten umsteuern mit dem Schwerpunkt der Dezemberhilfe. Danach werden wir uns dann auf die kleineren Hilfen vorbereiten, also auf etwas spezialisiertere Hilfen. Herr Lederer schaut gerade herüber. Es gibt einige Fachprogramme, die wir hier auf Landesebene erarbeitet haben, die sehr zielgenau waren. Weil sie sehr spezifisch waren, waren sie aber sehr arbeitsaufwendig. Hier haben wir uns jetzt in Zusammenarbeit mit den Senatsverwaltungen eine neue Arbeitsform ausgesucht, das sogenannte „Huckepackverfahren“ nennen wir das. Dabei setzen wir auf der Systematik der Bundeshilfen auf. Wir ersparen uns damit etwa drei Viertel des Arbeitsaufwandes, als wenn wir eigene technische Landesprogramme etablieren würden. Wir können diese dann inhaltlich aber entsprechend zuspitzen. Das hat große Vorteile für die Antragsteller und auch für die IBB. Wir werden also drei Viertel des Procederes einsparen können und können dann in Zukunft schneller spezifische Programme entwickeln. Damit promovieren wir natürlich auch ein Stück weit den Vorrang von Bundesmitteln. Gerade Ihnen als Haushälter müsste das recht sein. Es wird also zukünftig in der Regel die Ausgangsvoraussetzung sein, dass man zunächst das jeweilige Bundesprogramm in Anspruch nimmt und wir dann in der Lage sind, darauf spezifisch in Berlin aufzusatteln. Wir werden das jetzt mit den Kulturhilfen ausprobieren. Ich könnte jetzt spezifisch einige andere Programme nennen. Darauf will ich aus Zeitgründen aber nicht eingehen. Insofern fördern wir auch ein Stück weit den prioritären Mitteleinsatz von Bundesmitteln und schonen insoweit die Landesmittel als Reserve. Ich weiß, es gibt immer einen großen Druck, diese berühmten 500 Millionen Euro auszugeben, aber ich glaube, es ist in wohlverstandenem Interesse von Ihnen allen und dem Land Berlin, zunächst, wann immer es passt, die Bundesmittel auszugeben. Wir werden noch genügend Mittel brauchen, um dann all die spezifischen Bedarfe hier in Berlin bedienen zu können. Das wäre mein Rat an dieser Stelle, selbstverständlich ohne dass ich dem Souverän vorgreifen möchte.

Noch eine kurze Anmerkung zur Neustarthilfe des Bundes, auch das nur als ein Beispiel für diese, unsere, Politik. Auch der Bund lernt ja im Verlauf der Zeit bei diesen Hilfen dazu. Bei der sogenannten Neustarthilfe für die Soloselbstständigen, die jetzt an den Start kommt, gibt es ja jetzt die sogenannte Betriebskostenpauschale. Das ist ein Synonym für das, was wir hier in Berlin Unternehmerlohn genannt haben. Das bedeutet bei den Soloselbstständigen, dass sie bei der Nutzung der Neustarthilfe des Bundes zukünftig die betrieblichen Kosten, aber auch die privaten Kosten, so wie ein Unternehmer seine Vergütung, seinen Lohn, seinen Über-

schuss, auch nutzen kann, auch für die private Mittelverwendung nutzen kann. Das ist ähnlich, wie wir es bei der Soforthilfe II gesehen haben. Es war ja auch ganz spezifisch ein Wunsch dieses Hauses, dass die Soloselbstständigen in Berlin ganz spezifisch auch den Unternehmerlohn gefördert bekommen sollten. Das macht der Bund jetzt im Rahmen der Neustarthilfe auch. Das ermutigt uns, dass es klug ist, zunächst die Bundesmittel zum Einsatz zu bringen, die Landesmittel zu schonen, um den gleichen Zweck zu erreichen. Ich würde jetzt darauf verzichten, die einzelnen Spezialprogramme zu erläutern, die wir noch in der Vorplanung haben. Darauf komme ich ggf. auf Rückfrage zurück.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank, Herr Dr. Allerkamp! – Nun bitte Herr Dr. Lederer!

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa): Ich will erstmal, meine Damen und Herren, vorweg sagen, dass die IBB – das ist, glaube ich, eben auch deutlich geworden – ein großer Glücksfall ist. Wenn wir die nicht hätten, wären wir ziemlich aufgeschmissen. Das Anflanschen der Landesprogramme an die Bundesprogramme mit dem erklärten Ziel von uns allen, erstmal vorrangig Bundesmittel in Anspruch zu nehmen, macht die Sache nicht leichter. Denn wir haben da einen ziemlich schwankenden Boden. Die Konditionen haben sich mehrfach geändert, manchmal auch nachträglich. Dann zu versuchen, sich nicht – auch im Zeitrahmen – diesen Verzögerungen auszusetzen, ist nicht so ganz einfach. Das führt bei uns manchmal auch dazu, dass wir mit Abschlagszahlungen oder Monatsvorauszahlungen versucht haben, die Liquidität zu sichern, wenn klar ist, dass der Bund noch hinterher kleckert, dass es alles noch eine Weile dauert, bis das ausgezahlt wird. Dann braucht es danach ein Verfahren der Verrechnung.

Ich glaube, dass die Anhörung und auch die Diskussion hier heute genau zum richtigen Zeitpunkt kommen. Wir sind jetzt mitten in so einer Phase. Wenn wir zurückblicken, hatten wir – ich mache das am Beispiel des Kulturbereichs, aber ich glaube, das gilt auch pars pro toto für andere Bereiche – seit März 2020 im Grunde den gesamten veranstaltungsgeneigten Teil mehr oder minder geschlossen. Diese kurze Zwischenphase im Sommer, als draußen manche Dinge unter Hygienerahmenbedingungen gingen, mit Crowd Management und strikten Hygienekonzepten bei reduziertem Publikum, nehme ich mal mit rein. Aber von der profitierten viele Teile der Kultur überhaupt nicht; da lief nicht allzu viel. Ein bisschen Gastronomie draußen ist auch kein Kulturprogramm, wie wir es klassisch kennen, und ist auch nicht das Kerngeschäft des Bereichs.

Herr Kretschmar hat es vorhin in seinem Beitrag ziemlich deutlich gemacht. Kultur ist, wenn man so will, ein Anker. Da hängt ganz viel dran. Da hängt der Tourismus dran, da hängt die Veranstaltungswirtschaft dran, da hängen die Restaurants dran, die Gastronomie, die Hotelleerie. Der gesamte Bereich lebt ein Stück weit davon, dass ein Attraktor da ist – neben anderen Attraktoren in dieser Stadt –, der die Leute zieht, der die Leute auf die Straße bewegt. Nicht zuletzt kommen auch Leute hierher, auch kluge Köpfe, in diese Stadt, weil man hier was erleben kann, weil hier was los ist. Das ist auch so ein bisschen der Ansatzpunkt, wenn wir über Kultur reden müssen, dass wir da in gewisser Weise verschränkte Branchen haben. Natürlich muss man gucken, wie man spezifisch in einer Branche hilft. Aber man darf nicht vergessen, die Schnittstellen zu den anderen Branchen im Blick zu behalten und zu gucken, wie die Dinge untereinander wirken. Das ist eine Diskussion, die man natürlich im Alltag, in einer Coronasituation, links und rechts des eigenen Ressorts blickend, zwar immer mal wieder

führt. Aber jetzt kommt so ein Punkt, wo man sich grundsätzlich verständigen muss, wohin man will. Das ist in dieser Debatte hier angeklungen, und ich finde das gut.

Wir reden jetzt also nicht über 0,5 Milliarden Euro und das Jahr 2021, sondern wir reden auch über die Frage: Was soll eigentlich in der Folge passieren? 2022, 2023, 2024? – Das ist hier deutlich geworden. Im Kulturbereich haben wir es im Grunde mit einem groben Raster zu tun. Wir haben die Institutionen, wir haben die Menschen, die in dem Bereich arbeiten, und wir haben die Laienkultur. Die Laienkultur ist so ein bisschen die Basis des Ganzen, die interessiert aus der wirtschaftlichen Perspektive immer nur nachrangig. Aber die ist natürlich ganz wichtig. Sie gehört zum Leben dieser Stadt dazu. Wir haben helfen können, wir haben ein bisschen unterstützen können. Aber da geht es natürlich weniger um die soziale Absicherung. Um die soziale Absicherung geht es bei den Beschäftigten in dem Bereich. Wir haben die, die in den Institutionen sind, oder in der freien Szene, die festangestellt sind. Da konnten wir eine Menge über unsere Förderpolitik, über die Lockerung unserer Förderkriterien und über das Förderprogramm machen, um denen in dieser Situation zu helfen. Kurzarbeit, die Bundesregelung zur Kurzarbeit – das muss man ganz klar sagen –, hat uns auch ein paar Probleme gelöst. Das große Problem waren die Freien. Das ist hier oft thematisiert worden; Ramona Pop und Herr Dr. Allerkamp haben das eben auch getan. Da können wir jetzt kurzzeitig helfen. Wir haben mit der Soforthilfe II geholfen, wir helfen mit Stipendien, mit der Fortsetzung von Förderprogrammen. Und, Frau Meister, Sie haben völlig recht, wir helfen auch mit dem kurzfristigen Parken von Menschen in Bereichen, wo gerade Hilfe gebraucht wird. Wir als Kulturverwaltung haben zum Beispiel dem DRK geholfen, das Testzentrum in der Arena temporär mit Leuten aus der Kultur- und Veranstaltungsbranche zu bestücken. Das macht man en passant. Auch das ist eine Hilfe, eine konkrete Unterstützung, wo die Leute möglicherweise danach, wenn das Test- oder Impfzentrum nicht mehr gebraucht wird, in ihre Branchen zurückkehren können, weil sie diese Phase überlebt haben, ohne auf Hartz IV gesetzt zu werden.

Dann haben wir die Institutionen, bei denen wir, glaube ich, einen ziemlich guten Schutzhelm haben. Die Einnahmeausfälle kompensieren wir bei den öffentlichen, auch bei den öffentlich geförderten, oder die Förderprogramme laufen bei den öffentlich geförderten weiter. Dann haben wir die privaten Institutionen, für die haben wir die Soforthilfe IV, die wir immer adaptiert haben. Der letzte Schrei ist – Herr Dr. Allerkamp hat es gerade genannt –: Bis 31. März können Anträge für die Überbrückungshilfe III gestellt werden. Das Delta machen wir dann. Wenn die Hilfe zu spät kommt – das haben wir jetzt auch ganz gut hinbekommen –, gehen wir erstmal in Vorleistung, rechnen danach zurück. Das heißt, das hat eine Liquiditätssicherungswirkung, und es hat darüber hinaus eine Überbrückungshilfewirkung, wie der Bund es intendiert hat. Dann machen wir solche Sachen wie die Förderung von „Draußenstadt“, dass Kulturgeschichten draußen stattfinden können. Wir unterstützen die Einrichtungen auch bei Adaptionen ihrer technischen Anlagen usw., bei Hygienekonzepten und dergleichen.

Jetzt kommt der Blick nach vorne. Bisher stand Hilfe im Mittelpunkt. Jetzt müssen wir langsam auf die Neustartschiene rüberkommen; das ist ganz eindeutig so. Das heißt, wir müssen die Sicherheit und die Resilienz im Kultursektor stärken. Das ist eine Aufgabe, die über dieses Jahr hinaus reichen wird. Wir müssen aber spätestens jetzt damit einsteigen. Wir müssen die Soforthilfe IV perspektivisch zu einem Hochfahrprogramm machen. Es gibt ein paar Eckdaten und Überlegungen, aber das muss jetzt genau für die nächsten Föderrunden ausgebaut werden. Durch die Kreditierung von Kulturinstitutionen – ein Kulturbetrieb macht keine Rie-

senrendite, jedenfalls die meisten nicht, sondern die kommen gerade so durch – ist die Situation so, dass sie nach der Krise die Kredite an der Backe und keine Rücklage mehr haben. Herzlichen Glückwunsch! Das ist die Einladung zum Pleitegehen nach der Pandemie. Das geht nicht! Wir müssen sowohl das Hochfahren als auch ggf. die Ablösung von Krediten in Bereichen, wo sie nie zurückgezahlt werden können, ggf. nachrangig über Landesmittel machen. Da sind wir uns einig, und das planen wir jetzt auch vor. Dafür würden im Übrigen zum Beispiel Unterstützungen aus den 500 Millionen Euro gebraucht werden.

Wir helfen den Institutionen der freien Szene, den privaten Kulturbetrieben. Wir wollen auch noch mal eine Schiene auflegen, um raumlufttechnische Ertüchtigung, Optimierung und Erstausstattung zu betreiben; auch das hat eine konjunkturfördernde, eine resilienzstärkende Wirkung. Wir wollen die Mobilität unterstützen, also freie Szene in gut belüftete Kultureinrichtungen oder Kulturangebote allgemein nach draußen bringen, wenn der Sommer jetzt vor der Tür steht. Das wird Geld kosten, aber das hilft denen auch über die nächsten Monate und sichert, dass im Kultursektor die Dinge wieder losgehen können, damit man irgendwann zurückkehren kann in die ertüchtigten eigenen Bereiche. Bezuglich Testing und Hygienemaßnahmen habe ich jetzt immer von einem Piloten geredet; die Kanzlerschalte läuft gerade parallel, wir wissen nicht, was dabei herauskommt, morgen werden wir im Senat reden. Ich hoffe, dass wir relativ schnell dazu kommen, mit einem Piloten auszuprobieren, wie die Verbindung von Testing, Digitalem und Ticketing funktionieren kann. Das macht man dann vielleicht an ein, zwei oder drei Einrichtungen, aber ich würde sagen, es ist jetzt die Zeit, das auszuprobieren. Wenn wir jetzt noch lange warten, und dann kommen die ganzen Testgeschichten und wir fangen dann an, dann funktioniert das alles wieder logistisch nicht. Es ist jetzt die Zeit, dass wir so etwas machen müssen.

Digitalisierung ist ein Thema bei uns. Die Modernisierung der Kulturinfrastruktur unter Berücksichtigung der Pandemieerfahrung ist ein Thema bei uns. Weil es hier öfter angesprochen worden ist – Frau Meister sprach vom BER –: Wir wissen noch nicht, wie sich der ferntouristische Verkehr entwickelt, aber gerade deswegen, glaube ich, spricht einiges dafür, dass unsere Kulturinstitutionen sich in dem regionalen Tourismus aufstellen und versuchen, die Leute aus der Region zu gewinnen. Da werden wir jetzt auch eine Unterstützung geben, dass die das Ganze machen. Perspektivisch sind die Investitionen in Kultur für die Metropole Berlin existenziell, da muss man überhaupt nichts sagen. Da gibt es einen kurz-, einen mittel- und einen langfristigen Horizont. Wir müssen die Kulturlandschaft adaptieren in eine Post-Coronaphase. Da bleibt uns gar nichts anderes übrig. Daran, wie das dann genau aussieht, werden wir uns heranrobben. Ich nehme die Idee von Neustart-Dialog sofort auf. Wir kommunizieren sowieso mit den Verbänden; wir werden das in den kommenden Monaten mit Blick auf genau diese Fragestellung machen, und wir werden die Schnittstellen zu anderen Branchen dabei genau im Blick behalten. Ich glaube, vor uns liegt eine Gestaltungsaufgabe über 2021 hinaus, und da braucht es eine aktive Stützung des Sektors, da braucht es Katalysatoren, um diesen Transformationsprozess hinzubekommen. That's what we want to do.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Frau Senatorin Breitenbach, bitte!

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS): Vielen Dank! – Wir haben jetzt schon von unterschiedlichen Menschen gehört, dass die Wirtschaft in Berlin unterschiedlich betroffen ist. Das ist tatsächlich so. Neben den Hauptverlierern – weite Teile des Handels, aber auch Gaststätten, auch die Systemgastronomie möchte ich an dieser Stelle noch mal nennen, sie wird oftmals vergessen, nicht nur Gaststätten und Hotels – haben wir aber auch Gewinner. Wir haben Branchen, die sind Gewinner. Es wurde vorhin schon der Internethandel genannt, aber es gibt auch andere Bereiche wie IuK, das sind auch Gewinner. Das zeigen die Zahlen. Insofern zeigt sich mit Blick auf die Zukunft: Der Weg, den wir schon seit geraumer Zeit gehen, mit einzelnen Branchen zu überlegen, wo man was machen kann, ist ein richtiger Weg auch für die Zukunft, um zu gucken: Wo können wir gezielt helfen?

In dem Papier des DGB war noch mal der Hinweis auf Qualifizierung, die möglich und nötig ist. Ich teile das. Deshalb haben wir als Senat auch noch mal BWP, also die Weiterbildungsprämie in der Kurzarbeit eingeführt. Wir haben damit jetzt begonnen. Es gibt die ersten Nachfragen, wir stehen tatsächlich am Anfang, und ich kann Sie alle nur bitten, das auch weiterhin bekanntzumachen, damit wir weitere Menschen finden, die das nutzen. Wir machen – weil Sie, Frau Meister, das vorhin angesprochen haben – am Beispiel Wissenschaft jährlich die Befragung und Veröffentlichung der Betriebspanel. Das Betriebspanel zeigt, auch schon vor der Pandemie: Uns fehlen jetzt schon Fachkräfte. Berlin hat im Vergleich zu anderen Regionen einen weitaus höheren Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften und an qualifizierten Fachkräften. Berlin hat einen ausgesprochen geringen Bedarf an Menschen ohne oder mit geringer Qualifikation. Vor diesem Problem stehen wir schon länger. Deshalb finde ich es richtig, jetzt Kurzarbeit zu nutzen, den Beschäftigten dabei diese Prämie zu zahlen, weil natürlich Kurzarbeit mit den Einbußen, die viele haben, richtig weh tut. Das ist auch ein Schritt in die Armut. Die Menschen wissen nicht mehr, wie sie ihren Alltag finanzieren sollen. Da hilft so eine Prämie von 250 Euro. Und wir können entsprechende Qualifizierungen machen.

Ich kann an dieser Stelle berichten, dass ich noch mal mit Frau Dr. Schröder von der Regionaldirektion gesprochen habe, die jetzt auch noch mal mit einzelnen Betrieben redet, inwieweit man möglicherweise auch einen ganzen Betrieb – ein Beispiel: Einzelhandel – nimmt und qualifiziert, die Kolleginnen und Kollegen in Richtung Interneteinzelhandel, Digitalisierung oder auch andere Bereichen weiterbildet. Es wird auch noch mal Gespräche mit Betriebsräten geben, die an dieser Stelle ja auch Möglichkeiten haben. Qualifizierung ist also tatsächlich ein zentraler Punkt, um aus dieser Krise rauszukommen, und auch Weiterbildung. Es zeigt sich, dass diejenigen in den berühmten Branchen, in denen man keine besonders guten Arbeitsbedingungen hat, dafür aber auch noch schlecht verdient, die jetzt zum zweiten Mal im Lockdown sind, sich damit auseinandersetzen, inwieweit es für sie eine Möglichkeit gibt, die Branche zu wechseln hin zu mehr Sicherheit. Da spielt der öffentliche Dienst tatsächlich eine Rolle. Von daher finde ich den Ansatz, den Sie nennen, richtig, aber dann müsste der öffentliche Dienst flexibler sein. Das ist tatsächlich ein Problem, deshalb – wir sind ja unter uns – sage ich das mal: Kreativität, Flexibilität, unbürokratisches Handeln und öffentlicher Dienst passen nicht eins zu eins und spontan zusammen. Aber vielleicht kriegen wir das irgendwann mal hin, weil darin auch Chancen für den öffentlichen Dienst liegen.

Es gab die Frage nach Schattenwirtschaft. – Wir stellen fest, dass die Schattenwirtschaft gerade quasi auch den Lockdown hat, wie andere. Woran stellen wir das fest? – Wir stellen das beispielsweise an den Einrichtungen der Kältehilfe fest, was da für Menschen kommen, was diese Menschen berichten. Wir stellen das tatsächlich aber auch an Menschen fest, die Asylanträge stellen, und an Beratungsstellen. Wir haben eine Umfrage gemacht, bezogen auf EU-Bürgerinnen und EU-Bürger, das hat nichts mit Schattenwirtschaft zu tun, aber da haben wir festgestellt, dass ganz viele ihre Arbeit verloren haben beziehungsweise in Kurzarbeit gekommen sind. Bei Schattenwirtschaft sind die Zahlen immer schwierig. – Mir sind übrigens keine Probleme bekannt bei der Auszahlung von Kurzarbeitergeld. Da müssten Sie noch mal sagen, was Sie wissen. Wir haben davon nichts gehört.

Ich möchte gern noch mal etwas zur Ausbildung sagen, denn das ist der dramatischste Bereich. Hier haben wir in Berlin schon immer ganz viele Maßnahmen. Die kennen Sie auch, alles, was mit den Richtlinien ist. Wir sind jetzt noch mal einen Schritt weiter gegangen. Wir haben zum einen die BAPP-Plätze noch mal aufgestockt, von 500 auf 1 000 Plätze, also quasi

verdoppelt; also bis zu 1 000, haben wir gesagt. Wir haben jetzt knapp 750 Plätze, und davon ist über die Hälfte besetzt. Ganz viele sind in den Ausbildungshotels. Das ist tatsächlich noch mal ein neuer Schritt, den wir jetzt gegangen sind, denn auch diese Branche liegt am Boden, aber sie wissen schon jetzt, sie benötigen Fachkräfte. Von daher sind wir hier einen ganzen Schritt weiter. Als letzten Punkt will ich noch mal eines aufgegriffen, was Herr Hoßbach angesprochen hat, in die Zukunft gerichtet: Vielleicht zeigt dieses Ausbildungshotel, auch in Verbindung mit dem Lehrbauhof, der seit Jahrzehnten quasi eine Ausbildungsabgabe hat, indem das nämlich gemeinsam bezahlt wird, dass dies ein Weg ist, um die Unternehmen zu stärken und qualifizierte Ausbildungen anzubieten. Ich glaube, nach diesem Schritt mit dem Ausbildungshotel – den jetzt das Land alleine finanziert, aber es gibt schon eine Vereinbarung, die dieses weitersieht – kommen wir vielleicht zu einer Versachlichung dieser Debatte, wo wir uns genau überlegen, ob das nicht der richtige Weg ist, um für diese Stadt die notwendigen Fachkräfte im Rahmen von beruflicher Ausbildung sicherzustellen.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Jetzt bitte Herr Senator Dr. Kollatz!

Senator Dr. Matthias Kollatz (SenFin): Danke schön! – Ich will mich auf einige wenige Punkte beziehen. Erst mal, das ist ja schon von Verschiedenen angeführt worden: Das, was wir hier Soforthilfe II genannt haben, war, glaube ich, ein sehr gutes und auch bundesweit führendes Programm. Wenn man das dem, was sich dann zum Beispiel bei der Novemberhilfe abgespielt hat, gegenüberstellt, dann kann man sagen, wir haben das in vier Tagen zum Laufen gebracht, und bei anderen hat es vier Monate gedauert. Insofern kam das, was in der Not-situation und in der Krise besonders wichtig ist, schnell an.

Dann war die Frage: Wie schätzt der Senat das ein? – Da war zumindest mal unausgesprochen die Einschätzung, als klar war, dass die Krise länger dauert: Wir brauchen im Jahr 2021 wieder so etwas ähnliches, und es wäre gut, wenn es gelingt, in Abstimmung mit dem Bund auch noch das Thema der größeren Unternehmen zu bewegen. Also haben wir mit allen Möglichkeiten, die wir zur Verfügung hatten – und das war wirklich eine wochenlange Massage –, dort intensive Gespräche mit dem Bund geführt. Es ist ja vorhin auch schon dargestellt worden: Es gibt – das ist auch für den Bund nicht ganz einfach – auch in Abstimmung mit der EU-Kommission durchaus höhere Grenzwerte, die sich positiv auswirken auf die Berücksichtigung von größeren Unternehmen. Insofern ist bei diesem Thema etwas geschehen.

Wenn man bei dem anderen Thema mal grob durchkalkuliert: Wir hatten bei der Soforthilfe II 245 000 Unternehmen als Antragsteller. Wenn man jetzt mal zusammenzählt, was wir an Anträgen insgesamt, in allen laufenden Programmen haben – der Novemberhilfe, der Dezemberhilfe, der Überbrückungshilfe III und jetzt der Neustarthilfe –, sind das ungefähr 75 000. 5 000 sind sicherlich größere Unternehmen; sind also 70 000. Verbleiben von den 245 000, die wir bei der Soforthilfe II hatten, ungefähr 150 000 übrig. Wenn man sagen würde, man macht jetzt ein Programm ähnlich wie die Soforthilfe II, wären das 150 000 mal 5 000 Euro, also 750 Millionen Euro. Das wäre für das Land Berlin schon eine sehr große Anstrengung. Also kam es auch darauf an, dass wir versuchen, dort möglichst viel an Unterstützung auf der Bundesebene zu mobilisieren. Das ist, glaube ich, ein Stück weit mit der Neustarthilfe gelungen. Insofern ist jetzt die Frage: Was machen wir bezüglich der Neustarthilfe auf der Bundes-ebene, die ja erst einige Tage läuft, wo sich aber zeigt, dass Berlin 15 Prozent der Anträge bundesweit drin hat? – Das heißt, dass die Überlegung, die wir dabeihatten, dass das gerade in Berlin auf eine starke Nachfrage und einen starken Bedarf trifft, richtig zu sein scheint. Das,

was wir als Land machen, machen wir um diese Neustarthilfe herum; das hat gerade Frau Pop schon ausgeführt. Wir ergänzen das durch Programme, die eine ähnliche Zielsetzung haben, zum Beispiel gehört im Kulturbereich so etwas wie das Stipendienprogramm dazu. Es gehört aber eben auch dazu, dass wir Lösungen für aus was für Gründen auch immer nicht Antragstellungsfähige schaffen – das ist dann das Thema Härtefälle – und Aufstockungen möglich machen, wo es zu unzureichenden Ergebnissen führt. Insofern ist es so: Je mehr es jetzt gelingt, über die Neustarthilfe abzuwickeln – und da bin ich ganz optimistisch –, umso eher wird es dann möglich sein, für das, was ich an Ergänzungen für Berlin skizziert haben, bei einem Volumen von ungefähr 200 Millionen Euro, das hat ja Frau Pop dargestellt, auszukommen.

Das gibt uns dann wiederum Möglichkeiten für das Thema Kongressneustart, für Familienhilfen, für Digitalisierung, für Kulturprogramme, gerade Umbau auf außen, und dazu ist ja auch schon einiges, in dem Fall von Herrn Lederer, ausgeführt worden, aber eben auch noch eine Reserve zu bilden, die wir vielleicht in den nächsten Tagen belegen können. Wenn wir etwas klarer sehen, wie das mit Testsystemen als Öffnungsschlüssel für Veranstaltungen oder Betriebe funktioniert, dann ist es sinnvoll, dafür diese Reserve zu nutzen, weil wir da sicherlich nicht nur mit einem Programm für eine Branche auftreten sollten. Es gibt da jetzt schon ganz konkrete Überlegungen für die Kultur, aber das ist eben in Abhängigkeit von dem, was auf Bundesebene heute beraten wird. Es kann noch mehr Branchen betreffen und wird das wahrscheinlich auch. Dann wären wir auch dafür gerüstet, dort zu unterstützen oder Piloten zu finanzieren. – Das ist das eine Thema.

Das zweite Thema: Soforthilfen konzentrieren sich von der Grundlogik auf dieses Jahr. Wo wir mehrjährige Themen haben, die sich vielleicht noch auf dieses und das nächste Jahr beziehen, dort ist das Konjunktur- und Innovationsprogramm von der Grundlage her richtig. Da haben wir jetzt im Senat erste Maßnahmen gehabt, die auch zeigen, in welche Richtung es geht. Das ist auch vielfach angesprochen worden. Wenn es um die Frage geht: Wie kommt Berlin am besten aus der Krise raus? – das war, glaube ich, in dem Schlussvortrag von der IBB besonders deutlich –, dann bedeutet das, wir müssen an den entwickelten Stärken ansetzen und versuchen, diese Stärken weiter zu stärken. Das bedeutet eben, dass es richtig ist, dass wir etwas für Quantencomputer in Berlin tun, dass wir etwas für die Ansiedlung von Fraunhofer-Instituten tun, dass wir etwas für Lüftungsanlagen in großen Räumen tun, gerade mit einen Schwerpunkt auch auf Kultur, dass wir etwas für das Thema Energieeffizienz tun und dass wir etwas für einen Digitalisierungsschub tun. Man muss allerdings bei dem Thema Digitalisierungsschub auch sagen: Da gibt es neben dem Thema der direkten Förderung das der steuerlichen Förderung, wo dann immer auch über Effizienzprobleme diskutiert wird, mit Recht. Bei dem Digitalisierungsschub wird der wesentliche Beitrag der indirekten, der steuerlichen Förderung darüber kommen, dass mehr oder weniger ab sofort – ich glaube, das Bundesbeschreiben wird demnächst veröffentlicht – für die große Mehrheit der IT-Anschaffungen die Sofortabschreibung gilt. Das ist jetzt neu, und das hat allein für Berlin einen Steuerausfallleffekt, aber hoffentlich auch einen entsprechenden Investitionseffekt von in diesem Jahr 200 Millionen Euro, im nächsten Jahr 100 Millionen Euro, und dann wird sich das – in Anführungsstrichen – „normalisieren“. Aber der Digitalisierungsschub wird sich nicht nur bei uns im Konjunktur- und Innovationsprogramm widerspiegeln, sondern auch in diesen steuerlichen Maßnahmen.

Vorsitzende Franziska Becker: Kommen Sie langsam zum Schluss, bitte!

Senator Dr. Matthias Kollatz (SenFin): Es ist das Thema der landeseigenen Unternehmen angesprochen worden. Da ist es vielleicht wichtig für Sie zu wissen, dass obwohl es dort Befürchtungen gab, dass sowohl die BVG wie die Charité, wie Vivantes nicht hinkommen mit den Unterstützungszahlungen, die wir hier im Haus vorgelegt hatten, wo ich Ihnen auch sehr dankbar bin, dass Sie die unterstützt haben: Wir kommen mit denen hin für das Jahr 2020. Bei allen Betrieben war befürchtet worden, dass es deutlich schwieriger kommt. Ich glaube, es ist eine wichtige Nachricht, dass wir mit den Zahlen hinkommen. Das heißt, da macht der eine Betrieb, der vielleicht 1,7 Milliarden Euro Umsatz hat, vielleicht noch mal 300 000 Euro Miese, das ist aber im Rahmen von den 1,7 Milliarden Euro wirklich nicht das Problem, und der andere macht 300 000 Euro Plus, das ist dann auch nicht das Problem. Bei den anderen sind wir noch nicht durch die Wirtschaftsprüfungsverfahren durch, aber das sind für die drei Großen schon mal wichtige Ergebnisse der Wirtschaftsprüfer, und das hilft, glaube ich, auch weiter bei Ihren Fragen. – Danke!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Wir kommen jetzt in die Antwortrunde der Anzuhörenden. Ich werde jetzt die gleiche Reihenfolge einhalten wie eben, weil ich es vorher nicht anders angekündigt habe. Sie haben jeweils noch mal fünf Minuten. Ich bitte zunächst Herrn Busch-Petersen!

Nils Busch-Petersen (Handelsverband Berlin-Brandenburg e. V.; Hauptgeschäftsführer) [digital zugeschaltet]: Danke! – Ich gehe die einzelnen Fragen durch, sofern sie sich an den Handelsverband richteten. Herr Abgeordneter Heinemann hat nach der Situation der Frauen im Einzelhandel im Kontext der dramatischen Gesamtsituation gefragt. Die Nachfrage ist wirklich gerechtfertigt, denn wir sind eine Frauenbranche, nicht nur bei den Beschäftigten und den Mitarbeitenden übrigens, sondern auch bei den Auszubildenden und in der Unternehmerschaft mit einem sehr hohen Frauenanteil. Frauen machen oder machten sich eben häufig im Einzelhandel selbstständig mit verschiedenen Konzepten, überwiegend in den Branchen, in denen die Not gerade am größten ist. Wir gehen davon aus, dass bei unseren Mitarbeitenden zwischen 70 und 75 Prozent weibliche Mitarbeitende sind, und insoweit sind die natürlich besonders betroffen. Das hat auch damit zu tun, dass in dem Bereich, in dem Teilzeit von beiden Seiten eine gewünschte Größe ist – Sie wissen, den stärksten Zuwachs haben wir im sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbereich in den letzten Jahren gehabt –, häufig eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf über ein adäquates Teilzeitmodell nach wie vor oft, das ändert sich nur langsam, von Frauen angestrebt wird.

Sie haben, Herr Heinemann, nach Click and Collect gefragt. Wir sind sehr dankbar, dass Berlin von Anfang an Click and Collect ermöglicht hat. Es bietet den Unternehmen allerdings, da müssen wir die Kirche im Dorf lassen, die Chance, einen kleinen Teil ihrer Umsatzausfälle zu kompensieren. Nach unseren letzten Befragungen, die wir ausgewertet haben, liegt der Anteil dessen, was über Click and Collect realisiert wird – also durch Vorbestellen über das Internet oder telefonisch und dann die Abholung der Ware –, zurzeit zwischen 6 Prozent und 10 Prozent des üblichen Monatsumsatzes. Wie gesagt: Das rettet niemanden, kann aber im einen oder anderen Fall der Firma ein bisschen mehr Sauerstoff zuführen. – Nach Click and Meet ist auch gefragt worden; darauf werde ich nachher noch eingehen.

Die Fragen, die Sie zur Zukunft des Berlintourismus haben – ich will nur daran erinnern –, sind übrigens auch unsere Fragen, weil wir den Handel als einen ganz maßgeblichen Bestandteil der Tourismusindustrie in Berlin betrachten und wir in den letzten Jahren in erheblichem Umfang davon profitiert haben. Wir leiden natürlich darunter, nicht nur Hamburg, auch andere Städte. Nach unseren Erhebungen sind gut 25 Prozent aller Berliner Umsätze in den letzten Jahren aus dem Geschäft mit Gästen der Stadt erwachsen. Das ist ein sehr hoher Wert. Das hat uns gerettet, bei einer immer noch unterdurchschnittlichen Kaufkraft, die wir bei der Berliner Bevölkerung haben.

Herr Goiny von der CDU fragte nach dem Stand der Hilfsauszahlungen. Ich habe vorhin schon angesprochen, dass weit über 70 Prozent Hilfszahlungen beantragt haben. Wir können Ihnen sagen – bundesweit gibt es einen ermittelten Wert –: Ein einzelnes Unternehmen, egal wie groß es ist, hat im Schnitt im vorigen Jahr, wenn es Hilfe bekommen hat, 11 000 Euro im gesamten Verlauf der Pandemie bekommen. Sie können sich also vorstellen, dass das nur Bruchteile von Fixkosten abpuffern kann. Es hakt natürlich daran, dass wir die Dezemberhilfe nach wie vor erst mal verweigert bekommen haben. Da haben wir bereits angekündigt, dass wir das rechtlich noch mal prüfen lassen wegen einer aus unserer Sicht massiven Ungleichbehandlung. Insofern hakt es natürlich, aber es hakt nicht Ihretwegen oder wegen der Auszahlung oder gar der IBB; es hakt, weil eben der Bund der Meinung war dass, dass diese Dezemberhilfen für den Handel nicht ausreichen. Wir haben nach wie vor Probleme, was die Abschreibungen angeht, die würden jetzt aber sehr ins Detail gehen. Da sind wir in Verhandlungen, auch über den Bundesverband, mit dem Bundesfinanzministerium.

Zur Mietenproblematik, die Herr Goiny angesprochen hat, gibt es eigentlich eine recht gute Grundlage, sich zu verständigen; es gibt einen Code of Conduct, den wir mit dem German Council of Shopping Places vereinbart haben. Da ist die Empfehlung im Wesentlichen an beide Seiten, Mieter und Vermieter – ich will es salopp sagen: – sich den Schaden zu teilen. Das ist übrigens auch in den allermeisten Fällen geschehen, wie wir gehört haben. Die hartherzigsten Vermieter finden wir da, wo Vermieter sich darauf berufen, dass sie der Bankenaufsicht unterliegen als Fondsgesellschaften etc. Ansonsten ist besonders hartherzig offenbar immer der Bereich letztlich staatlicher Unternehmen oder Banken, wenn sie als Vermieter auftreten; eine sehr interessante Erfahrung, die wir gerade machen. Die IBB habe ich nicht dabei, aber ganz berühmte andere, auch national operierende Einrichtungen, die sich als Wiederaufbaubanken betrachten, sind als Vermieter schwer erträglich.

Welche Bedarfe wir in Richtung Politik sehen, haben wir wiederholt formuliert. Das würde jetzt auch meinen Zeitrahmen sprengen. Wir brauchen das, was auch gut in Berlin läuft: einen Dialog, aus dem auch mal Erkenntnisse mitgenommen werden. Wenn wir zum Beispiel vorrechnen, was bestimmte Ereignisse auslösen, dann darf das nicht unberücksichtigt bleiben. Ich sage beim Hochfahren des Handels noch mal die Relation dessen, was jetzt geschlossen ist, was dadurch an Existenz gefährdet ist – und dann nach wie vor keine Reflexion, wenn ich mir die Papiere der MPK, zumindest den Entwurf für heute, ansehe.

Strategien, die sinnvoll sind für den Einzelhandel: Wir werden beim Wiederaufbau eine Befreiungsstrategie brauchen. Wir müssen uns alles ansehen, auf den Prüfstand stellen, nachhaltig gucken: Was hemmt uns in der nächsten Zeit? – Machen wir es wie nach dem Hochwasser in Sachsen. Es ist allerdings was zurzeit passiert schlimmer als das Hochwasser. Sehen wir, dass der Handel sich die ersten Monate wieder so frei wie möglich entfalten kann. Das bein-

haltet, Herr Hoßbach, ausdrücklich auch die Frage von Öffnungszeiten; da müssen Sie dann mal gemeinsam mit uns durch.

Vorsitzende Franziska Becker: Kommen Sie bitte zum Schluss!

Nils Busch-Petersen (Handelsverband Berlin-Brandenburg e. V.; Hauptgeschäftsführer) [digital zugeschaltet]: Ja, mache ich! – Herr Zillich hat nach dem Neustartprogramm gefragt; das muss ich nicht wiederholen. Den Transformationsprozess treiben wir sehr. Digitalisierung ist für uns ein großes Thema. Unsere Mitglieder können als Inhaber zurzeit täglich Schulungen in Anspruch nehmen. Herr Wesener hat auch zu Onlineangelegenheiten gefragt. Click and Meet, wie es im Moment vorgesehen wird, kann für kleinere Läden eine Lösung sein; also ich verabredete mich und habe einen Einzeltermin. Das ist für größere Geschäfte genauso unrealistisch wie der Spucktest an der Tür. Das ist unpraktikabel, kann man sich gar nicht vorstellen, dass es funktioniert.

Zur Verwendbarkeit der Mitarbeiter, Frau Meister: Unsere sind, wenn sie freigesetzt sind, immer bestens ausgebildet. Gucken Sie zur Deutschen Rentenversicherung Bund, wie viele Einzelhandelskauffrauen dort tätig sind. Da haben wir auch schon entsprechende Erfahrungen gesammelt. Uns wäre wichtiger als über Click and Meet und andere Geschichten über die Quadratmeter pro Kunde zu steuern. Das ist ein Steuerungselement, das diskriminierungsfrei ist und praktikabler. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Jetzt bitte Herr Vagt von der IHK. – Sie haben fünf Minuten. Bitte schön!

Henrik Vagt (IHK Berlin; Geschäftsführer Wirtschaft & Politik) [digital zugeschaltet]: Herzlichen Dank noch mal für die Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen! – Wir haben eine ganze Reihe von Fragen aus ganz unterschiedlichen Themenbereichen gehabt, zu denen ich mich gern, soweit ich es in der Zeit schaffe, äußern möchte. Ich fange mit dem Stand der Auszahlungen an. Hier kann ich im Grundsatz das bestätigen, was auch Frau Senatorin Pop, Herr Dr. Allerkamp und Herr Dr. Kollatz mitgeteilt haben: Grundsätzlich kann man sagen, dass die Auszahlung der Hilfen mittlerweile deutlich an Schwung gewonnen hat und auch bei uns in der Beratung das Problem an Brisanz abgenommen hat. Man muss gleichwohl natürlich in die einzelnen Programme reinschauen. Wenn man sich die Überbrückungshilfe I anschaut, die bis 9. Oktober letzten Jahres beantragt werden konnte, dann stellen wir eigentlich fest, dass dort keine Fragen mehr kommen bei uns. Wenn es Fragen gibt zu den Auszahlungen, die wir jetzt von Herrn Wesener gehört haben, dann kann es sich meiner Meinung nach nur noch um Einzelfälle handeln, die jetzt systematisch nicht mehr auftreten, sondern dort ist eigentlich der Stand der Bearbeitung der Anträge weitestgehend fortgeschritten. Bei Überbrückungshilfen II haben wir ebenfalls einen relativ hohen Auszahlungsstand; die Überbrückungshilfe III zu beantragen ist seit 10. Februar möglich, hier stellen wir fest, dass ungefähr ein Viertel bisher ausgezahlt wurde, zumindest bundesweit. Das ist sicherlich ein Thema, das uns auch noch eine Weile begleiten wird.

Wenn man sich die einzelnen Hilfen anguckt, also Neustarthilfe, Novemberhilfe, Dezemberhilfe – da haben wir die Zahlen für Berlin gehört –, ist auffällig, dass in der Tat, wie es auch dargestellt wurde, Berlin bei den Anträgen für die Neustarthilfe, also für die Soloselbstständigen, die Kleinsten, einen sehr hohen Anteil an den Bundesmitteln beantragt hat, also ein ho-

hen Anteil an den Anträgen ausmacht, aber dort auch schon relativ viele Mittel ausgezahlt worden sind.

Zu der Frage von Herrn Goiny: Welche Unterstützungsmaßnahmen sind jetzt eigentlich nötig? – Auch das hängt wieder davon ab, welche Gruppe man sich eigentlich anguckt. Guckt man sich die Kleinsten an oder eben die größeren Unternehmen? – Fangen wir mal mit den Soloselbstständigen an: Hier stellen wir fest, dass die Lage wirklich existenziell bedrohlich ist. Wir haben in unserer jüngsten Umfrage festgestellt, dass vier von fünf Befragten uns gesagt haben, dass sie Existenzängste erleiden. Das heißt, da müssen wir den Zugang in die Grundsicherung erleichtern. Wenn man sich andere Betriebe anschaut, geht es insbesondere darum, Einzelfallprüfungen zu ermöglichen. Wir haben immer wieder auch viele Unternehmen in der Beratung, gerade aus dem Bereich der jüngeren Unternehmen, die gerade gegründet haben, die dann Schwierigkeiten haben, unter die unterschiedlichen Hilfspakete, insbesondere die Überbrückungshilfe zu fallen und dort den entsprechenden Nachweis für die Antragsberechtigung zu bringen. Da müssen wir überlegen, wie wir solchen Einzelfällen auch gerecht werden.

Es geht sicherlich auch um das Thema Zuschuss zu Gewerbemieten. Wir können nicht feststellen, dass es bisher zu einer großflächigen Entlastung auf dem Gewerbemietenmarkt gekommen ist; die Frage kam auch aus der Runde. Das lässt sich bisher so nicht feststellen nach unserer Erkenntnis. Wir plädieren dafür, dass auch hier Zuschussprogramme weiterhin aufgelegt werden, die aber dann auch eine Lastenteilung beinhalten, sodass also, wenn ein Teil der Miete erlassen wird, dafür auch entsprechende Zuschüsse durch das Land gewährt werden sollten. Das wäre ein Instrument, das aus unserer Sicht sehr zielgerichtet wäre.

Ein drittes Element, das ich hier ansprechen möchte, ist der steuerliche Verlustrücktrag, der auch von Frau Dr. Brinker angesprochen wurde. Auch da will ich den Blick auf das Thema Konjunkturprogramm richten: Das ist aus unserer Sicht eines der zielgerichtetesten und besten Instrumente, um tatsächlich Unternehmen, die jetzt akut in der Krise stecken, die Möglichkeit zu geben, Liquidität im Unternehmen zu halten, weil wir uns bei steuerlichen Maßnahmen natürlich immer fragen müssen: Wie zielgerichtet sind die, und wie unmittelbar können sie helfen? – Das Thema steuerlicher Verlustrücktrag, das durch das dritte Coronasteuerhilfegesetz teilweise angegangen wurde, sollte aus unserer Sicht weiterhin ausgeführt werden.

Letzter Punkt: Wie geht es weiter? Wo müssen wir mittelfristig hinschauen? – Konjunkturstützende Maßnahmen sind sicherlich noch mal ein ganz eigener Punkt, den man in einer anderen Sitzung vertiefen müsste, weil das sehr tief geht. Grundsätzlich ist es aus unserer Sicht so, dass man hier zwischen kurz- und mittelfristigen Maßnahmen unterscheiden muss. Den Verlustrücktrag hatte ich bereits genannt. Es geht um Melde-, Prüf-, Anzeigen- und Registrierungspflichten für Unternehmen, es geht darum, Sondernutzungsgebühren auszusetzen, Herr Busch-Petersen hat eben das Thema Sonntagsöffnungen genannt, es geht um das Thema Vergaberecht; das sind alles so Baustellen, an die wir jetzt kurz- und mittelfristig sicherlich ran sollten. Wenn man mittelfristig schaut, dann ist sicher das Thema Verwaltungsmodernisierung, Genehmigungsverfahren etwas, das die Unternehmen sehr stark berührt und auch bei uns in der Beratung stark aufschlägt. Die von Herrn Senator Lederer angesprochene Umwandlung von Krediten in Eigenkapital halte ich für ein sehr sinnvolles und wichtiges Instrument, das wir auch mittelfristig noch mal angehen sollten. [unverständlich; technische Störung] durch Kredite noch zusätzliche Lasten aufgebürdet haben, die sie unter Umständen in

der schwierigen wirtschaftlichen Lage, die wir in den nächsten zwei Jahren haben, nicht zurückzahlen können. – Damit sind meine fünf Minuten zu Ende. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

Franziska Becker (SPD): Vielen Dank! – Jetzt bitte Prof. Gornig!

Dr. Martin Gornig (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.) [digital zugeschaltet]: Vielen Dank für die interessanten Rückfragen! Ich will versuchen, das ein bisschen miteinander zu verbinden. Die erste interessante Frage war: Wie kommen eigentlich die Wirtschaftsforschungsinstitute zu ihrem doch relativ optimistischen Blick, dass es 2022 wieder auf einem alten Niveau ist? – Das begründet sich sicherlich aus Erfahrungen aus bisherigen Krisen, aber auch beispielsweise der Entwicklung im dritten Quartal des letzten Jahres, da es doch relativ starke Nachholeffekte gibt, die eine Rückkehr auf das alte Niveau eher wahrscheinlich machen. Was ich nicht teile, ist, dass diese Einschätzung optimistisch wäre. Uns sind Jahre verloren gegangen, die wir ganz dringend eigentlich für mehr Investitionen in die Umgestaltung unseres Kapitalstocks benötigten. Die Ausrüstungsinvestitionen sind in zweistelligem Bereich gesunken, auch die Investitionen in Köpfe sind zurückgegangen. Wir haben da viele Jahre verloren, die jetzt danach schreien, dass wir möglichst schnell auch wieder zu einem Ansteigen der Investitionen kommen. Entsprechend ist klar, die Forderung bundesweit ist: Wir brauchen ein Investitionsprogramm zur Digitalisierung und Dekarbonisierung der Wirtschaft. Da sind die Dinge, die Herr Kollatz angesprochen hat, Elemente und Teile, die Berlin beitragen kann.

Dann kam eine Frage, weil ich gesagt hatte, Berlin müsse ganz konkret selbst etwas tun, um gut aus der Krise zu kommen. Ich habe da, sagen wir, leicht provoziert und muss wieder zurückrudern; ich habe kein fertiges Programm, wie ein Berliner Investitionsprogramm aussehen soll. Allerdings kann man ein paar Eckpunkte deutlich sehen. Ich denke, ein zentrales Stichwort sind dabei hybride Formen von wirtschaftlicher Aktivität, hybride Produktion. Wo wir hinnüssen ist eben nicht ein einfacher Restart, sondern wenn wir wirklich etwas erreichen wollen, wenn wir die Stadt lebenswert erhalten wollen, ökonomisch stark erhalten wollen, brauchen wir viel mehr über die Branchen hinweggehende Konstellationen, beispielsweise Produktion und Handel. Wir sehen, dass Resilienz als Faktor für den Konsumenten, aber auch für den Produzenten wichtiger geworden ist.

Wie organisiere ich das? Und entsprechend: Wird räumliche Nähe auch wieder interessant? – Das ist auch bei Produktion für konsumorientierte Dienstleistungen ein wesentlicher Punkt. Das heißt also, ein Investitionsprogramm Berlin sollte wahrscheinlich bei den Sachen einsetzen, die mit der Infrastruktur zusammenhängen, bei Infrastruktur in Räumen, Mobilitätskonzepten, die tatsächlich diese hybriden Produktionen möglich machen, bei Flächenkonzepten und entsprechenden Dingen, die es möglich machen, solche gemischten Produktionen zu organisieren. Das wäre letztendlich etwas, wo langfristig auch der Onlinehandel als eine der zentralen Stärken Berlins miteingebunden wird, wo der Wissenschaftsstandort Berlin eingebunden wird mit seinen Stärken. Wie gesagt, ich hatte das einfach als Appell, weil natürlich die Gefahr besteht, dass wieder branchenweise organisiert wird: Wie kommt meine Branche jetzt wieder gut aus der Krise? Was muss meine Branche bekommen? – Nein, es kommt darauf an: Wie kann meine Branche profitieren von einem strategischen, sinnvollen Gesamtkonzept zur Digitalisierung und Dekarbonisierung der deutschen Wirtschaft? – So meine ein bisschen allgemein gehaltene Antwort auf die sehr speziellen Fragen.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank, Herr Gornig! – Jetzt rufe ich Herrn Hoßbach vom DGB auf. – Bitte schön!

Christian Hoßbach (Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Berlin-Brandenburg; Vorsitzender) [digital zugeschaltet]: Schönen Dank noch mal! – Ich werde versuchen, hier zu fortge-

schrittener Beratungszeiten pointiert die aufgeworfenen Fragen zu beantworten, und das geht nur im Zusammenhang. Ich will das an einer Frage aufhängen, die gestellt wurde: Warum ist Berlin denn eigentlich nicht dicker getroffen? – Das war, glaube ich, eine Formulierung von Herrn Lederer, eine eher rhetorische Frage. Beziehungsweise: Was ist mit der besonderen Betroffenheit, der besonderen Struktur von Berlin? – Darauf zunächst eine allgemeine Antwort: Warum ist denn insgesamt der Rückgang nicht so stark? – Ich darf daran erinnern, dass es in einer Anhörung im Abgeordnetenhaus vor einem knappen Jahr, als es losging, Schätzungen gab, die geäußert wurden, die gingen bis über 20 Prozent Minus; nicht von uns, aber von anderen. Verglichen damit sind wir jetzt doch in einem glimpflichen Bereich.

Der wichtigste Grund ist ganz klar: Wir haben eine sehr offensive und mutige Wirtschafts- und Finanzpolitik gesehen im letzten Jahr. Die Stabilisatoren haben gewirkt. [unverständlich; technische Störung] – es knistert sehr stark, aber ich mache trotzdem weiter. – Diese Frage einer offensiven, investitionsorientierten und die Nachfrage stabilisierenden Wirtschafts- und Finanzpolitik darf auf gar keinen Fall abbrechen. Das wäre der allergrößte Fehler; Stichwort Schuldenbremse. Da könnte man jetzt noch tiefer reingehen, aber das ist es.

Der zweite Punkt: Wo ist denn die Hauptbesonderheit von Berlin? – Wir haben eine sehr große Breite an Jobs mit niedrigen Einkommen. Da, wo wenig ist, bricht auch nicht so besonders viel Weg, einfach nur von den Zahlen her. Das wurde eben im Zweifel aufgefangen über die Grundsicherung, die dann gar nicht so wahnsinnig weit weg ist. Das ist erst mal eine ganz neutrale Feststellung, das ist aber keine besonders gute Nachricht. Das sollte nach vorne natürlich wiederum dazu beitragen, die richtigen Antworten zu finden. Aus unserer Sicht ganz klar: Wir müssen sehen, dass insbesondere, wenn wir über Tourismus und das Drumherum reden, in diesen Branchen, in denen wir nun mal von der Systematik her häufig eher geringere Einkommen haben, wir, wenn es nach vorne geht, Brancheninitiativen brauchen, zur Hebung von Qualität, von Wertschöpfung und damit natürlich auch von Einkommen. Da muss etwas passieren. Das ist zum Beispiel in dem Tourismuskonzept nicht wirklich enthalten, was dieser Senat in den letzten Jahren ja enthalten hat. Das ist da irgendwo ein bisschen vergessen worden.

Ich will an dieser Stelle sagen, auch wenn es eventuell irgendjemanden ärgert: Wir haben ja die kleine Diskussion über die Rückgabe einer Wirtschaftsförderleistung an ein einzelnes größeres Hotel gehabt, mit der Begründung: Wir zahlen nicht den Mindestlohn des Landes. Wir zahlen ihn nicht, sondern wir haben zum Teil Löhne, die unter 12,50 Euro sind. – Ich finde, wir finden es sehr richtig, dass es solche Regelungen gibt. Bestimmte Mindestanforderungen müssen einfach gestellt werden. Der Staat kann es sich nicht leisten, Wirtschaftsbereiche zu fördern, in denen dann wirklich überhaupt nicht auskömmliche Löhne bezahlt werden. Bei aller Bereitschaft zu Flexibilität: Das ist ein Problem. Der zweite Punkt, was man tun kann, um zu heben, heißt unter anderem Standards stärken, Standards, die da sein müssen. Es wurde die Frage nach der Schattenwirtschaft gestellt; wir wollen keinen Überwachungsstaat, aber was wir im Moment an Kontrolldichte haben im Bereich von Arbeitsschutz oder beim Zoll, der sich um die Schwarzarbeitsthemen kümmert, ist zu wenig. Mehr will ich dazu gar nicht sagen. Es ist deutlich zu wenig. Wir haben gerade gesetzliche Vorgaben für den Arbeitsschutz bekommen, dass faktisch der Arbeitsschutz verdoppelt werden muss, damit nämlich die Quote von 2,5 Prozent auf 5 Prozent hochgehen darf. Das heißt also, dass wir von alle 40 Jahre auf alle 20 Jahre eine Kontrolle, was sind die Arbeitsschutzfragen angeht, in den

Betrieben kommen. Das ist auch eine wichtige Frage. Damit bringt man auch die Qualität nach vorne. Das muss man gar nicht negativ sehen.

Ein wesentlicher Punkt, der sowohl die Arbeits- als auch die Wirtschaftspolitik betrifft: Solo-selbstständige. Das ist von einigen hier kurz angesprochen worden. Wir erleben im Moment eine riesige Solidarleistung für die Soloselbstständigen, die ja sehr häufig entweder nicht gewollt oder nicht gekonnt, jedenfalls nicht eingezahlt haben in die allgemeinen Sozialversicherungssysteme und trotzdem gleichwertige oder sogar höhere Leistungen bekommen. Das ist in Ordnung, das ist solidarisch, und das muss auch so sein in der jetzigen Situation. Das ist aber nicht unbedingt die Absicherung, die nach vorne immerzu gelten kann. Deswegen ist hier wichtig, dass die sozialpolitischen Antworten gefunden werden und dass sich wirtschaftspolitisch darum gekümmert wird, dass man sich auf diesen Typus von Unternehmen zugeschnittene Förderprogramme überlegt, auch Anreizprogramm überlegt zu wachsen, richtige Unternehmen zu werden oder in Form von Genossenschaften zusammenzuarbeiten. Das sind jedenfalls Punkte, die wir an dieser Stelle wichtig finden.

Last but not least: Das Land muss sich auf die Transformationsthemen einstellen. Wir müssen verstehen, dass sich der Industriebegriff entwickelt, weitet. Die Abgrenzung, über die immer geredet wird, ist zum Teil wirklich von gestern. Darüber müssen wir hinweg. Berlin hat gerade in wichtigen Zukunftsfeldern, die international wichtig sind, ganz große Stärken. Die ganze Frage rund um Energie, Energieerzeugung, -speicherung, das große Thema CO₂-Reduzierung – da ist Berlin sehr weit vorn. Bei allem rund um Mobilität ist Berlin auch ganz weit vorn. Als dritter Bereich kommt das Pharmathema dazu. Das sind ganz große Stärken, um die man sich kümmern muss. Hier ist es selbstverständlich, dass das Einbeziehen der Wissenschaft, der Forschung dazukommen muss. Ohne das geht es gar nicht. – Das nur kurz auf die Frage, die auch irgendwo angesprochen war, ob man nicht die Wissenschaft fördern muss. Na klar muss man die fördern, das passiert auch. – Ich mache jetzt Schluss. Herzlichen Dank, und ich hoffe, Sie bleiben alle gesund und wir kommen gemeinsam gut durch diese schwierige Zeit!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Jetzt bitte Herr Olaf Kretschmar, Berlin Music Comission. – Bitte schön! Auch maximal fünf Minuten!

Olaf Kretschmar (Berlin Music Commission e. G.; Geschäftsführer & Vorstandsvorsitzender) [digital zugeschaltet]: Vielen Dank! – Ich gebe mir Mühe; Sie werden mir bestimmt einen Tipp geben!

Vorsitzende Franziska Becker: Selbstverständlich mache ich das!

Olaf Kretschmar (Berlin Music Commission e. G.; Geschäftsführer & Vorstandsvorsitzender) [digital zugeschaltet]: Sehr gut! Prima! – Ich beginne mit den Fragen der Abgeordneten Heineman und Goiny; ich hoffe, Sie sehen es mir nach, wenn ich das kopple, aber die gingen in eine ähnliche Richtung. Neustart in der Musikwirtschaft ist ein komplexer Prozess. Das ist nicht damit getan, dass man eine Tür aufmacht, sondern es braucht in der Tat einen Vorlauf von drei bis sechs Monaten – das war eine Frage –, vielleicht gekoppelt auch an Inzidenzwerte. Wir denken, dass die Kultur- und Veranstaltungsbranche durch ausgefeilte Hygienekonzepte, Unterstützung und eine umfassende Teststrategie vielleicht sogar einen Beitrag zur Eindämmung der Coronapandemie leisten kann. Da würden wir uns ganz aktiv beteiligen.

Wir haben viel gearbeitet in der Branche. Im Dezember haben wir von der Berlin Music Commission gemeinsam mit der DEHOGA, mit „visit Berlin“ Convention Partner und der INTOURA auf Wunsch der Senatsverwaltung für Wirtschaft einen Stufenplan für ein Wiedereröffnungsszenario für die Veranstaltungsbranche vorgelegt. Das hat aktuell in dem Cluster-Stufenplan des Senates noch keinen großen Nachhall gefunden. – Frau Pop, vielleicht können wir uns da noch mal auseinandersetzen, wie wir das weiterführen können, wie wir das genauer zusammenbekommen. Wir fänden es schon gut, einen gemeinsamen Plan, einen abgestimmten Plan in der Schublade zu haben, egal, wo die Kompromisse dann genau liegen.

Die zweite Frage bezog sich auf die Auszahlung der Hilfsprogramme; auf Frau Grüters war das ein bisschen bezogen. – Die Kritik machte sich in der Tat nicht an der Berliner Ebene, sondern an der Bundesebene fest, fokussiert am Wirtschaftsministerium. Das Thema Novemberhilfe, Dezemberhilfe hat – da sind Sie gewiss im Bilde, das brauche ich nicht noch mal aufzumachen – für Empörung in der Branche gesorgt, weil Anträge, die von den Steuerberatern geprüft eingereicht wurden, dann noch mal einer weiteren Tiefenprüfung unterzogen werden sollten und damit das gesamte Prozedere auf so eine Umlaufbahn gekommen ist und sich sehr verzögert hat. Das war richtig schwierig, weil da Unternehmen durchaus von der Insolvenz bedroht waren. Die sind in eine Zwickmühle gekommen, in der sie sich mehrfach unverschuldet wiederfanden. Wir haben mit dem Senat geredet in der Situation. Es gab dann diese Idee einer Zwischenfinanzierung. Das ist, glaube ich, aktuell noch nicht implementiert, fänden wir aber gut. Das fänden wir ein wichtiges Tool, dass quasi der Berliner Senat einspringt, wenn die Bundesmittel ausbleiben, Zahlungsverzögerungen kommen, aber die Anträge bewilligt sind. Das fänden wir ganz gut. Ein anderes Finanzierungsinstrument wäre der von Olaf Scholz im November 2020 angekündigte Sonderfonds für Kulturveranstaltungen; den gibt es noch nicht. Wir fänden es gut, wenn es das gäbe. Kongressfonds in Berlin ist auch ein spannendes Projekt. Gibt es auch noch nicht, aber das fänden wir auch sehr gut.

Gleichwohl habe ich von Frau Senatorin Pop zwei ganz tolle Nachrichten vernommen, über die wir uns sehr freuen. Das Erste, die Neustarthilfe Berlin für Soloselbstständigen auf 75 Prozent aufzustocken, ist super, das finden wir ganz toll. Sehr toll ist auch, einen Unternehmerinnenlohn auf den Weg zu bringen. Das war auch eine Idee, eine Forderung, ein Projekt, das immer in unseren Reihen diskutiert wurde. Es war auch irgendwann mal schwierig, dass es das nicht gab. Wir finden es ganz toll, wenn es da eine Lösung gibt.

An den Senat insgesamt möchte ich das Signal geben: Warten Sie bitte nicht auf die Bundeshilfe. Es wurde vorhin gesagt, wann immer es geht, seien die Bundesmittel vorzuziehen. Das ist haushälterisch natürlich erst mal nachvollziehbar, aber ich glaube, es ist besser, wenn wir beginnen, ein regionales Restartprogramm für Berlin zu bauen, eines, das zugeschnitten ist auf unsere Bedürfnisse, auf unseren Standort. Da fand ich gut, was Kollege Zillich in dem Zusammenhang entwickelt hat, es gemeinsam zu machen in einem Dialogprozesses, nicht quasi einzelne Branchen oder einzelne Unternehmen zu subventionieren, sondern die Situation zu nutzen, um uns als Standort insgesamt gleich besser aufzustellen und gleich die großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen von Nachhaltigkeit über Digitalisierung bis Diversitäten, Genderbalance und so weiter mit reinholen, denn sobald wir wieder starten, warten diese Themen alle auf uns. Denen muss man sich immer wieder stellen, und es ist gut, wenn wir uns da jetzt gleich aufstellen.

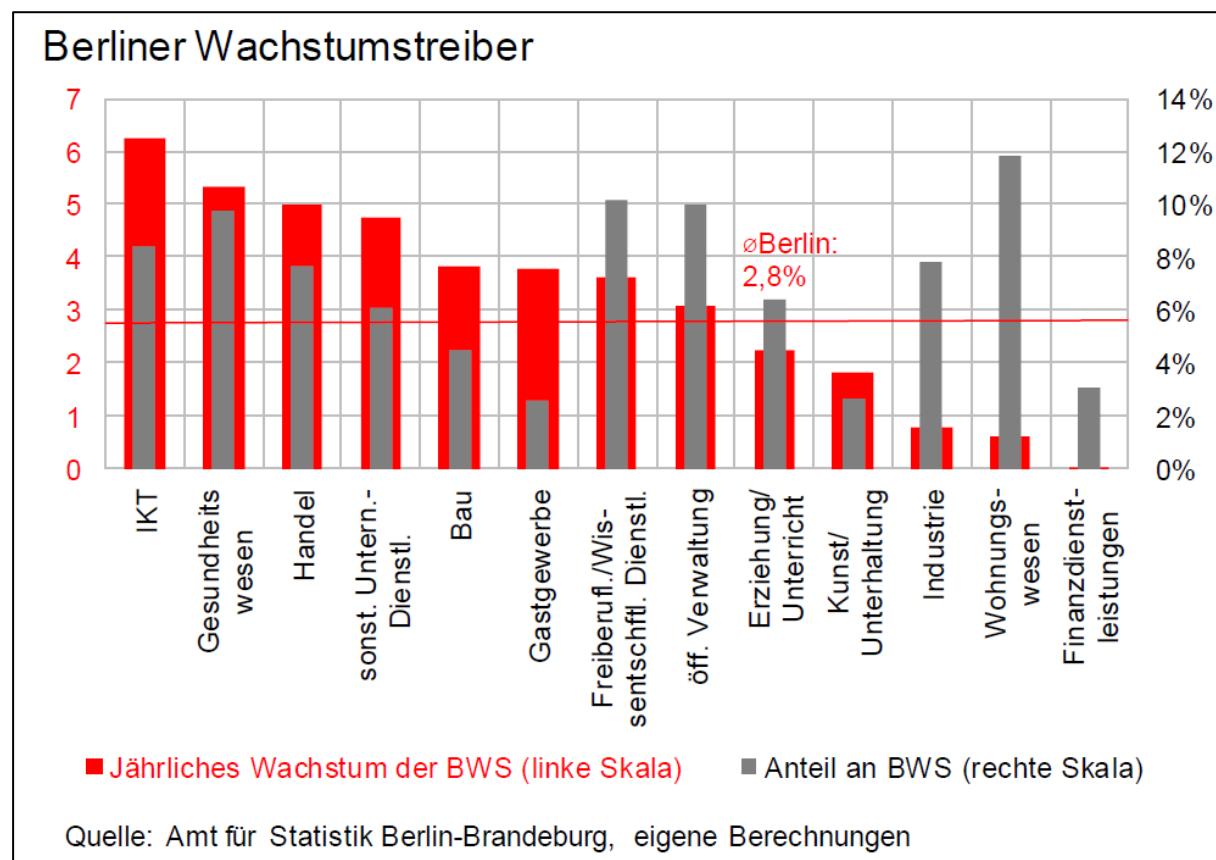
Vorsitzende Franziska Becker: Kommen Sie zum Schluss, bitte!

Olaf Kretschmar (Berlin Music Commission e. G.; Geschäftsführer & Vorstandsvorsteher) [digital zugeschaltet]: Ich beeilte mich! – Das Investitionsprogramm für gemischte Produktion, das angesprochen wurde, finden wir natürlich auch gut. Kollege Wesener hat die Frage nach den Messen der Zukunft gestellt. – Da sind wir mit der „Most Wanted: Music“ und „Listen to Berlin: Awards“ mittendrin. Corona wirkt da wirklich wie ein Treibsatz. Die Formate werden hybrid sein mit einem Schwerpunkt auf dem virtuellen Sektor. Da passiert jetzt eine Entwicklung, die sonst in Jahren passiert wäre; das hat auch wieder eine Querverbindung zu dem Restartthema. Wir brauchen, glaube ich, diese Formate, um diesen Austauschprozess, den Dialogprozess in Berlin in Gang zu setzen. Dafür könnten wir es ganz gut gebrauchen. Wir brauchen Formate, um Berlin sichtbarer zu machen, um das nach außen zu strahlen, um wirklich ein Signal des neuen Berlins in die Welt zu strahlen. Das können Leuchtturmpunkte sein, Konferenzformate; das fänden wir gut, und das wird den Berlintourismus auch wieder an den Start bringen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Jetzt last but not least Herr Pretzell von der IBB!

Claus Pretzell (Investitionsbank Berlin; Volkswirtschaft) [digital zugeschaltet]: Schönen Dank! – Am Ende sind ja schon fast alle Fragen beantwortet; ich versuche, sie noch ein bisschen durchzugehen. Herr Heineman hat die Landesbeteiligungen angesprochen. Da möchte ich doch auf Herrn Senator Kollatz verweisen, der hat er schon geantwortet. – Berliner Haushalte waren Thema einer Frage. Da möchte ich mich Herrn Prof. Gornig anschließen und als Ökonom dafür plädieren wollen, auf jeden Fall die Investitionen beizubehalten, auch die Pläne, die man in den letzten Jahren gemacht hat. Wir dürfen nicht wieder die Fehler der Neunzigerjahre wiederholen, als wir schon mal in einer tiefen Krise steckten in Berlin, als wir die Investitionen quasi abgewürgt haben und dann die Folgen dieses Investitionsabbruchs in den Jahrzehnten danach greifbar und sichtbar in der Stadt hatten. Wir erinnern uns alle daran: öffentliche Plätze, die Brunnen mussten ausgeschaltet werden. Wir sollten also auf jeden Fall weiter investieren, der Kapitalstock darf an der Stelle nicht weiter verzehrt werden.

Die Frage nach dem Tourismus kam auch von Herrn Heinemann; das möchte ich mit der Frage von Herrn Zillich nach der schnellen Erholung der Wirtschaft – wodurch wurde sie gestützt? – koppeln. Beim Tourismus müssen wir uns, denke ich, auf eine längere Durststrecke gefasst machen. Das können drei, vier Jahre sein. Wir werden sicherlich sehen, dass der nationale Tourismus als Erstes anlaufen wird. Die ersten Umfragen von visitBerlin haben gezeigt, dass die Leute tatsächlich noch Lust auf Berlin haben. In einer der letzten Studien, Ende des letzten Jahres, wurde gesagt, dass 33 Prozent der Deutschen auf jeden Fall wieder nach Berlin wollen. Ich denke, das macht Mut. Der Tourismus ist wichtig für Berlin; die Kultur ist wichtig, darauf wurde jetzt öfters hingewiesen, denn sie ist ja auch Aushängeschild von Berlin. Die Kultur hat ja auch dazu beigetragen, dass Berlin attraktiv geworden ist, die Kreativen waren sozusagen dieser Treibsatz.



Aber sehen wir uns noch mal die Wachstumstreiber der letzten Dekade an; dazu gebe ich noch mal meinen Bildschirm für Sie frei. Das sieht jetzt alles ein bisschen kompliziert aus. Das ist das Wachstum von Berlin nach den amtlichen Zahlen über die letzten zehn Jahre, grob gesprochen. Wenn Sie sich die rote Linie in der Mitte angucken, dann sehen Sie das durchschnittliche Wachstum von Berlin, und zwar das jährliche durchschnittliche Wachstum mit 2,8 Prozent. Jetzt können Sie an den roten Balken gucken, welche Bereiche der Wirtschaft besonders stark gewachsen sind. Auf der linken Seite sehen Sie den ganz langen roten Balken, das ist Information und Kommunikation. Das ist natürlich der Treiber überhaupt, und das sind über 6,3 Prozent Wachstum, und zwar Bruttonwertschöpfung Jahr für Jahr. Wir sehen das Gesundheitswesen, wir sehen auch den Handel, der gestützt hat. Die grauen Balken, die Sie drinnen sehen, sind die jeweiligen Anteile an der Bruttonwertschöpfung. Der Bau lief die letzten Jahrzehnte wunderbar, das Gastgewerbe hat sehr stark beigetragen, aber vom Anteil sehen Sie – das ist allerdings nicht der gesamte Tourismus –, dass das nicht die Größenordnung ist, wie wir sie bei IUK und Gesundheitswesen sehen.

Daneben haben wir auch die letzten Jahre vor der Krise gesehen, dass unglaublich viele Menschen nach Berlin gezogen sind. Dieser Zuzug ist durch Corona natürlich abgebrochen. Wir hatten jährlich bis zu 40 000 Menschen, die nach Berlin gekommen sind, und die sind nicht ohne Grund nach Berlin gekommen, weil wir nämlich jährlich 50 000 mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Berlin gesehen haben; Jobs wurden aufgebaut. Diese Jobs wurden in der Stadt auch gebraucht, genau in diesen Branchen, die wir uns gerade noch mal angeguckt haben.

Überleitend zu Frau Meister, die zu Recht gesagt hat – das hatte ich es sehr stark verkürzt aus Zeitgründen –, die Industrie hat die Stadt in den frühen Neunzigerjahren natürlich verlassen aufgrund der weggefallenen und weggebrochenen Steuerhilfen. Wir waren ja teilweise nur die verlängerte Werkbank für manche Industrien, aber Ende der Neunzigerjahre haben sich die Gründe dann auch geändert. Wir hatten vielleicht gehofft, die Industrie würde sich stabilisieren. Die Industrie ist zurückgegangen, und das hatte verschiedene Gründe, einerseits die Globalisierung, aber andererseits auch die Auslagerung von Dienstleistungen, die wir heute nicht mehr in der Industriestatistik wiederfinden. Herr Hoßbach hat ja auch schon darauf hingewiesen. Das sind ja auch veraltete Strukturen. Wir haben natürlichen industrienahen Dienstleistungen immer noch in der Stadt, die sind jetzt eben in den Bereichen der freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen untergekommen. Das sind auch noch Bereiche, die ganz wunderbar wachsen. Die Industrie insgesamt, die heute auch nur noch einen Anteil von 7,4 Prozent an der Bruttowertschöpfung hat, die Industrie, die in Berlin übrig geblieben ist, ist sehr exportorientiert und über die letzten Jahrzehnte eigentlich auch ziemlich widerstandsfähig geworden.

Vorsitzende Franziska Becker: Kommen Sie bitte zum Schluss!

Claus Pretzell (Investitionsbank Berlin; Volkswirtschaft) [digital zugeschaltet]: Das wäre der Schluss gewesen!

Vorsitzende Franziska Becker: Wunderbar! Vielen Dank! – Dann gibt es jetzt eine zweite Rederunde für die Fraktionsmitglieder; jetzt nur drei Minuten. – Frau Dr. Brinker, Sie sind zuerst dran. Bitte schön!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank! – Ich komme schnell zu meinen Fragen an die Anzuhörenden. Zuerst an Herrn Busch-Petersen: Sie haben vor Kurzem berichtet – zumindest war das den Zeitungen zu entnehmen –, dass der Einzelhandel vor Gericht zieht wegen einer Ungleichbehandlung zum Beispiel beim Thema Dezemberhilfe. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen, denn Sie unterstützen ja diese Klagen. – Die zweite Frage, die sich stellt: Wie schätzen Sie denn die Situation ein, dass Händler aufgrund der aktuellen Situation Klagen auf Entschädigungszahlungen einreichen können? Gibt es da auch hinsichtlich Ihres Verbandes Ambitionen oder Erkenntnisse?

Herr Vagt von der IHK hat sehr schön zusammengefasst, was aus Sicht der IHK die wichtigsten Modalitäten sind, deswegen überspringe ich ihn jetzt aufgrund der Zeit und frage Herrn Prof. Gornig vom DIW: Sie haben sich im Wochenbericht 7 über die räumlichen Entwicklungsmuster geäußert und darüber, welche Konsequenzen die aktuelle Situation für die Städte unter anderem haben kann. Können Sie noch einmal kurz erläutern, wie Sie die innerstädtische Lage in Berlin einschätzen, wenn jetzt aufgrund der aktuellen Situation Geschäfte verstärkt leer stehen werden, nicht weitervermietet werden können, also geringere Einnahmen auch Vermietern zu verzeichnen sind, die ohnehin schon in einer gewissen Drucksituationen sind aufgrund der Mindereinnahmen durch den Mietendeckel, und das wiederum gleichzeitig ein Hemmnis für Investitionen ist? Zu dieser Kausalkette würde ich gern Ihre Einschätzung wissen, wie Sie damit umgehen. Bei der zweiten Frage an Herrn Prof. Gornig geht es um die Insolvenzzahlen und die Krise. Wie sieht das in Zukunft für Sie aus? Wie stellt sich das dar? – Durch die Aussetzung des Insolvenzrechtes schieben wir ja quasi eine Bugwelle vor uns her,

was zumindest aus unserer Sicht noch gar nicht so richtig abzuschätzen ist. Wie schätzt das DIW das ein? – Das zu Herrn Prof. Gornig.

Noch eine Frage an Herrn Hoßbach: Sie haben in Ihrem Anfangsstatement die Ausbildungsumlage erwähnt. Da will ich einfach nachfragen, ob ich das richtig verstanden habe: Ausbildungsumlage soll quasi von Firmen geleistet werden. Dass wir im Moment eine ganz prekäre Situation im Bereich der Ausbildung haben, steht außer Frage, aber natürlich haben auch Firmen eine relativ prekäre Situation. Nicht alle, aber wir haben jetzt weitläufig gehört, wie viele Branchen es betrifft. Da wäre eine Ausbildungsumlage eine extreme zusätzliche Belastung. Wenn Sie uns das noch mal erläutern würden, wäre das fantastisch. – Sie haben das Thema Schuldenbremse kurz angesprochen; ich denke, die Schuldenbremse hat gerade in der aktuellen Zeit gezeigt, wie notwendig sie ist und wie gut sie funktioniert. Sie ist für uns ein wichtiges politisches Korrektiv, gerade auch in diesen Zeiten. Es ist ja nicht so, dass Investitionen durch die Schuldenbremse abgebremst werden. Ganz im Gegenteil, wir erleben hier in Berlin, dass Geld für Investitionen durchaus da ist, die Investitionen aber aus unterschiedlichsten Gründen nicht gemacht werden: weil die Bürokratie zu umständlich ist, weil entsprechende komplexe Ausschreibungsregularien gelten, sprich Vergaberecht, was Herr Vagt von der IHK angesprochen hat, oder – ich komme selbst aus dem Bau –, wenn in einer Ausschreibung steht, dass eine Frauenquote bei Unternehmen erfüllt werden muss. Das ist schon sehr speziell, und da muss, denke ich, etwas getan werden. Da ist die Frage an Herrn Hoßbach, wie Sie das sehen.

Noch ganz kurz an Herrn Kretschmar: Ich habe auf Ihrer Homepage gesehen, dass Sie sich die Soforthilfen für alle Segmente wünschen und zweitens, dass das Bundesprogramm Neustart Kultur nicht ankomme. Es wäre schön, wenn Sie kurz erläutern würden, was genau sich da als Problem darstellt.

Ganz zum Schluss noch an Herrn Pretzell von der IBB: Wie schätzen Sie die Kausalkette durch Homeoffice, Videokonferenzen und so weiter ein? – Sie haben uns sehr gut dargestellt, dass das Auswirkungen auf die Stadtstruktur haben wird, vielleicht weniger Büroräume gebraucht werden, aber größere Wohnungen. Wäre das nicht aus Ihrer Sicht auch eine Chance zur Deregulierung, gerade auch im Baubereich? – Neubauten mit Minimalgrundrissen helfen uns da ja offensichtlich nicht weiter. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Bitte! – Frau Meister, bitte! Drei Minuten!

Sibylle Meister (FDP): Vielen herzlichen Dank! – Ich will mich auf zwei Nachfragekomplexe konzentrieren; einmal auf das Thema Tourismus. Der Tourismus lebt ja davon, dass jemand nach Berlin herkommt. Wenn ich jetzt im Bereich Messe und Kongresse sage, wir müssen in hybride Formate umsteuern, dann mag ich mir das auf der einen Seite bei Kongressen und ähnlichen Dingen vorstellen; ich glaube aber, dass es einen großen Teil der Messen gibt, wo das kein Ersatz ist, weil Messe eben auch dafür da ist, zehn Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern an einem ziemlich kleinen Ort zu treffen, und zwar zur gleichen Zeit. Der Effekt von Messe ist natürlich, dass das genau die Besucher waren, die viel Geld in dieser Stadt gelassen haben, das wir natürlich am Ende des Tages brauchen, wenn wir Menschen so bezahlen wollen, wie wir uns das alle vorstellen; sonst kann es nicht funktionieren. Das heißt, wir müssen gucken, dass wir – nichts gegen eine digitale und hybride Unterstützung – die Menschen hier wieder auch vor Ort kriegen. Sonst kann es nicht funktionieren, dass unsere Hotels, Gastronomie und alles, was daran hängt, wieder auf die Beine kommen.

Mein zweiter Fragenkomplex geht in die Richtung Kredite. Ich habe ja schon am Anfang mal gesagt: Das mit den Krediten ist so eine Geschichte. Das war vielleicht nur bedingt schlau. Jemandem einen Kredit zu geben und ihm dann zu sagen: Du darfst keine Umsätze erzielen, aber in einem halben Jahr reden wir darüber, wie du den Kredit zurückzahlen kannst – wird ja bei vielen nicht so richtig aufgehen. Insofern hier die Frage von mir, wie unsere Anzuhörenden es einschätzen, zu wie vielen Insolvenzen es mit Ende des Aussetzens der Insolvenzantragspflicht kommen wird. Wie weit werden die Folgen davon sein, auch für Gläubiger, Lieferanten, die am Ende des Tages womöglich auch auf ihren Rechnungen sitzen bleiben? Was ist für die Einzelnen an weiteren Folgen damit verbunden?

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank, Frau Meister! – Jetzt Herr Goiny. Bitte schön!

Christian Goiny (CDU): Ich will mit der IBB anfangen. Ich glaube, man muss diese Kolumnen mit den Wachstumssteigerungen der verschiedenen Branchen, die Sie hier aufgezeigt haben, ein bisschen im Zusammenhang sehen, weil diese ganzen Branchen natürlich von vielen, insbesondere jüngeren Menschen profitiert haben, die in den letzten zehn, 15 Jahren nach Berlin gekommen sind, eben weil Kultur und Nachtleben die Magneten dieser Stadt sind. Die haben dann eben angefangen, in Wissenschaft und Forschung zu arbeiten, die haben Firmen gegründet, die haben Digitalisierungsprojekte gemacht. Insofern kann man das, glaube ich, nicht nur so kolumnenartig nebeneinander betrachten, sondern muss eben auch feststellen, dass das unsere Schwerindustrie ist. Wir leben nicht von der Autoindustrie, wir leben nicht von der Landwirtschaft, von Schlachthöfen, von Kohle und Bergbau, sondern wir leben in besonderer Weise von Kultur. Deswegen ist die Idee, dass wir uns hier mit dem Landesprogramm anders befassen und nicht nur Bundeshilfen machen, aus meiner Sicht völlig richtig, weil das ein Berliner Spezifikum ist, dass alle anderen 15 Bundesländer in dieser Form nicht haben. Deswegen ist es auch richtig, dass wir das hier noch mal so angehen. Im Übrigen: Das Bevölkerungswachstum hat schon vor Corona nachgelassen. In der letzten Steuerschätzung aus dem Mai 2020 mit dem Zeitraum Rückblick bis November 2019 hatten wir nur noch 4 000 oder 5 000 Personen Nettozuwachs. Da waren natürlich ein paar Monate Corona drin, aber Umzüge nach Berlin macht man ja auch nicht innerhalb von vier Wochen, die plant man länger, alleine, weil man eine Wohnung hier finden muss. Insofern: Das Bevölkerungswachstum war schon vorher weg. Wir haben also allen Grund, in diese Stärken der Stadt zu investieren, insbesondere, die Attraktivität für junge Zuzügler zu halten, und auch das ist ein Grund, etwas für Kultur zu machen.

Wegen der Kürze der Zeit bitte ich darum, dass der Senat uns im Nachgang noch mal einige Punkte schriftlich in Berichtsform aufliefert. Wir hörten jetzt, dass wir insbesondere da, wo der Staat Vermieter ist – das hat Herr Busch-Petersen gesagt –, Probleme haben. Wir haben das hier auch schon mal diskutiert. Die Frage ist: Wie verhält sich das in den Fällen, in denen der Staat Vermieter ist? – Nur stunden wird am Ende nicht reichen, weil dann selbst dann, wenn die Unternehmen wiederaufmachen können, riesige Schuldenberge angehäuft sind. Wie gehen wir mit dem Thema Kreditverlängerung um? – Auch das ist eine Frage, bei der wir vielleicht von der IBB mal einen Ausblick haben wollen. Das Thema Verlustrücktrag ist auch schon mehrfach angesprochen worden; dazu haben wir noch keine richtig substanzielle Antwort vom Senat bekommen. Beim Thema Kultur und andere Veranstaltungen stellt sich natürlich die Frage der Sondernutzungserlaubnisse, der Gebührenfreiheit dafür, auch der Lärmschutzgenehmigungen, auch der Gebührenfreiheit dafür. Was kann und darf man also in diesem Sommer draußen machen, ohne von Pontius zu Pilatus geschickt zu werden oder sich von einzelnen Bezirksamtern wie Friedrichshain-Kreuzberg anhören zu müssen: Bei uns gibt es gar nichts draußen diesen Sommer, denn es ist ja Corona? – Hier brauchen wir, glaube ich, eine einheitliche Linie. Das würde vielen Branchen, vielen Unternehmensbereichen, Kultur, aber auch Einzelhandel eine ganze Menge helfen.

Dann möchte ich – das kann auch bei der Frage der weiteren Hilfen mit aufgenommen werden – fragen: Wie ist es eigentlich mit Neugründern oder Unternehmen, die 2019 einen schlechten Umsatz hatten, 2020 einen besseren Umsatz hatten und dann aber bei der Überbrückungshilfe III ausgeschlossen sind? – Wir müssen ja auch in diesen Zeiten sehen, dass wir die wagemutigen Unternehmensgründerinnen und Unternehmensgründer nicht bei weiteren Hilfen ausschließen, einfach weil sie noch keine Chance hatten, die Kriterien, die wir gebaut haben, zu erfüllen. Ich glaube, das ist auch noch mal ein wichtiger Punkt. Vielleicht können wir uns darauf verständigen – wir haben ja sowieso noch eine Auswertung dieser Anhörung –, dass wir die entsprechenden Berichte zu den Punkten, die ich hier skizziert habe, zu diesem Termin bekommen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Jetzt Herr Wesener!

Daniel Wesener (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich will den Versuch unternehmen, es ein bisschen konkreter zu machen. Ich will vorweg sagen: Wirtschaftswissenschaft ist sicherlich keine exakte Wissenschaft. Ich erwarte von niemandem, dass er oder sie uns mit einer Kristallkugel die Zukunft voraussagt, aber ich glaube, bei all dem, was jetzt hier besprochen wurde, wäre es auch als Handlungsanleitung an die Politik gut zu wissen: Wie werden wir dem, was hier artikuliert wurde, eigentlich gerecht? – Es wurde viel und richtig erweise von Transformationen gesprochen, es wurden alle Stichworte in allen Redebeiträgen noch mal untergebracht; Dekarbonisierung, Klimaschutz, Digitalisierung, aber auch das Thema gute Arbeit. Jetzt haben wir eine Situation, in der wir es teilweise mit Menschen und Branchen zu tun haben, die sagen: Wir wollen im besten Fall gar nicht zurück ins neue Normal; für uns ist die Coronakrise erst mal eine Riesenbelastung und weniger eine Chance, aber wenn wir schon über die Zukunft reden, dann doch bitte eine andere Zukunft als das, was wir aus der Vergangenheit kennen. – Da gibt es ja immer wieder Diskussionen, auch was ganz konkrete Mechanismen oder Programme angeht.

Die Hilfen sind, wie gesagt, dass eine; das andere sind Konjunkturmaßnahmen. Wir haben stattliche Summen im Berliner Haushalt vorgehalten, und da wäre es natürlich ganz gut zu

wissen: Ist das frisches Geld, das in alte Strukturen fließt, oder werden wir unserem und Ihrem Anspruch gerecht? – Da interessieren mich einfach Hinweise. Ich will das an zwei, drei Beispielen deutlich machen. Wie würden denn entsprechende Impulse aussehen, wenn man sagt, man will die sogenannten Zukunftsfelder oder die Transformationsprozesse, die eh laufen, noch mal zusätzlich flankieren? Wie könnten Anreize aussehen? – Man muss ja nicht sagen: Ihr kriegt nichts, euch wird nicht geholfen – nur umgekehrt: Wie könnten diejenigen, die vorangehen, die beispielsweise im Tourismusbereich aufzeigen, wie von guter Arbeit bis zu nachhaltigem Tourismus Dinge vielleicht anders und besser funktionieren als in der Vergangenheit, in besonderer Art und Weise hier profitieren? Wie ist das, Herr Gornig, mit den hybriden Formaten, Produktionsweisen, wie auch immer? Wie könnte man da ganz gezielt entsprechenden Unternehmerinnen und Unternehmern unter die Arme greifen? Wie, Herr Kretschmar, ist es im Veranstaltungsbereich? – Sie sagen zu Recht: Lasst uns das gemeinsam entwickeln. BKM, Herr Winands, erzählt übrigens immer, wie fabelhaft das angeblich läuft mit den verschiedenen Verbänden. Auch bestimmte Hilfen von Neustart Kultur werden teilweise in Kooperation mit und sogar über diese Verbände ausgereicht.

Vorsitzende Franziska Becker: Kommen Sie zum Schluss, bitte!

Daniel Wesener (GRÜNE): Dann interessiert mich wiederum: Wie sieht denn eigentlich eine nachhaltige Großveranstaltung aus? – Das ist doch keine Debatte, die wir seit gestern führen. Ich weiß gar nicht mehr, ob es beim letzten oder vorletzten Mal war, dass wir uns beim Landesmusikrat getroffen haben, wo proaktiv von der Szene solche Fragen aufgeworfen werden: Wie sehen Festivals der Zukunft aus, die nicht in wenigen Tagen das Müllaufkommen einer deutschen Kleinstadt haben und so weiter, und so fort?

Letzte Frage: Konsumgutscheine. Das ist etwas, was andere machen, was heiß diskutiert wird. Da interessiert mich einfach Ihre Meinung. Natürlich ist Konsumgutschein nicht gleich Konsumgutschein, aber es wäre ja ein Instrument, das, in welcher Konfiguration auch immer, die erwünschten Effekte haben könnte. – Die Vorsitzende räusperte sich; deswegen darf ich nicht mehr nach der guten Arbeit, dem Homeoffice und den Implikationen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fragen, Herr Hoßbach – auch der Aspekt ist ja nicht uninteressant, jenseits der Genderdimension; was bedeutet das eigentlich, sicherlich auch in Abhängigkeit von unterschiedlichen Branchen? –, und darf auch nicht mehr nach dem Immobilienmarkt und der generellen Entwicklung desselben Fragen. Aber vielleicht hat die Finanzverwaltung hier auch eine kluge Prognose. – Und damit bin ich schon fertig, Frau Vorsitzende!

Vorsitzende Franziska Becker: Ganz fantastisch, Herr Wesener. – Herr Heinemann, bitte!

Sven Heinemann (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich glaube, ein Ergebnis dieser Anhörung ist auf jeden Fall, dass Berlin weiter investieren muss, dass Berlin weiter klug investieren muss. Dazu haben Herr Gornig und Herr Pretzell einiges gesagt. Ich glaube, da müssen wir uns auch so ehrlich machen. Dass wir den Tanker zu mehr Investitionen in Berlin gelenkt haben, ist sicher richtig, aber in vielen Bereichen sind wir erst in den Leistungsphasen der Planung. Wenn ich mir gerade die ganzen Verkehrsprojekte angucke, sind wir in Planungsphasen, und es wäre in der Tat fatal, hier gar nicht zum Bauen zu kommen. Das sage ich auch noch mal als Berichterstatter für den Bereich, aber das trifft natürlich auch auf andere Bereiche zu, wo jetzt eben beplant wird, aber das Geld für die Investitionen noch fehlt. Da müssen wir handeln, aber da muss auch der Bund handeln; ohne den wird es nicht gehen, und

da hat der Bund auch eine besondere Verantwortung, nicht nur für Berlin als Hauptstadt, sondern auch aus anderen Gründen der Vergangenheit.

Was Herr Wesener angesprochen hat, finde ich auch interessant. Das macht ja auch der neue US-Präsident, und auch die Bundesregierung hat über die Mehrwertsteuersenkung auf Konsum gesetzt; in Amerika gibt es Konsumgutscheine. Da ist noch mal die Frage an Herrn Busch-Petersen und an Herrn Kretschmar: Halten Sie Konsumgutscheine für den Berliner Handel beziehungsweise für die Berliner Kulturlandschaft für sinnvoll, oder ist es nicht auch hier eher geboten, klug zu investieren oder andere Förderprogramme anzuschieben? – Der Bundesverband des Handels fordert auch massive zusätzliche Investitionen in die Städtebauförderung. Das Geld können wir nur einmal ausgeben. Da ist eben die Frage: Wollen Sie eher die Gießkanne, aus Ihrer Sicht als Interessenvertretung, oder sagen Sie, Sie wollen lieber maßgeschneiderte Programme, bei denen Sie auch mitreden können, das bringt mehr?

Zum Abschluss interessiert mich noch: Wenn Berlin schneller und besser aus der Krise herauskommen soll, sind wahrscheinlich auch ein paar sehr pragmatische, undogmatische Lösungen, wenn die Herdenimmunität hergestellt ist und wirklich alle Regeln aufgehoben werden, nötig. Da die Frage an den Handel und an den Kulturbereich: Welche drei wichtigsten Forderungen nach Maßnahmen haben Sie an den Senat für diesen Zeitpunkt, der eventuell in einer Phase liegt, in der die Berlinwahl gerade stattfindet oder stattgefunden hat und das Parlament vielleicht nicht jede Woche so handlungsfähig ist? – Da müssen ja Sachen auf den Weg gebracht werden, zum Beispiel, wenn man eine Ausnahmeregelung wie zu den Europa- und Weltmeisterschaften dann aus einem anderen Grund exekutiert, Bundesebene, Landesebene? – Da ist noch mal interessant, welche drei Punkte das aus Ihrer Sicht sind.

Vorsitzende Franziska Becker: Kommen Sie bitte zum Schluss!

Sven Heinemann (SPD): Müssten die vielleicht schon vorab, bis zum Sommer auf den Weg gebracht werden? – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Bezuglich des Konsumgutscheins kann man sich vielleicht mal das Beispiel Bad Belzig angucken; die haben nämlich so etwas eingeführt. Ansonsten ist jetzt Herr Zillich dran.

Steffen Zillich (LINKE): Interessanter Vorschlag! – Stakkatohaft: Erstens würde ich vom Senat gern noch mal etwas zum Thema Verlustrücktrag hören. Zum Zweiten: staatliche oder öffentliche Unternehmen als Vermieter – soweit es Berliner Unternehmen betrifft, hätte ich da gern genauere Hinweise, weil wir natürlich kein Interesse daran haben können, hier noch unseren Beitrag dazu zu leisten, dass Strukturen wegbrechen; überhaupt nicht. Sollte da irgendetwas falsch laufen, das wir beeinflussen können, dann sind wir gern dazu bereit.

Dann, Herr Busch-Petersen, vielleicht noch mal ein bisschen konkreter: Was sind denn Hilfen im Strukturwandel? Was kann denn so etwas sein? Wo sind Punkte, an denen Branchen nicht nur, aber auch wegen Corona unter Druck geraten, und welche Entwicklungen, welche Tendenzen muss man möglicherweise stärken, damit sie sich durchsetzen können? – Ich bin auch leicht skeptisch hinsichtlich der Perspektive, dass sich der Tourismus insofern verändert, als dass er seinen Weg in den qualitativen Tourismus nimmt. Das ist ein Wunsch, das ist vielleicht auch eine Strategie, aber wo sind die Anzeichen dafür, dass genau das stattfindet? Wo

sind die Stellschrauben, dass genau das stattfindet, zumal es wahrscheinlich richtig ist, dass das Messe- und Veranstaltungsgeschäft, das da möglicherweise ein Treiber sein könnte, etwas ist, wo es zumindest Veränderungen geben wird und das sich auch neu einstellen muss? – Vielleicht müssen wir uns das gemeinsam vornehmen, weil es eben so ist, dass die Frage der Entwicklung des Messe- und Veranstaltungsgeschäfts zum Beispiel extreme Wechselwirkungen hat mit der Frage, wie attraktiv eine Stadt ist, und das wiederum extreme Wechselwirkungen hat mit der Frage des Tourismus und das wieder extreme Wechselwirkungen hat mit der Frage, wie die Innenstadt aussieht und was der Einzelhandel dort macht, und das wieder extreme Wechselwirkungen hat mit der Frage, wie Kultur funktioniert, wie attraktiv das ist, und das wiederum extreme Wechselwirkungen mit der Frage hat, wo noch Freiräume für Kreativität sind; wo ist nicht alles mit einer Immobilienwirtschaft überzogen, die so etwas nicht mehr zulässt? – Es ist, glaube ich, notwendig, dass wir hier an einen Punkt kommen, wo wir im Sinne auch von Verabredungen vom Neustart übergreifend zu einem Dialogprozesses kommen, um vielleicht gemeinsame Strategien dort hinzubekommen. – Danke schön!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Jetzt sind wir schon bei der letzten Runde. Es gibt die Möglichkeit einer zweiten Antwortrunde der Anzuhörenden und des Senats, und zwar jeweils mit einer Redezeit von drei Minuten. Ich bitte nun noch einmal Herrn Busch-Petersen um Antwort.

Nils Busch-Petersen (Handelsverband Berlin-Brandenburg e. V.; Hauptgeschäftsführer) [digital zugeschaltet]: Frau Vorsitzende! – Frau Dr. Brinker hat nach den Gerichtsverfahren gefragt. Das ist natürlich der letzte Hilferuf eines betroffenen Unternehmens – die Verbände selbst sind da nicht klagebefugt –, wenn die Hoffnung auf die erste und zweite Gewalt nicht mehr begründet ist, und da sind wir mittlerweile. Ja, es sind, das wissen wir von Mitgliedern, Klagen in Vorbereitung, was die Dezemberhilfe angeht. Das ist aber noch nicht eingereicht. Ja, es gibt Klagen, die uns bekannt sind und von uns begleitet werden, was die Ungleichbehandlung der verschiedenen Branchen in der gegenwärtigen Eindämmungsverordnung angeht. Das ist jetzt seit einer Woche anhängig; darauf im Detail einzugehen, wird schwer sein, ich kann es nur so bestätigen. Natürlich kann man sich, wenn festgestellt wird, dass dort Fehler vorlagen, überlegen, ob man als nächsten Schritt auch etwas in Richtung Entschädigung unternimmt. Das ist, wie gesagt, immer der einzelne Fall eines einzelnen Unternehmens, wird aber für alle von Relevanz sein.

Frau Meister hat nach der Anzahl der Insolvenzen gefragt. Das kann man im Moment schwer einschätzen. Wenn wir mal das nehmen, was sich eigenem Bekunden entnehmen lässt – und unsere Klientel im Einzelhandel neigt nicht dazu, die eigene Lage künstlich schlechter zu reden, meistens sucht man noch etwas Gutes und versucht zu überleben –, ist mindestens die Hälfte, das war auch unsere Einschätzung von vornherein, aller jetzt von der Schließung betroffenen Ladengeschäfte akut existenzgefährdet in diesem Jahr; da reden wir über eine Stückzahl von mindestens 5 000 bis 7 000 Ladengeschäften in Berlin. Sie können sich die Folgen dann vor Ihren eigenen Augen vorstellen.

Herr Goiny, aber auch Herr Zillich und Herr Heinemann fragten noch mal nach Rahmenbedingungen. Das will ich versuchen, zusammengefasst zu machen. Das Thema der Gutscheine ist eine Sache, die ursprünglich auch von unserem Bundesverband aufgekommen ist. Ich glaube, der Schwerpunkt muss mittlerweile, so sehr wir Gutscheinlösungen immer ganz interessant finden, weil sie in der Regel Kaufkraft wirklich unmittelbar in die Läden vor Ort spü-

len, auf Investitionen in Städtebauförderung, in große Strukturen, in Rahmenbedingungen liegen, in denen wir dann den Wiederaufbau stattfinden lassen. Das halte ich nach wie vor für das Angemessenere.

Bezüglich der Dekarbonisierung, nicht nur als Schlagwort, haben wir auch gute Sachen zu berichten, Herr Wesener. In Berlin haben wir trotz der Pandemie als Erste bundesweit ein gemeinsames Projekt mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, eine Klimaschutzoffensive des Berliner Handels. Niederschwellig werden Unternehmen beraten, man hilft Ihnen, den Energieverbrauch zu reduzieren und damit aktiv etwas zur Dekarbonisierung zu leisten in einem Wirtschaftszweig, der in Gänze der zweitstärkste Verbraucher von Energie in der Wirtschaft ist. Auch zur Digitalisierung gibt es bereits Sachen, da müssen wir nicht alles neu erfinden. Es gibt das Mittelstand 4.0 – Kompetenzzentrum Handel+ unter Federführung der Handelsverbände, offen für alle, auch Nichtmitglieder der Handelsverbände, beim Bundeswirtschaftsministerium, das fast täglich, mindestens zweimal in der Woche Fort- und Weiterbildungen, Webinare für den Handel anbietet, um ihm zu helfen, die Klippe der Digitalisierung nicht zu umschiffen, sondern wirklich als Chance zu begreifen.

Dann wurde nach den drei wichtigsten Maßnahmen im Restart gefragt. Das ist jetzt vielleicht ein bisschen sehr schnell; darüber müsste man länger nachdenken und mehr Zeit als die drei Minuten haben, die sich gerade dem Ende nähern. Ich denke, wir brauchen vor allen Dingen – das habe ich deutlichgemacht – eine zügige, diskriminierungsfreie Öffnung, keine unnötigen Unterschiede mehr zwischen den Branchen. Der Handel insgesamt ist in der Lage hochzufahren. Wir brauchen Rahmenbedingungen, die auch einschließen, dass wir sagen, in den ersten Monaten – das kann man auch zeitlich befristeten – müssen wir uns nicht irgendwelche Begründungen aus den Fingern saugen. Gucken wir, dass wir die Kundenströme ausdünnen, und deswegen sagen wir: Nutzen wir zunächst alle Tage einer Woche, um wieder hochzufahren und wenn Gäste da sind, für die Gäste da sein zu können.

Was die Vermieterseite angeht, habe ich das Problem, dass einige meiner Mitglieder und das zwar genannt haben, aber aus Angst vor ihrem Vermieter darum gebeten haben, nicht ins Detail zu gehen. – Herr Zillich, dazu können wir noch mal telefonieren; es war aber zumindest eine große, berühmte Förderbank dabei und auch die Deutsche Bahn. – Förderung vor Ort: Natürlich auch da, wo es geht, bestehende Plattformen in der Kooperation mit dem Handel fördern, aber auch lokale Plattformen stärken. Wir haben der gute Ansätze aus der Vorcoronazeit, die sich jetzt auch bewähren: mit regionalen kleinen Plattformen gemeinsamer Einkauf im Internet für den Kunden bei dem Händler in der Nachbarschaft, und dann wird alles auf einmal zu einer gewünschten Zeit geliefert. Auch solche Sachen können wir kleinteilig vor Ort ausbauen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Herr Vagt von der IHK Berlin bitte!

Henrik Vagt (IHK Berlin; Geschäftsführer Wirtschaft & Politik) [digital zugeschaltet]: Vielen Dank! – Ich gehe auf drei Punkte ein, die in der letzten Runde genannt wurden. Das eine ist das Thema Insolvenzen, das Zweite ist der Punkt von Herrn Wesener zum Thema „new normal“ beziehungsweise die Konsumgutescheine, und das Dritte ist der von Herrn Zillich noch mal erwähnte Verlustrücktrag. – Zum Thema Insolvenzen: In der Tat ist das aktuelle Insolvenzgeschehen etwas, das uns alle etwas ratlos zurücklässt, und es ist sehr schwierig, dazu wirklich belastbare Antworten zu geben. Das aktuelle Insolvenzgeschehen entspricht

nicht dem, wie es eigentlich in einer so schweren Wirtschaftskrise, wie wir sie momentan erleben, sein müsste. Das liegt natürlich daran, dass eine große Menge an öffentlichen Geldern im System ist, die dazu führt, dass viele Unternehmen momentan das Überleben noch halbwegs realisieren können. Tatsächlich sind die Insolvenzahlen im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr sogar um 13 Prozent zurückgegangen, was an den vielen Instrumenten lag, die wir benutzt haben, von Überbrückungshilfen bis zu Zuschussprogrammen beziehungsweise Kreditprogrammen und natürlich dem Kurzarbeitergeld. Wir und auch führende Wirtschaftsforschungsinstitute gehen davon aus, dass wir in diesem Jahr eine deutliche Zunahme an Insolvenzen erleben werden. Die aktuellen Regelungen des Covid-19-Insolvenzaussetzungsgesetzes gelten in veränderter Form noch bis 30. April; das heißt aber nicht, dass jemand grundsätzlich von der Pflicht befreit ist, einen Insolvenzantrag abzugeben, sondern nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen davon befreit ist. Das macht uns natürlich ein bisschen Sorge, weil wir die Befürchtung haben, dass viele das eventuell nicht tun, obwohl sie es tun müssten. Grundsätzlich gehen wir aber davon aus, dass diese Welle kommen wird, und sehr massiv kommen wird. Es gibt Schätzungen, die sagen, wir werden im Gegensatz zum letzten Jahr eine Steigerung um 40 Prozent bei den Insolvenzen erleben; im Gegensatz zu 2019 wäre das eine Steigerung von etwa 25 Prozent. Über das zweijährige Mittel ginge das dann schon wieder, aber wir werden in diesem Jahr eine deutliche Steigerung an Insolvenzen haben; davon gehen wir sehr fest aus.

Zu den Punkten von Herrn Wesener, einmal zum Thema „new normal“ – also welche Impulse brauchen wir jetzt eigentlich in welchen Feldern? – und anschließend zum Thema Konsumgutscheine noch ein paar Sätze: Ich will mich bei den Konjunkturimpulsen auf zwei Themen konzentrieren, die auch nicht wirklich überraschend sind. Herr Wesener hat ja bereits angemerkt, dass die klassischen Begriffe in der heutigen Diskussion natürlich schon gefallen sind, aber ich will es trotzdem auf die beiden Felder Digitalisierung und Nachhaltigkeit beziehen, weil das auch Punkte sind, zu denen wir im letzten Jahr auch sehr konkrete Vorschläge gemacht haben, was Konjunkturimpulse angeht. – Beim Thema Digitalisierung geht es sicherlich um eine zügige Umsetzung des E-Government-Gesetzes, es geht um digitale Lerninfrastrukturen in Schulen, es geht um einen gigabitfähigen Breitbandausbau, den wir schaffen müssen. Wir haben immer noch eine relativ niedrige Glasfaseranbindung in Berlin. Es geht um Anschluss-Voucher an Breitband für Unternehmen und eine mittelstandsförderliche Digtalförderung, gerade für KMU in Berlin. Ich kann jetzt in der Kürze der Zeit leider auch nur ein paar Stichworte nennen.

Vorsitzende Franziska Becker: Kommen Sie zum Schluss, bitte!

Henrik Vagt (IHK Berlin; Geschäftsführer Wirtschaft & Politik) [digital zugeschaltet]: Ja! – Beim Thema Nachhaltigkeit möchte ich grundsätzlich das Thema Abgabe- und Umlagesystem ansprechen, CO₂-Preis – welche Lenkungswirkung kann er entfalten? Wie können wir dieses Instrument weiter stärken? –, Förderung der energetischen Sanierung im Wärmebereich und Ausbau grüner Fernwärme durch Wasserstoff gemeinsam mit Brandenburg.

Noch einen Satz zu Konsumgutscheinen: Ich glaube, wir haben durch die Mehrwertsteuersenkung im letzten Jahr gemerkt, dass diese Instrumente wahrscheinlich wenig zielgerichtet sind und wahrscheinlich deshalb in der jetzigen Phase der Pandemiebekämpfung nicht eingesetzt werden sollten. – Zum von Herrn Zillich angesprochenen Thema Verlustrücktrag will ich noch mal sagen, dass es sich hierbei aus unserer Sicht um ein sehr zielgerichtetes Instrument

handelt, im Gegensatz zu den Konsumgutscheinen, weil es eigentlich ein zinsloses Darlehen ist für die Unternehmen, das dem Staat keine Finanzierungsprobleme bringt, sondern es ist eigentlich nur eine Verlagerung von Steuereinnahmen, die dadurch geschieht, die aber den Unternehmen, die jetzt in einer akuten Liquiditätskrise sind, tatsächlich hilft. – Vielen herzlichen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Jetzt Prof. Gornig, bitte! Drei Minuten!

Dr. Martin Gornig (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.) [digital zugeschaltet]: Kann ich gern versuchen, wenn das so funktioniert! – Es gab eine Rückfrage hinsichtlich der laufenden Diskussionen in der Wissenschaft um die Wirkung von Covid 19 beziehungsweise seiner Katalysatorfunktion für Raumstrukturen. Die ist unheimlich interessant und vielschichtig, die kann ich hier überhaupt nicht darstellen. Vielleicht nur die beiden Extrempositionen: die Digitalisierung, die Möglichkeit von Informationsaustausch und Warenaustausch über weite Distanzen führt zu einem enormen Verlust von Ballungsvorteilen. Das Ende der Großstädte ist sozusagen eingeläutet, bis hin zu den Thesen: Beim Internet haben wir das auch gedacht; letztendlich hat das zu noch mehr Urbanisierung geführt, die Städte sind mit dem Internet noch mehr gewachsen als ohne es. Das endet in der Überlegung, dass räumliche Distanzen wahrscheinlich noch enger werden. Relevant ist also nicht mehr nur, dass ich in einer Stadt bin, sondern um die Vorteile voll zu generieren, die Partner wahrscheinlich innerhalb von 15 Minuten erreichen muss, und das ganz bestimmt auch nicht mit dem Auto. – Das sind Extrempositionen, die man hier einnehmen kann.

Was heißt das konkret für die Umgestaltung der Innenstädte? – Wenn die letzte These stimmt, nicht die erste, dass sowieso alles vorbei ist, dann heißt das ja, dass wir noch mehr auf engstem Raum denken müssen. Innenstadt heißt für Berlin eine Vielzahl von lokalen Zentren. Die Stärkung dieser lokalen Zentren, ihre Diversifizierung ist eigentlich, wie Politiker darauf reagieren kann und wie die Wirtschaft darauf reagieren sollte. Wir wissen allerdings aus Erfahrung, dass private Investitionen solche – wir nennen es: – Spill-over-Effekte relativ wenig von alleine verwerten können, sodass hier staatliche Aktivität unabdingbar ist, indem wir gerade dafür sorgen, dass Leerstand nicht stattfindet. Jeder Raum sollte für Kultur, Dienstleistung, Gastgewerbe, Einzelhandel, Produktion in irgendeiner Weise genutzt werden, weil genau das nachher zu dem selbsttragenden, auch ökonomische selbsttragenden System führt in den jeweiligen Stadtteilen.

Damit verbunden ist die Frage: Wie fördere ich hybride Produktionen? – Auch gerade dadurch, dass ich so etwas wie räumliche Nähe von Produktion zu Wohnen und Erholung zulasse; indem ich mir wirklich das Gesamtkonzept angucken und nicht nur sage: Das ist ein Gewerbe, das hat hier nichts zu suchen. – Das hat viel mit Planungsrecht, mit Bebauungsrecht zu tun, hat aber auch etwas mit Eingriffen in Immobilienrechte zu tun. Was man bei der Förderstrategie letztendlich auch bedenken kann, ist so etwas wie Priorisierung von Gemeinschaftsanträgen, wo also tatsächlich überlegt wird: Es geht nicht nur um meinen Produktionsantrag, um meine Investitionen, die ich gefördert haben will, sondern ich bin verbunden mit anderen Produktionen aus anderen Branchen, aus anderen Bereichen, die zum gleichen Ziel hinführen, nämlich zur Digitalisierung und Dekarbonisierung der Wirtschaft. Das sind grobe Ansätze, wie man das machen kann.

Zu den Insolvenzzahlen kann ich nur ergänzen, wie schwierig das ist. Mir ist das ein noch größeres Rätsel. Ich habe mal nachgeschaut: Berlin hat da einen geringeren Rückgang der Insolvenzzahlen als die anderen. Ist das jetzt positiv? Wird dann die Nachschweppwelle nicht ganz so groß? Oder ist das ein Indiz dafür, dass es sogar noch schlimmer wird? – Die Interpretation der Zahlen ist mir zur Zeit noch nicht möglich. – Danke!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Herr Hoßbach, bitte! Maximal drei Minuten!

Christian Hoßbach (Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Berlin-Brandenburg; Vorsitzender) [digital zugeschaltet]: Ich habe verstanden! Ich versuche trotzdem ganze deutsche Sätze. – Erster Punkt: Finanzpolitik, Schuldenbremse wurde angesprochen. Ich will nur darauf hinweisen, dass 2019 der DGB gemeinsam mit dem BDI, also dem Bundesverband der Deutschen Industrie, gemeinsam mit unseren Wirtschaftsforschungsinstituten, sage ich jetzt mal etwas lax, vorgelegt hat, was nach unserer gemeinsamen Auffassung an Investitionsstau, an zusätzlichem Bedarf da ist. Wir haben errechnet und vorgelegt, dass hier 45 Milliarden Euro im Jahr über die nächsten zehn Jahre notwendig sind. Alleine das zeigt, dass es einen großen Bedarf gibt und dass ein zu schnelles – und das wäre jetzt mit der Schuldenbremse automatisch so – Konsolidieren uns an dieser Stelle lahmlegen würde. Damit würden wir uns selbst ein Bein stellen. Deshalb brauchen wir eine andere Regel. Wir reden da von der sogenannten goldenen Regel für Investitionen, die davon freizustellen. Das können Sie aber auch in der Stellungnahme nachlesen.

Der zweite Punkt richtet sich unter anderem an Herrn Wesener: Investitionen wofür eigentlich? – Für Transformation. Die Frage war ja: Was sollen wir denn eigentlich machen? Nennen Sie uns mal Projekte und so weiter! – Die erste Antwort ist eine ganz langweilige Antwort: Machen Sie mehr Tariftreueregelungen. Wir brauchen Lösungen in die Breite. Der Standard muss insgesamt bearbeitet werden; das nicht vergessen. Ist nicht besonders sexy, aber bitte. Zweiter Punkt: Infrastruktur. Ich habe das ja gesagt: Diese großen Summen sind natürlich hinterlegt, ob wir über Digitalisierung reden oder insbesondere das Bildungssystem, Weiterqualifizierung muss auf ein ganz anderes Level gehoben werden. Das Dritte: Da Politik immer sehr gern irgendwo Projekttitel hat, mache ich mal den dezenten Hinweis: Sachsen macht gerade ein Zentrum für Fachkräftesicherung und gute Arbeit. Das kann man für Berlin vielleicht ja noch auf Englisch übersetzen oder so, aber in diesem Bereich könnten wir jedenfalls sehr gut einen echten Leuchtturm gebrauchen, weil das eine Riesenthema ist, wo wir Qualität in die Breite ausstrahlen müssen.

Zuletzt waren Ausbildung und Ausbildungsumlage angesprochen. Warum ist das wichtig? – Wir wollen an dieser Stelle keine Ideologiedebatten haben; das ist überhaupt nicht nötig. Es braucht gerechte, vernünftige, branchenbezogene Lösungen. Das wird so passieren. Das kann man sich angucken, Frau Breitenbach hat es gesagt, beim Bau. Wir werden das jetzt, da bin ich ganz sicher, für andere Bereiche auch haben. Aus dem eigenen Interesse der Unternehmen heraus muss es hier zu Lösungen kommen. Das Sich-darauf-Verlassen, dass man noch Fachkräfte aus der Vergangenheit hat, die man sich von der Arbeitsagentur von der Stange holen kann, funktioniert ganz einfach nicht mehr. Deswegen muss in diesem Bereich der Mut da sein, jetzt den notwendigen Sprung zu machen. Ich bin ganz sicher, dass wir das bekommen werden. – Danke!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Jetzt bitte Herr Kretschmar! Maximal drei Minuten! – Danke!

Olaf Kretschmar (Berlin Music Commission e. G.; Geschäftsführer & Vorstandsvorsitzender) [digital zugeschaltet]: Sie geben mir bestimmt wieder ein Signal, nicht? – Vielen Dank! – Ich beginne bei Frau Brinker und dem Neustart Kultur: Viele Firmen fallen in der Tat durch den Rost. Tonstudios wurden nicht zur Kreativwirtschaft gezählt, sondern zur Immobilienbranche, es gibt Unternehmen, die international tätig sind, die Schwierigkeiten hatten, anerkannt zu werden; das ist der eine Punkt. Zum dem anderen Punkt ein kleines Beispiel, die

Künstlerinnenhilfe: Ich habe mich für den Bundesverband Populärmusik gemeinsam mit dem VUT dafür starkgemacht, als wir den Neustart Kultur mit BKM besprachen, die Künstlerinnenhilfe bei der Initiative Musik aufzustocken, also nicht immer neue Programme zu bauen, die erst mal lernen müssen, sondern bei der Initiative Musik ein bestehendes Format zu nehmen und dort einfach Geld reinzuschließen. Es gab 2 000 Anträge und 300 Zusagen. Die Quo-
te ist natürlich Mist in der Krise. Die Hilfen müssen ja an die Frau und an den Mann gebracht werden, und da hätte ich mir vorgestellt, dass BKM nicht verbrauchte Mittel vielleicht nach-
schießt, um das ein bisschen aufzustocken. Das dazu als Antwort.

Kollege Wesener hat gefragt: Wie sieht die Kulturveranstaltung der Zukunft aus? – Tolle Fra-
ge; spannend. Natürlich wollen wir nicht zurück zum alten Normal. Es gibt bestimmte Kolle-
gen, die das wollen, aber das ist nicht zukunftsfähig. Insofern hat es natürlich auch keinen
Sinn, frisches Geld einfach in alte Strukturen zu schießen, sondern wir müssen natürlich Zu-
kunftsfelder und Transformationsprozesse benennen und die Programme so bauen, dass sie
Anreize auslösen in diese Richtung. Jetzt, in unserer Situation werden ja Weichen gestellt;
also machen wir es doch gleich richtig. Machen wir doch daraus gleich einen Zukunftspro-
zess. Wir haben im Wechselspiel mit Frau Pop und Herrn Rickerts vom Wirtschaftssenat bei
den „Listen to Berlin: Awards“ zusätzlich zu den bestehenden Preisen einen Nachhaltigkeits-
preis aufgelegt. Den hat dieses Jahr die Green Music Initiative gewonnen; das ist ein Nachhal-
tigkeitsnetzwerk für Berlin für den Veranstaltungsbereich – das wäre sozusagen der erste
Tipp. Wir haben in der BMC einen Arbeitskreis Nachhaltigkeit. Ich lade Sie gern mal ein, da
können wir uns noch weiter dazu austauschen. Ich habe ja leider von der Vorsitzenden nur
drei Minuten.

Bezüglich der Konsumgutscheine würde ich auch sagen: in der Krise eher Gießkanne, denn es muss eine Kompensation in der Breite stattfinden, da wäre es vielleicht sinnvoll, aber danach braucht es maßgeschneiderte Programme, spezielle Anreize. Es geht ja um Innovation und Zukunft. Für die Entwicklung der Programme stehen wir als hochdiverser Branchenverband der Politik und der Verwaltung gern hilfestellend zur Seite, wenn das gewünscht wird.

Zum Schluss noch mal ein Wort zu unserer musikalischen Stellungnahme, wie Sie das nann-
ten, dieser kleinen Compilation: Wir machen das schon seit 13 Jahren, wir wollten aber zei-
gen, was während der Pandemie künstlerisch passiert, haben weniger den Mainstream und die
unmittelbare Marktfähigkeit im Auge gehabt, sondern neue Impulse, vielleicht ein bisschen
neue Hörgewohnheiten vorzustellen. Ich lade Sie auch gern ein; Ende dieses Jahres, Anfang
November findet digital und/oder physisch die Awardshow für die „Listen to Berlin: Awards“
statt. Da werden die neuen Preisträger und Preisträgerinnen prämiert. Dazu lade ich Sie gern
ein. – Danke schön!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Herr Pretzell, bitte schön! Drei Minuten
maximal!

Claus Pretzell (IBB) [digital zugeschaltet]: Schönen Dank! – Ich möchte gern noch einmal auf Herrn Goiny eingehen und eine Lanze dafür brechen, dass wir inzwischen tatsächlich Wachstumsbereiche haben, die größtenteils unabhängig sind vom Tourismus. Natürlich ist die Digitalwirtschaft auf diesem Humus der Kreativwirtschaft und der Menschen, die darum herum arbeiten, gestartet, aber wenn wir uns heute die Wachstumsbereiche in der Digitalwirtschaft angucken, dann sehen wir eben, dass die Digitalwirtschaft in einen positiven, selbstver-

stärkenden Wachstumskreislauf eingetreten ist. Wir können das an vielen verschiedenen Kennziffern sehen, an den Mitteln von VC, die in den letzten Jahren nach Berlin geflossen sind. Die Menschen, die Arbeitsplätze in dem Bereich gefunden haben, werden jetzt nicht durch die Krise wegziehen. Wir haben sogar gesehen, dass in diesen Bereichen über die Krise hinweg Arbeitsplätze aufgebaut worden sind. Wir haben den zweiten Wachstumstreiber Gesundheitswirtschaft. Wir haben ja ein ganzes Innovationsfeld Gesundheitswirtschaft, und darin steckt eben auch der industrielle Kern der Pharmaindustrie. Das ist sozusagen auch das wichtigste Asset, das wir hier in Berlin haben, das sind die stärksten Exportmotoren, und das ist gerade durch die Krise gestärkt worden. Die Industrie insgesamt ist im letzten Jahr umsatzmäßig um 2 Prozent durch die Krise gewachsen, und alleine im Bereich der pharmazeutischen Erzeugnisse sind die Umsätze um 50 Prozent gewachsen.

Wir haben, glaube ich, darauf möchte ich noch mal hinweisen, Wachstumsbereiche in Berlin, die sich inzwischen von dem Tourismus abgekoppelt haben; was nicht bedeutet, dass mir der Tourismus egal wäre. Das ist er natürlich nicht. Wir müssen natürlich dafür sorgen, dass die Unternehmen in dem Bereich wieder auf die Beine kommen. Da müssen wir natürlich über die verschiedenen Möglichkeiten reden. Qualitativer Tourismus – was kann das eigentlich heißen? Das muss natürlich mit Leben gefüllt werden. Wir haben den Hinweis von Prof. Gornig gehört, wie wichtig inzwischen diese Hyperlokalität geworden ist. Die Stadt ist ja total reizvoll, die Menschen haben in den letzten Monaten die Stadt zu Fuß kennengelernt, und ich denke, das kann man dann auch den Gästen zeigen, was wir für tolle Kieze in Berlin haben. Das heißt natürlich, dass man die Stadt auch sozusagen auf Vordermann bringt, die Investitionen an der Stelle auch nicht einstellt.

An Frau Brinker zum Thema Homeoffice: Da sind wir gerade quasi in einem Aushandlungsprozess zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Wir wissen ja noch gar nicht genau, wie viel Homeoffice die Menschen denn haben wollen. Am Anfang waren sie alle sehr begeistert, dass sie mal zu Hause bleiben konnten, dann haben wir auch die Schwierigkeiten kennengelernt, dass es gar nicht so einfach ist im Homeoffice zu sein, weil letztendlich eben doch der Platz zu gering ist. Das führt dazu, dass Menschen und vor allem, Herr Goiny, deutsche Mitbürger die Stadt verlassen haben. Der Zuzug von ausländischen Mitbürgern ist weiterhin hoch gewesen, auch vor der Krise noch. Sie haben recht, wir haben da einen gewissen Abschwung gesehen, aber dennoch muss man da auch wieder sehen, welche Ursachen das hat. Wenn die Wohnungen in der Stadt zu teuer sind, dann ziehen die Menschen eben dahin, wo es günstiger ist. Das kann dann eben in Brandenburg und im Speckgürtel sein. Ich denke auch, Frau Dr. Brinker, Sie haben recht: Deregulierung im Neubaubereich würde auf jeden Fall helfen, die Preisschraube an der Stelle ein bisschen zu deckeln. – So viel zu meinem Vortrag.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Dann bedanke ich mich jetzt einmal bei allen Anzuhörenden. Es gibt jetzt die Möglichkeit für den Senat, wenn er möchte, noch drei Minuten zu antworten. – Frau Senatorin Pop, möchten Sie gern noch? – Dann bitte schön!

Bürgermeisterin Ramona Pop (SenWiEnBe): Es gibt ja einige Berichtsaufträge, die wir einfach mitnehmen, das muss ich gar nicht mehr mündlich beantworten, und ein paar Anregungen bezüglich der Verlängerung der Kredite, der Zeiträume etc., die wir auch mitnehmen. Zum Thema des Neustarts bereiten wir jetzt noch mal diverse Dinge vor. Da sind ja auch einige Sachen in der Pipeline, die einfach noch nicht abgeflossen sind, weil es bislang keinen Neustart gegeben hat, im Bereich Kongress, im Bereich Filmwirtschaft, aber das setzen wir

für dieses Jahr noch mal neu auf die Schiene und hoffen, dass wir mit der Mischung aus Impfen und Testen tatsächlich einen schnelleren Neustart hinlegen können.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Das war es für die heutige Anhörung. Ich bedanke mich bei allen Anzuhörenden für die Teilnahme und auch bei Herrn Dr. Allerkamp. – Herr Zillich, Sie haben noch eine Wortmeldung?

Steffen Zillich (LINKE): Ich habe, weil ich eine Nachfrage dazu hatte, eine Berichtsbitte: Ich bitte den Senat, eine kurze Bewertung des Instruments Verlustrücktrag aufzuschreiben.

Vorsitzende Franziska Becker: Okay, das haben wir mit aufgenommen. Ansonsten gibt es natürlich auch noch die Möglichkeit, bis Freitag im Hauptausschussbüro Fragen einzureichen. Dann wird die Besprechung jetzt bis zur Vorlage des Wortprotokolls vertagt.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Wir kommen zu

Punkt 38 der Tagesordnung

- a) Weitere Fragen der Fraktion der CDU vom 21.02.2020 zum **Bebauungsplan 2-36** [2628 B](#)
Haupt
- b) Ergänzende Fragen der Fraktion der CDU zum **Bebauungsplan 2-36** [2628 C](#)
Haupt
- c) Bericht SenStadtWohn – II C 17 – vom 07.03.2020
Beantwortung der Fragen der Fraktion der CDU zum Bebauungsplan 2-36
(Berichtsauftrag aus der 70. Sitzung vom 12.02.2020) [2628 D](#)
Haupt
- d) Bericht BA Friedrichshain-Kreuzberg – Dez BauPlanFM – vom 14.05.2020
Beantwortung der ergänzenden Fragen der CDU-Fraktion und Sachstandsbericht zum Bebauungsplan 2-36
(Berichtsauftrag aus der 70. Sitzung vom 12.02.2020) [2628 E](#)
Haupt
- e) Fragen der Fraktion der CDU zum **Bebauungsplan 2-36** [2628 F](#)
Haupt
- f) Bericht SenStadtWohn – II C 3 – vom 09.07.2020
Beantwortung der Fragen der Fraktion der CDU und Sachstandsbericht zum Bebauungsplan 2-36
(Berichtsauftrag aus der 75. Sitzung vom 27.05.2020) [2628 G](#)
Haupt
- g) Bericht SenStadtWohn – II C 3 – vom 27.07.2020
Ergebnisse der Gespräche im Rahmen des Interessensbekundungsverfahrens der Stiftung Abendrot mit einem Projektentwickler / einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft zur Zukunft des Eckwerks
(Berichtsauftrag aus der 70. Sitzung vom 12.02.2020) [2628 H](#)
Haupt

Gibt es zu diesem Tagesordnungspunkt Wortmeldungen? – Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir haben den Punkt in den letzten Monaten einige Male vertagt, nachdem wir uns umfangreich haben berichten lassen. Diese Berichte sind nun schon ein bisschen ins Land gegangen. Insofern, nachdem man in der Presse und in der Öffentlichkeit gehört hat, dass es eine neue Entwicklung geben soll, wollen wir die Gelegenheit nutzen, uns die aktuelle Sichtweise des Bezirks und des Senats darstellen zu lassen; zumal uns das so wichtig war, dass wir uns als Hauptausschuss im Rahmen unserer Baurundfahrt im Jahr 2018, glaube ich, vor Ort ein Bild von dem Projekt gemacht haben.

Wenn man sich diese Fläche oder diese Region anguckt, muss man sagen: Gerade dieser innerstädtische Spreebereich war heiß diskutiert in früheren Jahren. Es gab einen Bürgerentscheid, einen Volksentscheid in Friedrichshain-Kreuzberg, der sich gegen bestehende Pläne, gegen die Mediaspreepläne ausgesprochen hat. Daraufhin hatte der Bezirk sich bemüht, das innerstädtische Ufer in Friedrichshain-Kreuzberg zumindest teilweise ein bisschen anders zu gestalten. Dann gab es eine lange Diskussion über die Frage: Was passiert mit diesem ehemaligen BSR-Grundstück? –, bis es dann durch die Akteure des Holzmarktes mithilfe der Stiftung Abendrot erworben werden konnte. Dann hat man innerhalb relativ weniger Jahre einen Aufstellungsbeschluss in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg gehabt, der dann auch zu einem fast fertigen B-Plan geführt hat, und dann mit Beginn dieser Wahlperiode, mit dem Wechsel im Bezirksamt, was die Zuständigkeit für den Bereich Bauen und Planen anbetrifft, gab es plötzlich Probleme. Auf einmal wurde die Frage der gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse zum Problem gemacht und das ganze B-Planverfahren kam ins Stocken. Da würde uns jetzt mal interessieren, nachdem es die ersten Jahre relativ zügig voranging, wie jetzt der aktuelle Stand der Diskussion ist. Wir haben in dieser Wahlperiode einen beachtlichen Stillstand des Projekts mit vielen Streitigkeiten erlebt, mit vielen Gerichtsstreitigkeiten, wo eine städtische Wohnungsbau Gesellschaft, die GEWOBAG, eine unschöne Rolle gespielt hat. Jetzt würde uns interessieren: Welche Betrachtung hat das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg hinsichtlich der Fortsetzung des B-Planverfahrens 2-36? – Ich höre, da gibt es Überlegungen – kann ja vielleicht Stadtrat Schmidt uns erklären –, dass man jetzt doch auf der Basis des alten Bebauungsplanes weiter arbeiten möchte. Wie verhält sich das mit dem Aufstellungsbeschluss in der BVV? Gibt es dazu eine neue Beschlusslage in der BVV? Wie ist das abgeglichen worden mit der Intention des Volksentscheids zum Thema Mediaspree?

Wir haben in einer der Antworten auch die Mitteilung – ich glaube, vom Sommer letzten Jahres – bekommen, dass es jetzt die WBM mit der Kilian Immobiliengruppe als möglichen neuen Investor gibt. Ist das so richtig? Wie ist da jetzt der aktuelle Verfahrensstand?

Dann stellt sich die Frage, wenn der geplante B-Plan 2-36 jetzt nicht fortgesetzt wird, gibt es dann eine Zweiteilung des B-Plans? Was passiert mit den Bauten und Planungen, die es auf dem eigentlich Holzmarktteil gibt? Wie ist dazu die Position des Bezirksamtes? Wir haben ja immer noch die Frage offen – das war auch Gegenstand unserer Besichtigung mit dem Hauptausschuss – mit der Entschädigung der Planungsleistung für den Holzmarkt. Vielleicht kann man uns zu einem neuen Sachstand etwas sagen.

Dann ist die Frage zu betrachten, es wird in diesem ganzen Areal auf beiden Seiten momentan relativ viel gebaut, auch auf der Friedrichshainer Seite: Was sind da für Bauvorhaben in der Planung? Gibt es da entsprechende Bebauungsplanentwürfe? Wie ist da der jeweilige Verfahrensstand, auch vor dem Hintergrund – das würde das Eckwerkgrundstück und möglicherweise Planungen für gegenüberliegende Bereiche betreffen –, dass wir als Parlament im November letzten Jahres einen Antrag beschlossen haben, der sich mit der Würdigung von Clubkultur in Berlin beschäftigt, und dabei ein wichtiger Punkt von mehreren Fraktionen hier im Haus war, dass wir gucken müssen, dass heranrückende Wohnbebauung nicht dazu führt, dass wir hier Nutzungskonflikte erzeugen. Wie weit ist das berücksichtigt? Welche Dialogverfahren gibt es an dieser Stelle mit welchen Akteuren? – Das sind die Fragen, die wir haben.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Frau Dr. Brinker!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ergänzend zu meinem Voredner: Es war ja auch ein Problem speziell bei der Aufstellung des B-Planes, dass dieses Grundstück einer erheblichen Lärmbelästigung unterlegen ist einfach durch den Schnitt und die Lage. Ursprünglich war vom Eckwerk hier auch eine Wohnnutzung vorgesehen. Wie ist denn da der Status hinsichtlich der Weiterentwicklung der Gesamtsituation, gerade bezüglich einer Möglichkeit, dort Wohnbebauung möglich zu machen? – Vielen Dank!

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Dann begrüße ich auch den Herrn Bezirksstadtrat und würde die Staatssekretärin bitten, zunächst Ihren Teil zu beantworten.

Staatssekretärin Wenke Christoph (SenStadtWohn): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich habe mir notiert, zu rund um den Verfahrensstand und auch zu den Fragen von Frau Dr. Brinker Stellung zu nehmen. Der Großteil der Fragen scheint mir in Richtung von Bezirksstadtrat Schmidt zu gehen.

Der aktuelle Stand sieht so aus, dass die Projektgesellschaft Kilian und WBM in Verhandlungen mit der Stiftung Abendrot sind über eine Entwicklungsvereinbarung. Das befindet sich sozusagen in den letzten Zügen und etwa Mitte des Jahres kann dann die Gremienbehandlung stattfinden, Erbbaurechtsvertrag unterzeichnet werden kann usw. Insofern ist dieser Prozess in den letzten Monaten ein paar entscheidende Schritte vorangekommen. Wie Herr Goiny schon richtig sagte, die Beurteilungsgrundlage und Planungsgrundlage ist der bestehende Bebauungsplan V-76, der auch schon für das Nachbargrundstück, wo der Holzmarkt drauf ist, gilt und auf dessen Grundlage die Bebauung dort erfolgt ist, sodass da auch keine Teilung des B-Plans erforderlich ist.

Der Bauvorbescheid wird derzeit abgestimmt, auch mit dem Bezirk. Da gibt es auch Rücksprache mit der Senatsverwaltung. – Jetzt habe ich leider die Frage von Frau Dr. Brinker nicht mehr ganz in Erinnerung.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Ich möchte, bevor ich Frau Dr. Brinker noch mal die Gelegenheit gebe, die Frage zu wiederholen, darauf hinweisen, dass eine Fraktion Wortprotokoll beantragt hat. Das finde ich mehr als fair, Ihnen das mitzuteilen, so früh als es mir möglich war. – Frau Dr. Brinker, bitte sehr!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank! – Die Frage war, inwieweit auch im Rahmen der B-Planerstellung das Thema Lärmelastigung aufgrund dieser doch etwas schwierigen Lage des Grundstücks gelöst werden kann/könnte.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Frau Staatssekretärin – bitte!

Staatssekretärin Wenke Christoph (SenStadtWohn): Danke schön! – Entschuldigung, dass hatte ich mir nicht notiert! Das Thema Lärmelastigung ist an dem Standort natürlich nicht unerheblich, auch mit den Straßen drum herum. Laut dem bestehenden B-Plan V-76 kann dort zu einem geringen Teil eine Wohnbebauung stattfinden, und zwar in den höheren Stockwerken, ab dem 9. Vollgeschoss ist eine Wohnbebauung möglich. In den jetzigen Plänen, die für den Bauvorbescheid eingereicht wurden, ist das in zwei von drei geplanten Türmen vorgesehen, dass dort eine teilweise Wohnbebauung stattfindet.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Herr Schmidt – bitte sehr!

Bezirksstadtrat Florian Schmidt (Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg; Abtl. Bauen, Planen und Facility-Management): Schönen guten Abend! – Vielen Dank für die Möglichkeit, hier zu berichten. Es waren jetzt einige Punkte, insbesondere von Herrn Goiny. Ich erlaube mir noch die Bemerkung, Herr Goiny, dass es nicht ganz richtig ist, was Sie sagen. Es gab nicht erst die Probleme mit meinem Amtsantritt, es gab eine Remonstration des Fachbereichsleiters gegen die Anweisungen von meinem Vorgänger, die Auslegung durchzuführen. Als ich ins Amt gekommen bin, habe ich mir erst einmal von allen Seiten angehört, was eigentlich die Lage ist, und habe den Versuch unternommen, alle Akteure an einen Tisch zu bekommen. Das ist tatsächlich nicht gelungen, aber mir war es an der Stelle wichtig, einen rechtssicheren B-Plan auf den Weg zu bringen. Ich denke, es gibt keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass sowohl die rechtlichen Beurteilungen der Senatsverwaltung als auch die des Fachbereichs Stadtplanung, die übereinstimmten, nicht gefärbt sind, politisch. Das sind rechtliche Einschätzungen gewesen, und die gab es schon vor meiner Amtszeit.

Der Rest der Geschichte, da haben Sie Ihre Perspektive, ich habe eine andere. Die brauchen wir hier, glaube ich, nicht weiter vertiefen. Das Urteil des Gerichts, das ist für mich ein sehr starkes Zeichen, dass ich auf jeden Fall rechtlich auf der richtigen Seite war.

Der B-Plan war auch Gegenstand von Debatten, selbstverständlich. Wir haben auf dem Holzmarktareal eine Reduzierung der Baumasse gehabt. Die Denke war immer so: Wenn wir da was reduzieren, kriegen wir dafür bei einem anderen mehr. – Aber im Grund hat man im Großen dasselbe, wie auch im alten B-Plan, vorgesehen auf dem sogenannten Eckwerk-Grundstück. – Weil Sie ein bisschen angedeutet haben: Wie ist das, wenn der neue B-Plan nicht kommt, der wegen Mediaspree aufgestellt wurde, ob man sich jetzt quasi gegen Mediaspree wendet. – Nein, das muss man unterscheiden. Das Eckwerk-Grundstück ist im Grunde das, wo man damals schon sagte. Da könnt ihr euch baulich austoben. – Da kann man big und dicht bauen etc. Es ist, glaube ich, eine 8,0 GFZ, wenn ich mich nicht täusche.

Insofern ist die Leidenschaft beim Bezirksamt, ob jetzt auf dem Eckwerk – wir müssen langsam aufhören, das so zu nennen –, auf diesem Grundstück nach altem oder neuem B-Plan gebaut wird, nicht so groß. Es muss vor allem rechtskonform sein.

Der Vorhabenträger, also das Konsortium aus WBM und Kilian Gruppe, arbeitet jetzt seit einiger Zeit sehr konstruktiv, ganz vertrauensvoll mit dem Bezirksamt, mit der Verwaltung zusammen daran, das beste Modell zu finden und er tendiert dahin, mit dem alten B-Plan zu arbeiten. Aber es ist auch noch nicht entschieden. Wie Frau Staatssekretärin Christoph schon gesagt hat, soll es bald zu einem Ende kommen, zu Verträgen. Da stehen die Entscheidungen kurz bevor. Ich denke, das wird sich um den alten B-Plan drehen, dass man es entsprechend dem alten B-Plan umsetzt.

Ob eine Teilung notwendig ist, das ist tatsächlich eine spannende Frage. Vorausgesetzt, es würde der alte B-Plan sein, könnte man sich fragen, braucht man einen neuen B-Plan für den Holzmarkt. Davon haben Sie sicherlich gehört, es ist ja auch öffentlich, dass die Holzmarkt Genossenschaft sich gern ein Hochhaus bauen würde, direkt an der Bahn, das 60 Meter, wenn ich mich nicht täusche, hoch ist. Dafür müsste allerdings der alte B-Bahn reaktiviert werden.

Man müsste den aufgestellten B-Plan zurücknehmen und auch über den städtebaulichen Vertrag hinwegsehen. Das sind natürlich Dinge, die wir tatsächlich nicht so einfach machen können. Deshalb ist jetzt hier eine Zurückstellung für einen Bauvorbescheidantrag vorgenommen worden, ein ganz normaler Vorgang. Allerdings gibt es dazu den Wunsch seitens der Eckwerk Genossenschaft, das im Dialog, will ich es einmal nennen, mit der Politik zu halten, das Projekt. Wir werden voraussichtlich in sechs Wochen – da kommen ja noch die Ferien dazwischen – im Stadtentwicklungsausschuss im Bezirk einmal die Frage beantworten, die – ich glaube, Sie waren es – gestellt haben: Was passiert drum herum noch alles? –, und dadurch die Debatte anregen: Ist jetzt ein Hochhaus an der Stelle eigentlich das Richtige, oder nicht? – Da sage ich Ihnen ganz ehrlich: Das ist wirklich eine offene Debatte. Da kann sich jeder einbringen. Es ist jetzt halt nicht Abgeordnetenhaussache, sonst könnten Sie es ja hier im Ausschuss auch mal besprechen. Auf jeden Fall ist es von meiner Seite der Wunsch, dass man es sich städtebaulich einfach noch mal genau anschaut. Es müsste aber wirklich die BVV reagieren und sagen: Ja, an der Stelle sehen wir ein Hochhaus, machen einen Beschluss und fordern das Bezirksamt auf, von dem neuen aufgestellten B-Plan abzuweichen. Ob man dann einen neuen braucht oder auf den alten zurückgeht und den neuen quasi verändert, das wäre dann zu untersuchen.

Was drum herum geschieht, wie gesagt, wir arbeiten das gerade auf. Das soll dann auch gut erkennbar sein für alle. Vielleicht fast die Empfehlung, sich das dann mal anzuschauen. Es geht ja über den Ausschuss und auch alle Parteien. Ich sage es mal so: Für die Entwicklung auf dem Holzmarkt ist klar, die würden gern ein Hochhaus machen – ansonsten kommt das Hotel, was schon von Anfang an dort geplant ist.

Dann gibt es noch ein Gebäude mit, ich glaube 200, 300 oder waren es 400 Apartments à 9 Quadratmeter. Das ist so das Big Business, ich glaube, auch noch nach der Pandemie. Das ist noch nicht gebaut. Da wird der Bauantrag ein bisschen durchgehendet. Das liegt quasi direkt in der Krautstraße, dahinter. Dann haben Sie die Andreasbrache, davon haben Sie gehört. Tishman Speyer will dort ein Bankenquartier bauen, wir wollen, dass dort eine Schule entsteht. Da befinden wir uns auf einem guten Weg der Einigung.

Dann gibt es noch das Schwimmbad. An der Stelle plant die berlinovo einen Aufbau, also über dem Schwimmbad, von Studentenwohnen und auch ein bisschen Büro, wenn ich es richtig sehe. Insofern, da passiert eine Menge, das kann man schon so sagen. Aber wir machen uns da keine Sorgen, dass das Wohnen jetzt nicht möglich wäre im Wissenswerk, heißt es ja jetzt, in dem geringen Umfang, wie es eben schon angedeutet wurde. Das ist ja nicht das Problem.

Wir haben natürlich die Clubfrage. Aber auch hier gibt es im Grunde die Clubs auf dem Holzmarkt und das ist, glaube ich, alles durchdacht. Da ist ja auch der Vorhabenträger Kilian, sage ich mal, in engem Kontakt mit dem Holzmarkt. Das sind ja auch dieselben Architekten im Übrigen, Graft, die da weiter verantwortlich sind. Der Name an sich zeigt, dass da eine gewisse Kontinuität wohl vorhanden ist. Darauf wird Rücksicht genommen. Das ist ja auch für die Abendrot Stiftung sehr wichtig.

Das Thema Entschädigung: Es hat sich ein bisschen erweitert dieses Thema Entschädigung, kann man sagen, denn nach dem Gerichtsurteil ist es so, dass auch der Bezirk jetzt Kosten hat, nämlich in Höhe von 225 000 Euro ungefähr für die Anwälte, die wir zahlen müssen. Es ist ja

eine Revision eingelebt worden. Da können maximal noch mal 250 000 Euro Kosten für den Bezirk entstehen, Anwaltskosten, weil wir nicht wissen, ob wir das Geld wiederbekommen. Das ist ein Schaden, der fast an 0,5 Million Euro gehen könnte. Das möchte ich in diesem Haus auch kurz erwähnt haben, weil hier auch über andere Schäden große Debatten geführt werden. Es ist aber so, dass wohl die Bereitschaft bei allen Akteuren zu bestehen scheint, darüber zu sprechen, dass verschiedene Kostenpositionen ausgeglichen werden im Rahmen der Gesamtentwicklung des Wissenswerks. Genaueres kann ich dazu jetzt aber auch nicht sagen. Wir versuchen, da im Dialog zu sein. Wir sind da im Dialog.

Zur Wohnnutzung habe ich schon etwas gesagt. Eigentlich, glaube ich, habe ich alle Fragen beantwortet.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Gibt es aus dem Ausschuss heraus weitere Fragen? – Herr Goiny hat sich gemeldet. – Bitte sehr, Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Ich will dann noch bei ein, zwei Sachen nachhaken, nachdem ich jetzt von Senats- und Bezirksebene da noch ein paar Informationen bekommen habe. – Es sind in der Tat mehrere Sachen, die uns hier beschäftigt haben: Einmal – das müssen wir sicher noch mal im Beteiligungsausschuss aufarbeiten – die Prozesskosten, die die GEWOBAG hier verursacht hat. Gut, das Gerichtsverfahren, das Sie erwähnt haben, ich habe es so verstanden, dass es noch nicht entschieden ist, dass da noch eine zweite Instanz läuft. Das kann man insofern hier einmal ausblenden. Dann stellt sich natürlich die Frage, ob eine städtische Wohnungsbaugesellschaft, oder wer auch immer, ggf. die Planungsleistungen entschädigt.

Einen Schritt habe ich noch nicht ganz nachvollziehen können von dem, was Sie eben gesagt haben: Die Senatsverwaltung hat eben gesagt, man befindet sich in den letzten Schritten für die Einigung und den Abschluss, man habe sich verständigt auf V-76. Sie, Herr Schmidt, haben es ein bisschen offener dargestellt: Es läuft wohl darauf hinaus, wenn ich Sie richtig verstanden habe, es sei aber noch nicht abschließend entschieden. – Also gibt es da offensichtlich noch Diskussionen über die Frage, was denn jetzt der richtige Bebauungsplan ist. Die Frage, wie sich das mit dem Aufstellungsbeschluss verhält –, da gab es eine Vorgabe der BVV. Es gab, glaube ich, politisch eine Erwartungshaltung, das Grundstück in gewisser Weise zu entwickeln. Mir ist noch nicht ganz klar, warum man sich von Bezirksseite nicht bemüht hat, das Konzept des Eckwerks weiter zu verfolgen, mit denen, um auch zu gucken, wie man das macht. Denn das, was man jetzt macht, habe ich so verstanden, dass das noch höher wird als das, was das Eckwerk da vorhatte, weil der alte B-Plan das auf jeden Fall zulässt. Da habe ich noch nicht ganz verstanden, wie sich das eigentlich mit den gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnissen verhält, wenn man da jetzt Wohnungen reibauen kann, was woher in dem Projekt des Eckwerks nicht möglich war.

Die berlinovo als landeseigene Gesellschaft, das ist auch noch mal eine interessante neue Information, die offensichtlich da in größerem Umfang studentisches Wohnen plant. Gibt es denn dafür einen Bebauungsplan? Aufgrund welcher rechtlichen Grundlage sind die denn da jetzt tätig? Denen gehört das Grundstück wahrscheinlich irgendwie schon. Wie fügt sich das denn in diese Konzeption da ein? Wenn man jetzt sagt – in der Tat, das hatten Sie richtig erwähnt –, es gab diese Idee vom Holzmarkt, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, das man gesagt hat: Wir bauen beim Eckwerk höher und nutzen das Holzmarktgrundstück baumsenmäßig weniger aus, weil man dort eine andere Aufenthaltsqualität schöpfen wollte. Jetzt

profitiert quasi das neue Projekt auf dem Eckwerkgrundstück von der Auslastung davon, dass man auf dem Holzmarkt weniger macht, oder wie darf ist das jetzt verstehen?

Wenn ich mich recht erinnere, Frau Staatssekretärin, war es, glaube ich, so, dass die Planung auf dem Holzmarktgrundstück schon eher so war, dass man sich an den Vorgaben von 2-36 orientiert hat, weil man damals, als man diese Planungen und Bauten errichtet hat, eigentlich noch davon ausging, dass 2-36 die Grundlage ist. Wenn das jetzt nicht mehr so ist, was heißt denn das auch für die Entwicklungsperspektive der Gebäude, die jetzt auf dem Holzmarktteil errichtet worden sind? Vielleicht können Sie das noch mal darstellen.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Frau Staatssekretärin, fangen wir mit Ihnen wieder an – bitte sehr!

Staatssekretärin Wenke Christoph (SenStadtWohn): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Um das ein bisschen klarzustellen: Was wir hier gerade berichten, Herr Bezirksstadtrat Schmidt und ich, sind sozusagen laufende Verfahren. Wie Herr Schmidt auch schon gesagt hat, ist der B-Plan V-76 jetzt die aktuelle Planungsgrundlage der Vorhabenträger. Auf dieser Grundlage ist die Kilian Gruppe mit der WBM mit den Architekten unterwegs. Sie haben den Vorbescheidantrag vorgelegt und das ist nicht endabgestimmt. Deshalb auch die Aussage von Herrn Schmidt, dass sich das in die Richtung bewegt. Wir sind optimistisch, dass das die Richtung ist, die dann auch zu einem positiven Vorbescheid usw. führen wird. Das zu der Klärung der Frage, wo Sie eine Differenz wahrgenommen haben.

Die anderen Fragen, die Höhe der Planung bei den Gebäuden ist nach unserer Kenntnis nicht unähnlich zwischen der Planung des Eckwerks und der jetzigen Planung. Man muss halt ein Stück weit beachten, was auch die Wohnnutzung angeht, dass das ein älterer B-Plan ist von 2005, und dass da ein Stück weit andere Anforderungen an Lebensverhältnisse in den Gebäuden, wie eine Wohnnutzung unter welchen Anforderungen möglich ist, gelten und damit im Prinzip auch bestimmte Planungen auf eine andere Weise möglich werden als es mit dem B-Plan 2-36 der Fall gewesen wäre. – Ansonsten, für die anderen Fragen würde ich an Herrn Bezirksstadtrat Schmidt übergeben.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Herr Schmidt, bitte sehr!

Bezirksstadtrat Florian Schmidt (Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg; Abtl. Bauen, Planen und Facility-Management): Danke! – Das muss man noch mal klarstellen, das hört sich jetzt ein bisschen so an, als wäre es eine miese Nummer, dass da die Neuen das mit dem alten B-Plan machen dürfen. Nein, das haben wir denen – – Das hätten die anderen auch gekonnt. Das stand jedem zur Verfügung. Da war ja auch Wohnen möglich, nur so, wie die es geplant haben, war es halt nicht möglich. Das habe ich ja schon alles ausführlich dargestellt. Wenn man sagt: Ich mache es so, wie ich es denke, und was das Amt sagt, ist falsch. –, dann geht es manchmal halt nicht. Deshalb muss ich das noch mal klarstellen.

Was jetzt die berlinovo betrifft: Ich habe mich jetzt nicht auf alles vorbereitet, was drum herum ist. Aber meines Erachtens geht das nach § 34 BauGB. Sie müssen gucken, das ist ein ganz flaches Schwimmbad und drum herum sind richtig hohe Gebäude, Wohngebäude, teilweise Baugenehmigung und teilweise existierende. Da geht was. Meiner Meinung nach ist das nach § 34 BauGB, das braucht es keinen neuen B-Plan. Aber dafür lege ich jetzt auch

nicht die Hand ins Feuer. Das ist mein Kenntnisstand. – Wie gesagt, das waren jetzt alles in Fragen gekleidete Annahmen, hatte ich den Eindruck. Vielleicht können Sie noch mal genau fragen, was Sie wissen möchten. Ich habe jetzt ein paar Fragen beantwortet.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Herzlichen Dank! – Herr Goiny, bitte sehr!

Christian Goiny (CDU): Vielleicht kann man uns, wenn Sie sagen, dass sich in den nächsten Wochen etwas tut, einen Folgebericht liefern. Dann kann ich zwei, drei Fragen bis Freitag auch noch nachreichen.

Noch mal, um das aufzuklären: Uns geht es tatsächlich darum zu sehen, was da passiert. Wir haben ein international diskutiertes Kreativprojekt, was irgendwie nicht so richtig weiterkommt. Ich will auch noch mal sagen: Ausführlich dargelegt, warum das mit den Wohnungen nicht geht, haben Sie es meines Wissens nicht. Sie haben gesagt, es gibt keine gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse dort. Warum das konkret so ist, haben Sie mir zur Kenntnis jedenfalls nirgends schriftlich dargelegt. Wenn es das irgendwo gibt, können Sie es gern noch mal nachreichen. Insofern entstand da schon eine etwas eigenartige Vermutung.

Die Frage ist ja nur, warum jetzt der neue Vorhabenträger sagt: Es gibt einen Aufstellungsbeschluss. Das B-Planrecht ist ja eine der wichtigsten Kompetenzen, die die Bezirke haben. Die haben jetzt gesagt: Wir wollen das in diese Richtung machen. – Das ist jetzt nicht Willkür, sondern das haben die so beschlossen. Jetzt kommt ein anderer Vorhabenträger und dann sagt das Bezirksamt – ohne Abstimmung mit der BVV? –: Nein, jetzt gilt dieser Aufstellungsbeschluss nach dem neuen B-Plan nicht mehr, weil wir uns entschieden haben, weil die gerne den anderen hätten, machen wir jetzt mit dem weiter. Der andere Teil, der im Vertrauen auf den neuen B-Plan jetzt schon etwas gebaut hat, da sagt man: Damit müsst ihr jetzt halt umgehen. – Das ist doch eine etwas komische Gemengelage. Gegenüber, in so einem dicht bebauten und beplanten Gebiet, mit § 34 BauGB arbeiten zu wollen, also das hätte ich gern auch noch mal aufgeschrieben, wie sich das stadtplanerisch begründet. Das kommt mir in der Tat etwas merkwürdig vor, was die berlinovo da macht. Das ist eine interessante neue Information, das wusste ich gar nicht, dass die berlinovo gegenüber da auch im Spiel ist, und da noch Hunderte von Studentenwohnungen baut. Interessanter Vorgang. – [Zurufe von Steffen Zilllich (LINKE)] – Ja, ohne B-Plan?

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Bitte keine Zweisprache!

Christian Goiny (CDU): Insofern ist diese planungsrechtliche Frage, wo schaffen wir – – Auf der einen Seite heißt es, wir wollen gemeinwohlorientierte Entwicklung, wir wollen Grundstücke nicht aufwerten, indem wir massiv in die Höhe gehen, und dann schaffen wir hier ohne Planungsrecht auf einmal Präzedenzfälle, auch noch mit landeseigenen Unternehmen. Die dürfen das offensichtlich. Machen die das eigentlich alles selbst oder wer ist da noch mit einbezogen? Das ist ja auch noch mal eine interessante Frage. Wir hatten ja zum Beispiel beim Thema Eckwerk, ich weiß nicht, ob Sie das bestätigen können oder nicht, zumindest ist mir das zugetragen worden, dass die UTB auch mal am Thema Eckwerk interessiert war und da etwas machen wollte. Wahrscheinlich sieht das, was die am Anhalter Bahnhof bauen, nur zufällig so ähnlich aus, wie das, was das Eckwerk mal sein sollte. Insofern sind da Dinge, die uns interessieren. Wer baut und plant da mit wem was? Dieser Wechsel von dem einen B-Plan wieder zu dem alten ist ja in der Tat ein Vorgang, der uns hier interessiert. Das wollte ich hier noch zur Erklärung sagen. Dann würde ich die zwei, drei Nachfragen, die ich noch habe, bis Freitag einreichen. Dann müssen Sie sagen, ob das im Mai oder Juni aus Ihrer Sicht einen Folgebericht geben sollte, wenn dann der Planungsfortschritt da ist.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Dann interpretiere ich das so, dass Herr Schmidt gebeten wird, eine Einschätzung zu geben, wann dieser Bericht erstellt werden kann. War das von Ihnen so beabsichtigt?

Christian Goiny (CDU): Die Stadtentwicklungsverwaltung hat eben gesagt, dass das in den letzten Zügen liegt und sie zuversichtlich sind, dass da was kommt.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Frau Staatssekretärin! Bis wann meinen Sie, ist der Folgebericht zu erstellen?

Staatssekretärin Wenke Christoph (SenStadtWohn): Herr Vorsitzender! – Wenn es darum geht, dass da ein neuer Stand berichtet werden soll, dann würde ich sagen, nach der Sommerpause.

Christian Goiny (CDU): Wir haben ja Wahlen. Das machen wir natürlich noch vor der Sommerpause.

Staatssekretärin Wenke Christoph (SenStadtWohn): Nach unserem Kenntnisstand soll zu Mitte/Ende des zweiten Quartals diese Schritte gegangen werden. Das ist bei mir dann im Juni der Fall. Dann ist, glaube ich, bald auch Sommerpause des Parlaments.

Christian Goiny (CDU): Dann sagen wir Juni.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Der Vorschlag steht im Raum, für die Junisitzung des Hauptausschusses. – Herr Wesener hat sich gemeldet. – Bitte sehr, Herr Wesener!

Daniel Wesener (GRÜNE): Herr Vorsitzender! – Ich habe mir das jetzt die ganze Zeit angehört. Ich gönne Herrn Goiny jeden Bericht. Nur vielleicht sollten wir mal ein bisschen Erwartungsmanagement betreiben. Herr Goiny! Wenn Sie sagen, das, was da passiert, das schmeckt mir politisch alles nicht, dann finde ich das völlig in Ordnung. Aber diesen Ausschuss umzufunktionieren zu einem Stadtplanungsausschuss eines Bezirks, oder unseres Fachausschusses hier, und hier planungsrechtliche Detailfortschritte sich fortlaufend – – [Zuruf] – Na ja! Mit

Verlaub, Sie haben gesagt, wenn es planungsrechtlich etwas neues gibt, möchte ich gern informiert werden. Das ist Ihr gutes Recht. Ich kann nur sagen: Ich meine, dass ich hier im Hauptausschuss bin. Sie haben jetzt gerade noch mal mühsam irgendwie die Kurve gekriegt Richtung berlinovo, wo ich sagen würde: Ja, da habe ich irgendwie was. – Da haben Sie leider die Vorlagen nicht gelesen oder kennen die Entscheidungen dieses Ausschusses nicht, aber egal. Meine Erwartungshaltung ist schon, dass wir hier über die Sache diskutieren, wenn es etwas neues gibt, was diesen Ausschuss betrifft, und nicht eine Bezirksverordnetenversammlung, ein Bezirksamt, einen Stadtentwicklungsausschuss oder so ähnlich, wahrscheinlich von Bezirk zu Bezirk unterschiedlich. Denn dann, das kann ich nur sagen, ist diese Diskussion sehr viel besser bei den Leuten aufgehoben, die im Gegensatz zu Ihnen und mir, etwas davon verstehen, Herr Goiny.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statkowski: Herr Goiny, bitte sehr!

Christian Goiny (CDU): Ich bin es ja schon gewohnt, dass, immer wenn man anderer Meinung ist als die Grünen, man gleich keine Ahnung hat. Insofern will ich jetzt auf den letzten Teil gar nicht eingehen. Das hatten wir beim letzten Mal ja schon mit einer Kollegin aus Ihrer Fraktion. Das scheint irgendwie die DNA der Grünen zu sein, alle, die eine andere Meinung haben, sind doof.

Ich hatte meine Fragen an das gekoppelt, was ich von der Stadtentwicklungsverwaltung gehört habe, die sagte: Da passiert etwas. – Wir können meinen Bericht auch unabhängig davon machen. Die Nachfragen, die ich noch formulieren wollte, die beziehen sich nicht auf Planungsfortschritte, die in der Tat nur im Ausschuss zu besprechen sind, sondern hier geht es ja um ein Grundstück, dass wir mal als Land Berlin verkauft haben, wo wir eine Erwartungshaltung hinsichtlich der Entwicklung hatten, wo es eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft gibt, die mit mutwilligen Prozessen Hunderttausende von Euro an Prozesskosten in den Sand gesetzt hat, wo Streitigkeiten immer noch nicht abgebildet sind, wo sich die Frage stellt: Wer baut da eigentlich für wen was? Wie wird mit Planungsrecht in dem Zusammenhang umgegangen? Was heißt das eigentlich für Schadenersatzforderungen und Ähnliches für unseren Haushalt? – Das meint mein Punkt. Das Ihnen das politisch nicht passt, ist mir völlig klar. Aber das muss man dann auch mal aushalten, dass auch Sachen gefragt werden, die nicht jedem gefallen.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statkowski: Herr Wesener!

Daniel Wesener (GRÜNE): Keine Sorge, Herr Goiny, ich halte viel aus, und Sie sogar sehr gerne. Ich habe mich bemüht, genau diesen Eindruck zu vermeiden, indem ich in meinem letzten Wortbeitrag vorangestellt habe, dass ich überhaupt kein Problem mit Ihrer Meinung habe. Das bekräftige ich gern noch mal. Wenn wir nicht unterschiedlicher Meinung wären, zumindest in bestimmten Dingen, hätten wir erstens viel weniger Spaß, weil wir gar nicht streiten könnten, zweitens weil der Kollege Schneider dann erst recht der Meinung wäre, dass wir nur fraternisieren zugunsten welcher Kultur auch immer. Das ist nicht mein Thema.

Ich habe jetzt die ganze Zeit zugehört und habe das Gefühl, hier in einer anderen Veranstaltung zu sein als in einem Hauptausschuss. Sie haben eben wieder lang und breit erklärt, warum Sie die planungsrechtlichen Details interessieren. Auch damit habe ich kein Problem. Ich frage mich nur, ob das hier der richtige Ort ist. Sie können auch sagen, sämtliche Rechtsämter

und Stadtentwicklungs- und Planungsämter und Gerichte usw., die sind alle doof und haben alle keine Ahnung. Auch damit habe ich kein Problem. Aber auch das werden wir hier nicht entscheiden.

Sie haben jetzt gerade eben den Bogen geschlagen und gesagt: Es wäre aber ganz gut zu wissen, wenn womöglich irgendein Schadensersatz auf den Landeshaushalt respektive auf den Bezirk zukommt. Da bin ich sofort bei Ihnen. Frau Staatssekretärin! Herr Stadtrat! Wenn der gleichen auch nur am Horizont ist, bitte auch ich um eine proaktive Information, und dann haben wir hier etwas zu besprechen. Aber wie dieser B-Plan oder Bauvorbescheid links- oder rechtsrum gedreht wird, und was da Ihre persönliche Meinung und die der potenziellen Investoren ist, das interessiert mich im Hauptausschuss wirklich nur sehr bedingt. Noch mal: Das hat nichts mit Ihrer von mir sehr wertgeschätzten persönlichen Meinung in dieser Sache zu tun.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Gut. – Nun hat die CDU-Fraktion die Bitte um einen Folgebericht geäußert, und zwar zum Junitermin des Hauptausschusses. Da haben wir, soweit ich mich erinnern kann, nur einen einzigen Termin. Insoweit ist das der Termin, der dann auszuwählen ist. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das kann ich nicht erkennen. Dann halten wir das in der Form so fest. Herzlichen Dank! – Damit haben wir den Tagesordnungspunkt 38 beendet. – Herzlichen Dank, Herr Schmidt!